

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, November 1984.

Einzelheft 4,- DM

XXIV. Jahrgang

D 3476 E

11/84

Aus dem Inhalt:

Sozialabbau und Rüstungswahnsinn erfordern aktiven Widerstand	3
Bezirkskonferenz der IG Metall bewertete Streik und Aussperrung	4
Ausgesperrte bei Knecht in Lorch: Drei Tage und Nächte im Werk	5
Nach dem Kampf um die 35 Stunden: Kesseltreiben auf Gewerkschafter	6
Mit dem Griff nach der Ruhrkohle neue Bergbaukrise vorprogrammiert	9
Kilometerstein zum Ausruhen gibt es für die IGM-Jugend nicht	11
Der Schwur von Buchenwald muß noch erfüllt werden Von Willy Schmidt	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Aufruf zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges	
Gewerkschaftstag der ÖTV fortgesetzt: Weitere Beschlüsse	
Ein Geschichtsbuch für Gewerkschafter	13-24
Vorstand der IG Metall will kein Verfahren gegen Norbert Blüm	25
Gewerkschaftsfrauen der ÖTV bringen Kongreß in Schwung	26
Arbeitskampf mit Impulsen für die Kulturarbeit	28
Kongreß „Frieden und Arbeit“: Für Krause – nicht für Krupp!	30
Minus in der Rentenversicherung und viele amtliche Lügen	31
„Wir werden so lange streiken, bis unser Ziel erreicht ist“	33

Unter der Losung „No pit closures – Save the nation's energy future“ – „Keine Zechenschließungen – Rettet die Zukunft der nationalen Energieversorgung“ streiken die britischen Bergarbeiter seit Anfang März 1984, d. h. nunmehr schon mehr als acht Monate. Die staatliche Nationale Kohlebehörde (NCB) und ihr 1980 aus den USA geholter Chef, Ian MacGregor, wollen, tatkräftig unterstützt von der Thatcher-Regierung, 20 Zechen schließen und damit 20 000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Doch dies stellt erst den Beginn einer Massenvernichtung von Arbeitsplätzen im Bergbau dar.

Diesen Plänen widersetzt sich die Bergarbeitergewerkschaft (NUM). Sie nimmt nicht hin, daß die Existenz Zehntausender Bergarbeiter und ihrer Familien in Frage gestellt und die Bergbauregionen noch weiter leiden. In ihnen ist heute schon fast jeder vierte arbeitslos. Sie wenden sich in ihrem Kampf auch gegen eine Regierungspolitik, die, ganz im Stile des Manchester-Kapitalismus, rigoros die Interessen des großen Geldes durchsetzt. Dabei kann sich die NUM auf einen Vertrag aus dem Jahre 1974 berufen, in dem zwischen ihr und dem NCB eine Vereinbarung über die Weiterentwicklung der britischen Kohleindustrie getroffen wurde. Heute soll dieses Dokument noch nicht einmal mehr das Papier wert

sein, auf dem es geschrieben wurde. Die englischen Bergarbeiter wissen aber, daß die Kohle eine Zukunft hat, wenn der politische Wille da ist. Sie fordern daher: Rücknahme des Zechenschließungsplans, Einführung der Viertagewoche, ein Unfallverhütungsprogramm, Vorruhestand mit 55 Jahren und eine Ausdehnung der Kohleproduktion. Um den Widerstand der Bergarbeiter zu brechen, schuf die britische Regierung in den Kohlerevieren bürgerkriegsähnliche Zustände. Schon gibt es Tote, Hunderte Verletzte und Tausende Verhaftete. Alle Versuche, die NUM und ihren Präsidenten, Arthur Scargill, zu diffamieren und zu isolieren, scheiterten. Auf dem kürzlich stattgefundenen Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC wurden der NUM die Unterstützung fast aller Gewerkschaften zugesichert. Auch die englische Labour Party solidarisierte sich mit der NUM. Gewerkschaften aus Ost und West bekundeten ihre Verbundenheit, und dies nicht nur in Worten: Aus Neuseeland kam eine Schiffsladung mit Lammfleisch, australische Hafenarbeiter spendeten 100 000 Mark, die IG Druck und Papier, die Belegschaften vieler Betriebe wie Honeywell und Opel Rüsselsheim spendeten Geld, die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall solidarisierte sich mit dem Kampf der NUM, und in vielen Betrieben wurden Sammlungen durchgeführt. Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft HBV überwies 25 000 Mark.

Solidarität mit den britischen Bergarbeitern

Auch die Gewerkschaften vieler sozialistischer Länder übten praktische Solidarität. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie unseres Landes legte sich bisher allerdings noch eine unverständliche Zurückhaltung auf. Solidarität kann aber doch nicht davon abhängen, ob man in allen politischen Fragen übereinstimmt. Tatsache ist, daß alle Gewerkschaften unseres Landes von den englischen Bergarbeitern und ihrer Gewerkschaft viel lernen können. Praktische Hilfe ist notwendig nicht irgendwann, sondern jetzt.

fer

Keine freien Wahlen mehr

Mit dem Urteilsspruch vom 30. Oktober hat die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover die Entlassung des Lehrers Paulus aus dem Schuldienst verfügt. Man muß sich angesichts des Urteils noch einmal vor Augen halten: Die Entlassung steht gegen den erklärten Willen des Elternbeirats, sie geschieht ohne jeglichen Anlaß aus der Tätigkeit des Lehrers und gegen den Willen seiner Kollegen, die ihn als Interessenvertreter in den Personalrat gewählt haben. Wie in anderen Berufsverbotsverfahren wird ihm seine Aktivität für die DKP, d. h. seine Kandidatur auf einer Wahlliste im Jahre 1981 vorgehalten. Das Urteil schiebt beiseite, daß der Lehrer ausführlich seine Treue zur Verfassung dargelegt, daß er seine politische Einstellung aus ihr heraus begründet und alle verfassungswidrigen Vermutungen glaubhaft zurückweist.

Es kann also davon ausgegangen werden, daß das Gericht nicht – wie vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben – ernsthaft den Einzelfall prüft, sondern von

„... trifft die Gewerkschaften in ihrem Kern“

„Die Kriminalisierung von Mitgliedern legaler Parteien, die Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Diskriminierung gesellschaftskritischer Gedanken trifft die Gewerkschaften in ihrem Kern, stellt den Sozialstaatsauftrag der Verfassung in Frage und gefährdet die demokratische Grundordnung. Diese verfassungswidrigen Verfahren nutzen denjenigen, die ein Interesse an der Festschreibung undemokratischer gesellschaftlicher Strukturen haben. Sie nutzen denjenigen, die durch Verteufelung kritischer Positionen von dem Erfordernis von Reformen ablenken wollen. Sie nutzen denjenigen, die die hohe Arbeitslosigkeit mißbrauchen, um die Arbeitnehmerschaft zu disziplinieren und sozialpolitische Errungenschaften zu demontieren.“ (Aus einer Entschließung der DPG-Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen am 22. Oktober.)

vorneherein die grundgesetzlich geschützte Wahrnehmung des passiven Wahlrechts mit Entlassung bestrafen will. Diese pauschale Vorverurteilung, bei der dem Angeklagten überhaupt keine Chance mehr zugesprochen wird, sieht die Deutsche Postgewerkschaft auch in den Fällen, in denen der Bundespostminister die Suspendierung vom Dienst bei gleichzeitiger Kündigung der Bezüge verfügt hat, noch bevor überhaupt ein gerichtliches Verfahren begonnen hat. Dementsprechend sind die Suspendierungsbe-

scheide fast wortgleich – bei unterschiedlichen Gehaltskürzungen. Auch in diesen Fällen geht es in erster Linie um die Werbung oder die Ausübung eines Mandats auf der offiziell zugelassenen Liste der DKP. Aus diesem Vorgehen der Regierungsinstanzen kann man nur schließen, daß in der Bundesrepublik freie Wahlen nur noch eingeschränkt und daher, wenn man es ernst nimmt, nicht mehr existieren.

Nun wurde ja in der politischen Diskussion immer wieder darauf verwiesen, daß die Berufsverbote gegen Kommunisten nur ein Anfang sind, daß auf diese Weise jegliche ernsthafte politische Opposition geächtet werden soll. Beispiele gibt es bereits genug: Verfahren gegen politisch Nichtorganisierte, gegen Sozialdemokraten. In einem neuen Fall hat der CDU-Staat nun die Richtung, in der er steuern will, klar markiert. Ein Posthauptschaffner aus Hannover, der sich mit einem besorgten Brief gegen die Verkabelungspläne des Postministers an Bundeskanzler Kohl wandte, erhielt zwar keine Antwort, dafür aber eine Abmahnung in seiner Personalakte, künftighin die „Pflicht zur Mäßigung bei Äußerungen und Eingaben politischen Inhalts zu beachten“. Das kann doch aber nur heißen, daß ein weiteres Grundrecht, das auf freie Meinungsäußerung, nicht mehr gelten soll.

R. B.

GLOSSE

Der nächste, bitte!

Es ist ihm sichtlich schwergefallen, dem Rainer Barzel, seinen Hut zu nehmen. Genau wie damals, 1973, als der Flick ihn von der CDU-Spitze wegkaufte, damit Platz wird für Kohl. Aber es hat dann noch zehn Jahre gedauert, bis ans Licht kam, was ihm den Abgang erleichtert hat. Und so ist er denn mit 1,7 Millionen Mark Abtrittsprämie von Flick kein Sozialfall geworden.

Abtreten wegen Geld, das nicht stinkt und das auch andere Spitzenmänner dieser Bundesrepu-Flick genommen haben, die aber nicht abtreten – das ist hart. Es ist auch darum hart, weil eigentlich „rechtlich“ alles in Ordnung ist. Wozu denn sonst, wenn nicht für die verfl(ck)zten Fälle, haben sich die Herrschenden ihr „Recht“ gemacht?! Und was heißt: Ja, aber die Moral! Die muß einer wie Kohlzel oder Barflick erst mal haben. Und hat er die, dann ist sie noch 'ne ganz andere Moral als die von Lieschen Müller.

Na Flickseidank, der Barzel-Fall ist erst mal ausgestanden. Nach anfänglichem Sträuben ging dann alles recht schnell. Warum, ob und wer mit wieviel nachgeholfen hat, wird man wohl wieder erst nach Jahren rauskriegen. Darum jetzt: Der nächste, bitte!

okulus

BetrVG im Visier

Während der Deutsche Gewerkschaftsbund einen langen Forderungskatalog zur Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes aufgestellt hat, dessen Verwirklichung er (halbherzig) anstrebt, sind die Konservativen im Lande entschlossen, eben dieses Gesetz zu verschlechtern. Der „Einstieg“ dazu soll bei den Regelungen der Betriebsänderung (§ 111), des Interessenausgleichs und Sozialplans (§ 112) sowie des Nachteilsausgleichs (§ 113) erfolgen und die Mitbestimmung des Betriebsrats weiter einschränken.

In dem Entwurf eines „Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985“, das nach den Regierungsplänen möglichst zum 1. Januar 1985 in Kraft treten soll, ist u. a. eine Neuregelung der Sozialplanbestimmungen vorgesehen (siehe auch NACHRICHTEN 9/84). Die Erzwingbarkeit des Sozialplans soll danach erst bei Entlassungen von 10 bis 20 Prozent der Belegschaft (bisher fünf Prozent) gegeben sein. Für die Einigungsstelle sollen feste Entscheidungsrichtlinien vorgegeben werden. Weiter ist beabsichtigt, die persönliche soziale Lage des von der Betriebsänderung Betroffenen (Bedürftigkeitsprüfung) bei der Anwendung eines Sozialplans zu berücksichtigen und Obergrenzen für die Mittel des Sozialplans festzulegen.

Alle diese bereits weit gediehenen Absichten, die den DGB noch erstaunlich unberührt lassen, zielen insbesondere auf den Abbau der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats. Das würde dadurch bewirkt werden, daß die gegenwärtige Gestaltungsfreiheit des Betriebsrats und der Gewerkschaft bei der Verhandlung und Durchsetzung eines Sozialplans durch einen Katalog vorgegebener Kriterien ersetzt würde. Darüber hinaus soll bei neugegründeten Unternehmen die ersten vier Jahre ein Sozialplan über die Einigungsstelle (§ 112 Abs. 4 BetrVG) nicht mehr erzwingbar sein. Gravierend sind auch die mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung beabsichtigten materiellen Verschlechterungen bei Sozialplanregelungen.

Zutreffend stellte der DGB in einer ersten Stellungnahme am 10. August fest, der Bundesarbeitsminister wolle nicht mehr, sondern weniger Schutz für die Arbeitnehmer und keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Mitbestimmung. Diese Linie wird auch mit der im Entwurf des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ vorgesehenen Ausweitung der Leiharbeit und der Möglichkeit des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge weiterverfolgt, wie ja auch in jüngster Zeit mehrere Urteile des Bundesarbeitsgerichts punktuell gegen die Mitbestimmung der Betriebsräte zielten. Ist es da nicht an der Zeit, daß der DGB und seine Gewerkschaften gemeinsam eindeutige Stoppzeichen setzen?

G. Siebert

Sozialabbau und Rüstungswahnsinn erfordern aktiven Widerstand

Vor zwei Jahren, im Oktober 1982, erlebte die Bundesrepublik die bis dahin größten gewerkschaftlichen Demonstrationen der Nachkriegszeit. Mehr als 600 000 gingen auf die Straße und protestierten gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn. Seitdem gab es weitere Höhepunkte des gewerkschaftlichen Kampfes: die Streiks der IG Metall und der IG Druck und Papier für die 35-Stunden-Woche und die Teilnahme Hunderttausender Gewerkschafter an den Aktionen der Friedensbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen.

Von der erstreikten 38,5-Stunden-Woche abgesehen, konnte bisher die Attacke der Koalition von Kapital und Kabinett auf die sozialen Leistungen und die Schutzgesetze der arbeitenden Menschen noch nicht gestoppt werden. Im Gegenteil: Die Lawne rollt weiter. Nachdem die konservative Bundestagsmehrheit elementare Schutzvorschriften für Jugendliche aufgehoben hat, plant jetzt Arbeitsminister und Noch-IG-Metall-Mitglied Norbert Blüm, die wenigen Kündigungsschutzrechte weiter zu verschlechtern. Er beginnt, selbst das Betriebsverfassungsgesetz auszuhebeln. Zugleich wächst die Massenarbeitslosigkeit, und die Armut breitet sich immer weiter aus.

Gegen diesen sozial-reaktionären Kurs reagieren die Gewerkschaftsspitzen unterschiedlich. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, glaubt, darauf verzichten zu können, die Mitglieder gegen den völligen sozialen Kahlschlag zu mobilisieren. Er vertraut auf eine „gesamtgesellschaftliche Verabredung“ der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden und der Bundesregierung und liebäugelt mit der Großen Koalition. Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, hat als Form einer Neuaufgabe der konzentrierten Aktion nicht nur Kamingsgespräche beim Kanzler vorgeschlagen, sondern auch als Begleiter von Bundeskanzler Kohl auf dessen China-Reise gemeinsam mit Hunderten von hochkarätigen Kapitalmagnaten Sozialpartnerschaft demonstriert.

In der IG Metall und den meisten anderen Gewerkschaften kritisieren führende Gewerkschafter Rappes Politik. Beispielsweise erklärte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler: „Die Selbstachtung verbietet es einem Gewerkschafter, sich der gegenwärtig amtierenden Koalition aus Kabinett und Kapital als zukünftigen Juniorpartner anzudienen.“ Vielmehr erforderlich sei es, der Regierungskoalition mit solidarischer Gegenwehr zu antworten.

Ohne aktiven gewerkschaftlichen Widerstand kann der sozialreaktionäre und zugleich friedensgefährdende Kurs Bonns nicht gestoppt, geschweige denn das gewerkschaftliche Beschäftigungsprogramm durchgesetzt werden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß mit papiernen Protesten in Form von Presseerklärungen oder auch Pressekonferenzen sich nichts bewegt.

Die stärksten Bastionen der Gewerkschaften sind die Betriebe. Von dort aus muß die Unruhe gegen die Unternehmer wachsen. Jede Betriebsversammlung sollte auch zu einem Tribunal gegen die Kumpeln von Kapital, Regierung, Massenmedien und Klassenjustiz genutzt werden. Bewegungen in den Betrieben und Verwaltungen – einschließlich befristeter Arbeitsniederlegungen gegen die völlige Amputation von Sozialleistungen und Arbeitnehmerschutzrechten – sind auch der beste Weg für erneute Großdemonstrationen. Eine verstärkte Betriebsarbeit ist ein Schlüssel, damit – wie vor zwei Jahren – in Stuttgart 150 000, in Dortmund 120 000 und am 28. Mai dieses Jahres 250 000 Gewerkschafter in Bonn gegen die Unternehmerregierung auf die Straßen gehen.

Werner Petschick

„Tun wir es ihnen an“

„Hierzulande wird den Bürgern immer mehr bewußt, daß Hochrüstung und Sozialabbau wie Hemd und Hose zusammengehören und die Gewährleistung materieller Sicherheit für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich ist ohne Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.“ Das erklärte der ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier und heutige Mitherausgeber dieser Zeitschrift, Leonhard Mahlein, auf einer Auftaktveranstaltung zum Stuttgarter „Friedensstern“ am 20. Oktober.

Sicherlich ist die von Mahlein angesprochene wachsende Erkenntnis einer der Gründe, die neben der SPD auch die DGB-Spitze veranlaßten, ihre einstmals ablehnende Haltung der Friedensbewegung gegenüber zu revidieren und die Gewerkschafter zur Teilnahme an Menschenkette, Friedensstern und Großkundgebungen in Hamburg, Bonn und Stuttgart aufzurufen. Eine Annäherung von Friedens- und Arbeiterbewegung wurde sichtbar, die in den zurückliegenden Arbeitskämpfen der Drucker und Metaller nur in Ansätzen vorhanden war.

Das Zusammengehen von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung in entscheidenden, ja lebenswichtigen Fragen ist auch der Hauptgrund der Wendepolitiker und ihrer Schreiberlinge, die Friedensbewegung totzureden. Jene, die sich in den letzten Jahren ein paar Zeilen über die Friedenskundgebungen mühsam abquetschen mußten, schwingen sich nun zu Kritikern darüber auf, daß in der 210 Kilometer langen Menschen- und Aktionskette zwischen dem Ruhrgebiet und dem Hunsrück ein paar Lücken waren und daß die Aktionen nicht eine Million, sondern 400 000 Teilnehmer aufwiesen, wobei man durchaus über die Aktionsformen geteilter Meinung sein kann.

Trotz allen Grabgesangs der Springer & Co., von „FAZ“, „Welt“ und „Bild“ war der 20. Oktober ein voller Erfolg, denn erstmals sprachen auf den über 60 Auftaktveranstaltungen und drei Großkundgebungen bekannte Gewerkschaftsfunktionäre. Vor rund 100 000 Teilnehmern auf dem Hamburger Rathausmarkt wiesen Ilse Bruns, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, ebenso wie Irmgard Bobrzik vom Präsidium der DKP auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau hin.

In Bonn gehörten zur Schar der Redner Horst Klaus vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall und Heinz Lukrawka, Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Mitherausgeber der NACHRICHTEN. In scharfen Worten prangerte Horst Klaus die immensen Kosten der Aufrüstung an. Sie „zerreißen das Netz der sozialen Sicherheit, sie beschleunigen die Inflation und die Arbeitslosigkeit“. Und Heinz Lukrawka argumentierte im gleichen Sinne:

„Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Was in die Raketenrüstung fließt, was für die konventionelle Hochrüstung in unserem Lande im wahrsten Sinne verpulvert wird, das ist für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren.“

Ähnlich waren die Aussagen von Ernst Eisenmann, dem Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, auf der Großkundgebung nach Auflösung des Friedenssterns. Unsere Gegner seien nicht allmächtig, „wenn wir lernen, daß wir kämpfen können, und wenn wir beharrlich daran arbeiten, daß wir gegen Sozialabbau und Rüstungspolitik gemeinsam kämpfen müssen“ (Wortlaut dieser Rede im Einhefter).

Unter den vielen Rednern aus dem Gewerkschaftsbereich, deren Aussagen allesamt dokumentierungswürdig wären, noch einen Satz aus der Rede der Bundesfrauensekretärin der IG Druck und Papier, Gisela Kessler, auf der Auftaktveranstaltung in Mannheim. Dieser folgende Satz faßt die Erfahrungen der letzten Jahre zusammen: „Das Schlimmste, was unseren Gegnern, den Kriegstreibern, dem Kapital passieren kann, ist das Zusammengehen von Arbeiter- und Friedensbewegung. Tun wir es ihnen an.“

G. M.

Bezirkskonferenz der IG Metall bewertete Streik und Aussperrung

Vom 4. bis 6. Oktober fand in der Kongreßhalle in Böblingen die Bezirkskonferenz 1984 der IG Metall des Bezirks Stuttgart statt. Sie wurde in der Form einer „Großen Bezirkskonferenz“ durchgeführt, d. h., neben den 135 ordentlichen Delegierten, die 523 114 Mitglieder repräsentierten, nahmen zugleich auch die Delegierten der Angestellten, Frauen, Handwerks- und Jugendkonferenz teil. Zusammen mit den Gastdelegierten und sonstigen Anwesenden waren es rund 760 Teilnehmer. Wie nicht anders zu erwarten, stand die Bezirkskonferenz weitgehend im Zeichen des Arbeitskampfes vom Mai bis Juli 1984.

„Ziel unserer Politik muß es bleiben, einen Arbeitskampf nicht zum Kassenkampf werden zu lassen. Gegen das große Geld der Unternehmer müssen wir noch mehr Aktivitäten, und zwar aller Mitglieder entwickeln. Nur durch deren ständige Einbeziehung in die Auseinandersetzung kann eine politische Breitenwirkung erzielt werden. Es genügt bei künftigen Kämpfen nicht, daß stellvertretend einzelne Betriebe oder ein, zwei Tarifgebiete im Einsatz sind. Es gab 1984 gute Ansätze, aber die Bewegung muß noch breiter, noch intensiver vorbereitet und durchgeführt werden.“ Diese Schlußfolgerungen zog der Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, im Geschäftsbericht der Bezirksleitung.

Über die Durchführung bundesweiter Aktionstage dürfe künftig nicht nur diskutiert werden. Ganztägige Streiks in der Automobilindustrie, der Elektroindustrie, im Maschinenbau oder in Teilbereichen dieser Branchen bezeichnete Eisenmann als ergänzendes Element zur „Neuen Beweglichkeit“, mit dem man die Unternehmer treffen und die eigene Moral stärken könne. Zeitlich begrenzte Schwerpunkstreiks über mehrere Tage in bestimmten Schlüsselbereichen würden eine noch nachhaltigere Wirkung zeigen. Eisenmann hofft, daß diese Überlegungen gründlich erörtert werden, damit die IG Metall auf die ins Haus stehenden weiteren Auseinandersetzungen gut vorbereitet ist.

Der Bezirksleiter stellte auch fest, daß es erstmals auf breiter Ebene Betriebsräte gab, die sich mit allen rechtlichen und leistbaren politischen Mitteln gegen die kalte Aussperrung wehrten, und auch Belegschaften, die kollektiv Widerstand leisteten. Die radikalste Form sei im Filterwerk Knecht in Lorch entwickelt worden. Im Kampf gegen die heiße Aussperrung zog die Belegschaft bei Werner & Pfleiderer in Dinkelsbühl mit Schlafsäcken und Luftmatratzen ins Werk und erzwang die Aufhebung der Aussperrung (siehe auch S. 5).

Filter-Knecht sowie Werner & Pfleiderer seien nicht die typischen, aber sehr wichtigen Erfahrungen in dem erstmals breiten Kampf gegen die Aussperrung gewesen, meinte Eisenmann. Die Überreaktion

der Unternehmer gegen diese Aktivitäten zeigte, an welch empfindlichem Nerv sie durch diese Abwehraktion getroffen wurden. An Stellen aber, an denen der Gegner Wirkung zeige, müsse künftig der Hebel angesetzt werden. Kundgebungen vor Aussperrungswerkstoren, mehrmaligen Demonstrationen durch die Werke müßten weiterentwickelt und der betriebliche Kampf gegen Aussperrung mit öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen

In die Bezirkskommission, die beratende Funktion hat, wurden Helmut Funk, Esslingen, Friedrich Schmied, Ludwigsburg, Helmut Schorff, Singen, sowie aus der Verwaltungsstelle Stuttgart Alfred Schaible und Alois Süß gewählt.

durch die Städte fortgesetzt werden. Die Verantwortlichen der Aussperrungsbetriebe seien aus ihrer Anonymität herauszuholen, um der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, wer hinter solchen Methoden stehe.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ist, wie Eisenmann erklärte, mit der diesjährigen Tarifbewegung keinesfalls zu Ende. Er habe gerade erst begonnen. Die Auseinandersetzung müsse jetzt auf der betrieblichen Ebene durch eine konsequente Vertrauensleutearbeit fortgesetzt werden. Es sei deshalb auch das Ziel der IG Metall, möglichst auch in den 929 Betrieben mit 100 bis 499 Beschäftigten Vertrauensleute zu wählen. Bis jetzt bestünde nur in der Hälfte dieser Betriebe eine Repräsentanz von gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern. Probleme gibt es bei der Jugend. Der Anteil der jugendlichen Mitglieder unter 25 Jahren sinkt. Deshalb will die IG Metall 1985 der Wahl jugendlicher Vertrauensleute besondere Aufmerksamkeit beimesen.

In der Diskussion wurden die Auffassungen des Bezirksleiters weitgehend bestätigt. Karl Lutz, Betriebsratsvorsitzender der Firma Burkhardt & Weber in Reutlingen mit rund 950 Beschäftigten, sagte, daß es jetzt in den Betrieben notwendig sei, die Schwächen, Unzulänglichkeiten und Versäumnisse des Kampfes auf der

jeweiligen Erlebnisperspektive darzulegen, um zu einer Analyse dieses Streiks zu gelangen. Nachdem er die vielen großartigen Beweise gelebter Solidarität gewürdigt hatte, meinte er, daß es auch viele der gemeinsamen Sache zuwiderlaufende Verhaltensweisen gegeben habe. Viele Vertrauenskörper hätten sich während des aktiven Kampfes vornehm zurückgehalten und ihn aus der Ferne beobachtet. Er kritisierte auch die ungenügenden gewerkschaftlichen Reaktionen auf die Aussperrungen, insbesondere auf die kalte Aussperrung. „Notwendig wäre es gewesen“, sagte Lutz, „Arbeitsämter zu belagern, Betriebe zu besetzen, kurzum politisch zu reagieren. Die Legalitätsfrage darf uns hier nicht hemmen.“

In dem Betrieb, in dem er arbeite, sei weder gestreikt noch ausgesperrt worden. Aber auch in diesen Betrieben sei es notwendig, Unruhe hineinzutragen, um für ständigen Druck auf die Unternehmer zu sorgen. Dabei habe sich gezeigt, daß dort, wo die Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstein“ konsequent durchgeführt wurde, auch die notwendige Mobilisierung möglich war.

Lutz zeigte kein Verständnis, daß in Vertreterversammlungen Beschlüsse gegen Überstunden gefaßt würden, aber nach dem Streik Überstunden zugestimmt würde. Dies mache die Gewerkschaft unglaubwürdig. Ähnliche Gedanken äußerte Clara Lucia Agnusdei, Göppingen, die über den Verlauf der bezirklichen Frauenkonferenz berichtete. „Wenn die Kolleginnen und Kollegen wissen, um was es geht“, meinte sie, „dann können sie auch kämpfen.“ Es ginge ihr nicht in den Kopf, daß man jetzt Überstunden zustimmen könne. Es sei aber auch notwendig, nach den Ursachen zu sehen und die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung weiterzuentwickeln. Dann würde die Gewerkschaft 1986 nicht von der Forderung der 35-Stunden-Woche weg-, sondern weitergehen.

Heftige Kritik wurde am sogenannten Meineid von Fellbach geübt. Dort hatten vor längerer Zeit die Funktionäre einhellig beschlossen, jährlich die gesetzlich möglichen Betriebs- und Jugendversammlungen durchzuführen, sie als Tribüne für die Popularisierung gewerkschaftlicher Forderungen zu nutzen und die Unternehmer auf den Prüfstand zu stellen. Allerdings wurde dieser Beschluß bis zum heutigen Tag nur sehr unvollkommen durchgeführt. Bei den Jugendlichen gab es anstatt der möglichen vier Jugendversammlungen im Jahr nur etwas mehr als eine im Durchschnitt. Dennoch konnte die IG Metall bei den diesjährigen Betriebsratswahlen in Baden-Württemberg 82,1 Prozent der Mandate gewinnen. Die Rechnung der Unternehmer sei auch hier, wie Eisenmann bemerkte, trotz der massiven Stimmungsmache vor allem in Klein- und Mittelbetrieben und trotz der offenen und versteckten Propaganda für Unorganisierte nicht aufgegangen.

Heinz Schäfer

Ausgesperrte bei Knecht in Lorch: Drei Tage und Nächte im Werk

Der für die Tarifpolitik zuständige Sekretär der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart, Walter Riester, analysiert in Heft 9/84 der WSI-Mitteilungen den Kampf um die 35-Stunden-Woche in Nordwürttemberg/Nordbaden. In seinem Beitrag, aus dem wir mit freundlicher Genehmigung Auszüge veröffentlichen, geht er auf die Kampfbedingungen ein, vermittelt Erfahrungen und zieht die notwendigen Schlußfolgerungen. Erstmals gab es im Kampf gegen die Aussperrung Betriebsbesetzungen. Diese beschreibt der Autor in den folgenden Kapiteln 8 und 10.

Die Erfahrungen mit den großen Aussperrungen 1963, 1971 und 1978 in Baden-Württemberg dokumentieren leider, daß der Widerstand gegen Aussperrung kaum entwickelt wurde. Die bezirkliche Streikleitung forderte deshalb diesmal alle Betriebsräte auf, allen Stilllegungsplanungen zu widersprechen und vielmehr den lückenlosen Nachweis für arbeitskampfbedingte Produktionseinschränkungen von den Geschäftsleitungen einzufordern. Alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute wurden aufgefordert, betriebliche Aktivitäten zu entfallen, um die unberechtigten Stilllegungsmaßnahmen zu verhindern. Alle Mitglieder forderten wir auf, sofern sie von kalter Aussperrung betroffen sind, ihre Arbeitskraft unmittelbar im Werk anzubieten, möglichst direkt am Arbeitsplatz, wobei dieses Anbieten durchaus demonstrativen Charakter haben sollte.

Wo die Betriebsräte selbst aktiv die Linie der IG Metall vertraten, konnten wir zum Teil in Einigungsstellenverfahren die Produktionsstilllegungen stoppen oder zumindest erheblich einschränken. Der tatsächlich praktizierte Widerstand war in den Verwaltungsstellen und Betrieben höchst unterschiedlich. So gab es Funktionäre und Mitglieder, die kampfflos die Anordnung zur kalten Aussperrung hinnahmen und ihre Aktivität nur darauf beschränkten, von der IG Metall finanzielle Unterstützung zu fordern. Es gab aber auch Betriebsräte, die sich mit allen rechtlichen und auch allen leistbaren politischen Mitteln gegen die kalte Aussperrung wehrten, und es gab ganze Belegschaften, die zu kollektivem Widerstand griffen, wie im Filterwerk Knecht in Lorch, in dem die „kalt“ Ausgesperrten 3 Tage und Nächte an ihren Arbeitsplätzen verbrachten. Eine Kampfmoral, die doppelt hoch zu werten ist, denn zum Zeitpunkt dieses Widerstands hatte der Vorstand der IG Metall schon beschlossen, die „kalt“ Ausgesperrten im umkämpften Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden finanziell nach den Richtlinien für Streik- und Aussperrungsunterstützung zu unterstützen.

Auch der Kampf gegen die „heiße“ Aussperrung entwickelte sich sehr unterschiedlich, insgesamt jedoch aktiver, als dies noch im Jahr 1978 der Fall war. So versammelten sich in vielen Groß- und Mittelbetrieben die Ausgesperrten bei

derlegung ab 13.00 Uhr und zu Demonstrationen und Kundgebungen in allen größeren Städten Baden-Württembergs auf. Hunderttausende folgten dem Streikaufruf. Die Kundgebungen selbst waren ein erster überbetrieblicher Mobilisierungsansatz, der sich dann fortsetzte in der bundesweiten Sternfahrt nach Bonn am 28. Mai, zu der allein aus Baden-Württemberg 17 Sonderzüge und rund 1000 Busse eingesetzt waren.

Durch die Arbeitskämpfanlage und den massiven Kampf gegen Aussperrung gelang es im Bezirk, den Gegner vier Wochen lang vom Einsatz der zweiten Aussperrungswelle abzuhalten. Dies bedeutete allein auf den Bezirk bezogen eine Minderung des Aussperrungsvolumens um ca. 60 000 Beschäftigte für vier Wochen.

Der erstmals in Teilbereichen wirkungsvoll entfaltete Kampf gegen Aussperrung war nur möglich, weil einerseits die Aussperrung als politisches Kampfmittel des Gegners von vielen Mitgliedern und Funktionären begriffen wurde und andererseits dieser Kampf auch durch eine offensive Führung der örtlichen und bezirklichen Streikleitung gefördert wurde. Auch ein relativ entwickelter Kampf in einem Bezirk stößt an seine Grenzen bei zentralen Auseinandersetzungen, sofern er nicht verbunden ist mit einer breiten, auch politisch wirksamen Bewegung im Bundesgebiet.

In vielen Bereichen traf uns trotz richtiger Einschätzung die von den Unternehmern eingesetzte kalte Aussperrung sehr unvorbereitet. Dies bezieht sich auf die rechtlichen, organisatorischen und politischen Handlungsmöglichkeiten. Gerade im Kampf gegen Aussperrung wurde aber andererseits auch die fortschrittlichste politische Entwicklung sichtbar.

Im Ergebnis der Erfahrungen dieses Arbeitskampfes wird nicht nur die Notwendigkeit der kritischen Diskussion über die Wirksamkeit alter und neu zu entwickelnder Arbeitskampfstrategien notwendig sein. Die Erfahrungen des Kampfes selbst zeigen wichtige Perspektiven, die es in der unmittelbar jetzt einsetzenden Gewerkschaftsarbeit auszubauen gilt.



Nach dem Kampf um 35 Stunden: Kesseltreiben auf Gewerkschafter

Ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen, wo Innenminister Herbert Schnoor (SPD) vor dem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche versicherte, daß der „Streik nicht die Stunde der Polizei“ sei, gibt es Monate nach der friedlich beendeten Auseinandersetzung ein wahres Kesseltreiben auf Gewerkschafter. Anlaß sind die Protestaktionen vor bestreikten Zeitungsbetrieben in Wuppertal, Essen und Düsseldorf. Behinderungen beim Ausliefern sogenannter Notausgaben, die unter permanentem Gesetzesbruch und Verletzung von Tarifverträgen hergestellt wurden, verfolgen die Staatsanwaltschaft jetzt als „Nötigung“. Alle Verfahren gegen Streikbrecher, die sich gewalttätig gegen Streikposten verhielten, sind dagegen prompt eingestellt worden.

Der DGB in Wuppertal, der gegen einen Kripobeamten Dienstaufsichtsbeschwerde einlegte, befürchtet nach der bisherigen Ermittlungspraxis eine „Kriminalisierung des Streiks“. In Wuppertal wurden Betroffene nicht nur auf offener Straße festgenommen oder vom Arbeitsplatz weg zur erkennungsdienstlichen Behandlung gebracht, es wurde auch klammheimlich im DGB-Haus „ermittelt“. Trotz der fragwürdigen Ermittlungsmethoden gibt sich der Wuppertaler Oberstaatsanwalt Helmut Pathe sicher, daß es zur Anklage kommen werde. Auf die Frage an den Oberstaatsanwalt, der als Reserveoffizier der Bundeswehr erst kürzlich wieder eine Wehrdienstübung bestritt, warum er im Gegensatz zu seiner rigiden Verfahrensweise gegen die Gewerkschafter die Ermittlungen gegen einen Streikbrecher so schnell eingestellt habe, gab er die geradezu zynische Antwort: Der Mann habe den angefahrenen Streikposten ja nicht „großartig“ verletzt. Was versteht der wehrtätige Oberstaatsanwalt unter einer „großartigen Verletzung“? Wörtlich: „Na ja, ein Abes-Bein oder ein gebrochener Fuß.“

Ebenfalls als „geringfügig“ betrachtete Oberstaatsanwalt Cossmann in Köln das Vorgehen eines Streikbrechers, der eine Waffe auf Streikposten richtete, um sich Durchfahrt zu erzwingen. Bei der Einstellung des Verfahrens berief sich der Oberstaatsanwalt nicht nur auf Paragraph 153 Abs. 1 der Strafprozeßordnung, sondern zusätzlich auch noch auf das zwischen der IG Druck und dem Bundesverband Druck tariflich vereinbarte Maßregelungsverbot. Was eigentlich den Streikbeteiligten zugute kommen soll, gewährt die Justiz großzügig einem Streikbrecher. Auf die Idee, umgekehrt oder doch wenigstens gleichmäßig zu verfahren, ist noch kein Staatsanwalt gekommen. Innenminister Schnoor, der auf diese Merkwürdigkeit anläßlich eines Gesprächs mit Journalisten in Düsseldorf angesprochen wurde, will sich im Kabinett dafür einsetzen, daß es nicht zu der befürchteten Prozeßwelle gegen Gewerkschafter kommt. Letztentscheidend ist der weisungsbefugte Justizminister.

Im Hintergrund aber lauern die Zeitungs-

verleger, die, wie der Innenminister zugeben mußte, schon während des Streiks heftigen Druck auf die Polizei ausübten. Wie stark der Druck war, belegt jetzt auch eine Dokumentation der Düsseldorfer Polizei, die u. a. die Erstveröffentlichungen von Briefen des Polizeipräsidenten Dr. Liskens an die „Westdeutsche Zeitung“ und die „Rheinische Post“ enthält, die von den beiden Zeitungen nicht veröffentlicht wurden.

Dem über die Zeitungsblockaden lauthals klagenden Wuppertaler Verleger Girardet hält Liskens vor, daß er ähnliches von ihm

Stihls Strategie durchkreuzen: Auch 1986 Arbeitszeit verkürzen

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallindustrie (VMI) Baden-Württembergs am 13. September 1984 in Fellbach hat deren Vorsitzender Hans Peter Stihl verdeutlicht, warum die Unternehmer darauf drängen, daß im Manteltarifvertrag Möglichkeiten einer Arbeitszeitflexibilisierung aufgenommen wurden.

Zum einen eröffne diese „bei konsequenter Anwendung Chancen zu beachtlichen Produktivitätssteigerungen“. Stihl versuchte dabei, den Unternehmern einzureden, daß es notwendig sei, in allen Betrieben die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Eine einheitliche betriebliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche wäre der falscheste Weg. „Ich appelliere deshalb an alle Mitgliedsfirmen, keinesfalls den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, sondern den Tarifvertrag konsequent in die betriebliche Praxis umzusetzen.“

Dann aber ließ er die Katze völlig aus dem Sack, warum der VMI so auf die Flexibilisierung drängt. Die Laufzeit des neuen Manteltarifs endet bereits am 30. September 1986. Stihl: „Ob die IG Metall dann den verhängnisvollen Weg einer allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit weiter beschreitet, liegt nicht zuletzt an

nicht gehört habe, als private Lkw-Unternehmer tagelang die Grenzen blockierten und dabei die Unterstützung von Politikern (u. a. Franz Josef Strauß) und Publizisten fanden. Im übrigen, erinnert Dr. Liskens den Verleger, gehöre zum Vorwurf der Nötigung ein nachweisbarer „verwerflicher Zweck“. Überzeugend auch noch dieser Satz: „Die tatsächlichen Grenzen staatlicher Macht sind auch ein Zeichen rechtsstaatlicher Machtbegrenzung.“ Würde die Polizei das Verhältnismäßigkeitsprinzip mißachten, handelte sie verfassungswidrig...

Verwunderlich bleibt, warum sich die Polizeiführung bei einer so begrüßenswerten rechtsstaatlichen Auffassung am Schluß des Streiks dennoch dazu verleiten ließ, das Druckzentrum der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf-Heerdt mit rund 600 Polizisten und Wasserwerfern zu „schützen“ und damit erheblich gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit zu verstoßen. Das Nachdenken darüber hält an. Innenminister Schnoor ist im nachhinein „nicht glücklich“ über diese Entscheidung, die nur aus „polizeitaktischer Sicht“ zu verstehen sei.

Das Übermaß von „Taktik“ hat die Polizei dennoch nicht davor bewahrt, daß auch gegen sie ermittelt wird, weil Verleger der Meinung sind, einzelne Beamte hätten mit ihren Maßnahmen gegen die Streikenden zu lange gezögert. Die Politik der Bonner Wende schlägt hier voll durch.

Peter Baumöller

uns selbst: Eine Auffächerung der betrieblichen Arbeitszeiten erhöht beträchtlich die Chancen, daß die Mitarbeiter den engen Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Lohnhöhe deutlicher erkennen und der Wunsch nach mehr Lohn dominiert. Insofern hat meine Aufforderung zur Auffächerung der Arbeitszeiten auch hohe verbandspolitische Bedeutung: Es geht auch darum, bereits im Ansatz gegenzusteuern, daß kein erneuter Konflikt um die Arbeitszeitfrage entsteht.“

Hier wird deutlich: Es geht gar nicht in erster Linie um die Interessen der einzelnen Mitgliedsfirmen, für die es am besten ist, wenn sie der Einführung der 38,5-Stunden-Woche für jeden zustimmen. Es geht um die Macht des Unternehmerverbandes. Weil dies aber Stihl so offen ausspricht, kann dieser Unternehmerstrategie entgegengewirkt werden. Selbstverständlich ist nach der jahrelangen Senkung der Reallohne deren Erhöhung unbedingt erforderlich, aber ebenso notwendig ist, daß auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche fortgeschritten wird. Die Alternative kann daher für 1986 nicht heißen Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, sondern nur: Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. H. Sch.

„Arbeitszeit und Einkommen sind für uns eine Einheit“

Alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben nach den zwei weiteren Verhandlungsrunden ihre Haltung bekräftigt, daß es keinen Tarifabschluß ohne Verkürzung der Arbeitszeit geben werde. In den Gesprächen am 11. Oktober hatte Bundesinnenminister Zimmermann als Unternehmervertreter für Bund, Länder und Gemeinden lediglich eine Einkommenserhöhung von 2,8 Prozent ab 1. Januar 1985 vorschlagen. Für die Monate September bis Dezember 1984 bot er eine Einmalzahlung von 180 DM an; die Auszubildenden sollten nach seinen Vorstellungen mit 16 bzw. 17 DM bedacht werden.

In der nachfolgenden Verhandlungsrunde am 25. Oktober fanden lediglich „Sondierungsgespräche“ in Sachen Arbeitszeitverkürzung statt, ohne daß ein konkretes Angebot besprochen werden konnte. In ersten Stellungnahmen haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zwar registriert, daß das Nulldiktat der Unternehmer zumindest in einem Punkt – Lohn- und Gehaltserhöhungen – gefallen ist. In der Substanz sind die Vorstellungen des Innenministers allerdings einhellig zurückgewiesen worden. Als „Halbwahrheit“, die kein Ersatz für akzeptable Lohnerhöhungen darstellen könne, hat die Deutsche Postgewerkschaft schon deshalb das Zimmermannsche Angebot zurückgewiesen, weil es für den Jahresdurchschnitt lediglich 2,4 Prozent ausmacht, während kein anderer Wirtschaftsbereich unter 3 Prozent abgeschlossen habe.

Auch die stiefmütterliche Behandlung der Auszubildenden will man offensichtlich nicht so ohne weiteres hinnehmen. Die schlechten Tarifiergebnisse der vergangenen Jahre haben besonders unter ihnen Unmut ausgelöst und nach Einschätzung der Gewerkschaftsjugend die Positionen gerade unter dem gewerkschaftlichen „Nachwuchs“ geschwächt. 2,4 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen können aber auch nicht ausgleichen, was die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren an Reallohnverlusten hinnehmen mußten, selbst wenn gegenwärtig auf eine niedrige Inflationsrate verwiesen wird.

Nach Angaben der Gewerkschaft ÖTV macht der Abbau der Realeinkommen seit 1979 immerhin 8 bis 10 Prozent aus und liegt damit deutlich über den Einbußen in der übrigen Wirtschaft. War es bisher das erklärte Ziel der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, den mühsam erkämpften Anschluß an das Verdienstniveau in den übrigen Wirtschaftszweigen zu halten, so muß vor diesem Hintergrund darauf bestanden werden, daß die Unternehmer noch einiges zulegen. Darüber hinaus hatten die Gewerkschaften mit der Mindestforderung von 110 DM eine soziale Komponente beabsichtigt, die im Angebot der Unternehmer nicht zu finden ist.

Gegenüber der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in Form von 10 freien Tagen haben die Unternehmer allerdings in ihren Verlautbarungen noch immer auf Null-Blockade geschaltet. Auf der Fortsetzung des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV Anfang Oktober in Wiesbaden erklärte die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies noch einmal, daß der öffentliche Dienst auch in der Arbeitszeitverkürzung den Anschluß an das bisher Erreichte halten wolle. „Arbeitszeit und Einkommen sind für uns deshalb eine Einheit. Es kann keinen Tarifabschluß ohne ein vertretbares Verhandlungsergebnis zu beiden Forderungskomponenten geben“, erklärte sie unter dem Beifall der Delegierten. Und weiter: „Wer darauf spekuliert, unsere Forderung in ein Entweder-Oder aufspalten zu können, wird auf unser striktes Nein stoßen.“

Ergänzend wies der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, auf die arbeitsmarktpolitischen Forderungen und die finanziellen Möglichkeiten der „wirtschaftlich kerngesunden Bundespost“ hin. Für Gewerkschaften wie die Deutsche Postgewerkschaft, die vorwiegend Beamte organisiert hat, wird es außerdem wichtig sein, daß die massiven Versuche, den Beamten die Tarifautonomie abzusprechen, zurückgewiesen werden. Bundespostminister Schwarz-Schilling wollte bereits per Rundschreiben und Disziplinarandrohungen die Beamten zum Streikbruch verpflichten. Dagegen läuft eine innerdienstliche Unterschriftensammlung der Gewerkschaft. Es steht aber auch die Bekräftigung von Monika Wulf-Mathies in Wiesbaden: „Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen müssen zum gleichen Zeitpunkt und im gleichen Umfang auf die Beamten übertragen werden. Mit der Abkoppelung der Beamten und mit dem Auseinanderdividieren von Arbeitern, Angestellten und Beamten muß endlich Schluß sein.“ Wenn die Absichten der Unternehmer, so führte sie weiter aus, dem öffentlichen Dienst ihr Diktat aufzuzwingen, ins Wanken geraten sind, dann durch die Geschlossenheit und die Kampfbereitschaft. Dies wird ganz besonders auch für das Null-Diktat in der Arbeitszeitverkürzung gelten.

Renate Bastian

Tor aufgestoßen

Rund zwei Millionen Beschäftigte des Einzelhandels sind angetreten, die 40-Stunden-Woche zu knacken. In allen elf regionalen Tarifbezirken sind – wie wir bereits meldeten – die entsprechenden Manteltarifverträge gekündigt worden. Eigens zu dieser Frage führte der Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 9. Oktober eine Pressekonferenz in Düsseldorf durch: „Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat für uns Priorität“, erklärte der Zweite HBV-Vorsitzende Dieter Steinborn. „Gerade im Einzelhandel gibt es keine Alternative dazu.“

Der HBV-Funktionär bezeichnete die Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie als einen Durchbruch und als eine neue Perspektive im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wörtlich erklärte er: „Die IG Metall und die IG Druck und Papier haben auch für uns das Tor aufgestoßen und damit die Voraussetzung geschaffen, um auch für die Arbeitnehmer im Einzelhandel wirksame Schritte zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu vereinbaren.“

Nach den Vorstellungen der Gewerkschaft HBV soll im Einzelhandel die angestrebte Arbeitszeitverkürzung in Form freier Tage verwirklicht werden. Dabei stützt sich die Gewerkschaft auf gemachte Erfahrungen: „Die roulierenden Freizeitsysteme im Einzelhandel waren schon immer das bewährte Instrument zur Verteilung der Arbeitszeit – auch bei der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche. Darauf wollen wir aufbauen und zusätzliche zusammenhängende Freizeiten schaffen“, so Dieter Steinborn. Für Teilzeitbeschäftigte fordert die Gewerkschaft HBV erhöhte Einkommen in den Fällen, in denen die Arbeitszeit nicht verkürzt wird.

Wie notwendig die Arbeitszeitverkürzung ist, belegen die 150 000 vernichteten Arbeitsplätze in den letzten drei Jahren sowie die in erheblichem Umfang erfolgte Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätzen. Bis 1990 wird mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigten um bis zu 15 Prozent gerechnet, wenn nicht wirksam entgegengesteuert und die Arbeit umverteilt wird. Denn gerade für den Einzelhandelsbereich gilt, so die Gewerkschaft HBV, „nur durch weitere Arbeitszeitverkürzung können die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen leisten“.

Auch in der Frage, daß dabei das Konzept der aktiven und solidarischen Tarifpolitik, an dem die Gewerkschaft HBV einen nicht unwesentlichen Anteil hat, zum Tragen kommen muß, sind sich die Mitglieder und Funktionäre einig: Denn als Lehrbeispiele stehen dafür IG Druck und Papier und IG Metall. Gisela Mayer

Abschluß bei der IG Chemie

Für die 50 000 Beschäftigten in der papiererzeugenden Industrie konnte die diesjährige Tarifrunde mit Vereinbarungen in drei Bereichen beendet werden. Die IG Chemie-Papier-Keramik und der zuständige Unternehmerverband schlossen Anfang Oktober Tarifverträge ab über eine Vorruhestandsregelung, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für ältere Arbeitnehmer und über die Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Bei einer Laufzeit von zwölf Monaten wurden die Löhne und Gehälter rückwirkend ab 1. September um 3,5 Prozent erhöht, die Ausbildungsvergütungen zwischen 20 und 23 DM monatlich. Die Laufzeit der Vorruhestandsregelung begann am 1. November 1984. Das Vorruhestandsgeld soll 75 Prozent des letzten Brutto-Monatseinkommens ausmachen. Bei Beschäftigten, die drei- und vierschichtig arbeiten, sollen bei der Berechnung der 75 Prozent in den ersten 24 Monaten des Vorruhestands die Sonn-, Feiertags- und Nachtschichtzuschläge mit einbezogen werden. Ab dem 25. November werden nur noch 50 Prozent dieser Zuschläge berücksichtigt.

Für die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung ist jedoch ein Limit von

mindestens 5 Prozent der Beschäftigten gesetzt. Machen 58jährige und ältere mehr als 5 Prozent der Belegschaft aus, so dürfen die mit dem höheren Alter und der längeren Betriebszugehörigkeit als erste in den Vorruhestand gehen. Im Rahmen dieser Regelung entscheiden allein die Betroffenen, ob und wann sie davon Gebrauch machen. Eine Öffnungsklausel im Vertrag ermöglicht die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung auch für einen über den 5-Prozent-Anteil hinausgehenden Kreis von 58jährigen und älteren Beschäftigten, wenn der Unternehmer seine Zustimmung gibt.

Schließlich wurde durch Veränderung des Manteltarifvertrages festgelegt, daß ab 1. Januar 1986 für Arbeitnehmer, die 55 Jahre und älter sind, die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 38 Stunden verkürzt wird. Wer zu diesem Beschäftigtenkreis gehört und außerdem im Drei- und Vierschichtbetrieb arbeitet, braucht ab 1. Januar 1987 ebenfalls bei vollem Lohnausgleich nur noch 36 Stunden zu arbeiten. Die bisher für Schichtarbeiter geltende Arbeitszeit von generell 42 Stunden entfällt ganz. Die Laufzeit des neuen Manteltarifvertrages geht bis zum 30. Juni 1988. G. S.

Betriebsversammlung dauerte drei Tage

Wie „metall“ am 19. Oktober berichtete, standen bei den Detmolder Stephan-Werken die Maschinen drei Tage still. Während dieser Zeit versuchten Belegschaft und Betriebsrat in einer außergewöhnlichen Belegschaftsversammlung, die Geschäftsleitung davon zu überzeugen, daß die geplante Verlagerung der Produktion nach Hameln und damit die Vernichtung von knapp 100 Arbeitsplätzen in der Lippestadt betriebswirtschaftlich nicht notwendig, sozial- und arbeitsmarktpolitisch verantwortungslos und menschlich eine Zumutung ist. Nach drei Tagen war eine entsprechende Vereinbarung erreicht und die Betriebsversammlung damit beendet. Der Nachhilfeunterricht für den Unternehmer hatte seine erste Wirkung nicht verfehlt. Jedoch schätzte Betriebsratsvorsitzender Ulrich Kersten realistisch ein: „Noch ist nicht aller Tage Abend.“

Streik für Übernahme des Tarifvertrages

Anfang Oktober legte die Belegschaft der Firma Spiegelglaskabel in Stuttgart-Vaihingen für zwei Tage die Arbeit nieder. Sie folgte damit einem Aufruf der IG Metall.

Tarifautonomie ist unantastbar

Gewerkschaftlichen Widerstand gegen die von den Bonner Koalitionsparteien betriebene schleichende Auflösung der Tarifautonomie hat der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, am 25. Oktober auf einer Betriebsräteversammlung bei Daimler-Benz in Sindelfingen angekündigt. Die Freiheit der Gewerkschaften, Arbeitskämpfe zu führen, sei unantastbar. „Wer hier gesetzgeberisch eingreifen will, muß mit den denkbar härtesten Formen gewerkschaftlichen Widerstands rechnen.“ Ausdrücklich bezog sich der IG-Metall-Funktionär auf die Initiative des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Hansheinz Hauser, durch Gesetz die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften während eines Arbeitskampfes zu begrenzen und auf das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. In diesem Gutachten werde die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gefordert und für eine untertarifliche Entlohnung plädiert.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. November – 0,03 Mill.

Tischlerhandwerk Niedersachsen, Stadt Bremerhaven (13 000); Ernährungsindustrie Bayern – Angestellte – (6200); feinkeramische Industrie Nordwestdeutschland, Hessen (4700); Erfrischungsgetränkeindustrie Niedersachsen, Bremen, Bayern (4500).

31. Dezember – 0,2 Mill.

Schuhindustrie – Arbeiter – Bundesgebiet (38 400); Schuhindustrie Angestellte Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern (8000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg, Baden-Württemberg (56 000); Tankanlagenbau und Tankschutzgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (10 000); Mittelstandsbrauereien Bayern (7000); Naßbaggengewerbe Bundesgebiet (9000); Damenschneiderhandwerk Bundesgebiet (5800); Molkereien Niedersachsen und Bremen (4100); Milch-, Käse- und Schmelzkäseindustrie (2200); Milchindustrie Nordwestdeutschland (2200); Milchindustrie Nordwestdeutschland (2500).

31. Januar – 0,3 Mill.

Papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet (95 100); Kfz-Gewerbe Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern (38 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (48 800); Mechanikerhandwerk Bayern (7500); Holzverarbeitende Industrie Hessen (13 200); Heizungsindustrie Südbaden (6500); Elektrohandwerk Schleswig-Holstein (6000); Tapetenindustrie Bundesgebiet (4500).

28. Februar – 1,1 Mill.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen (536 000); Einzelhandel Hessen (124 000); Stationierungstreikräfte Bundesgebiet (116 400); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen (72 000); Sägeindustrie Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen (31 000); Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen (73 000); Fleischerhandwerk Niedersachsen (18 200); Klempnerhandwerk Nordrhein-Westfalen (60 000); Galvaniseure Bundesgebiet und Westberlin (13 000); Zuckerindustrie – Angestellte – Bundesgebiet (10 000); Metallhandwerk Westberlin (11 000); Heizungsindustrie Nordrhein-Westfalen (8000); Brot- und Backwarenindustrie Bayern (8400); Landmaschinenmechanikerhandwerk Bayern (6500); Zigarrenindustrie – Arbeiter – Bundesgebiet (5500).

Mit dem Griff nach der Ruhrkohle neue Bergbaukrise vorprogrammiert

„Mit dem laufenden Anpassungsprozeß ... und dem Abbau von weiteren 20 000 Arbeitsplätzen ist das Ende der Fahnenstange erreicht“ zielt die „einheit“, die Zeitung der IGBE, den Gewerkschaftsvorsitzenden Adolf Schmidt am 15. August 1984. Die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse auf der Hauptversammlung im September rechnet aber diesen optimistischen Schluß in keiner Weise, denn die Ruhrkohle AG (RAG) befindet sich jetzt voll im Griff ihrer ärgsten Konkurrenten.

Mit 37 Prozent des Kapitals ist der VEBA-Chef Rudolph von Bennigsen-Foerder der neue König der RAG. Mit der von ihm durchgesetzten Ruhrkohleneuordnung steht vor den Bergleuten und dem Ruhrgebiet eine neue Periode der verschärften Angriffe auf die Arbeitsplätze. Denn mit VEBA und RWE bestimmen bei der Ruhrkohle jetzt die beiden größten Stromerzeuger der Bundesrepublik, die ihre Elektrizitätsproduktion hauptsächlich auf Kernenergie und Braunkohle aufgebaut haben, und die überdies größere Beteiligung an Steinkohlevorkommen in Übersee besitzen. Aus ihrer Sicht ist die RAG nur ein lästiger Konkurrent. Eine unabhängige RAG, die evtl. der Motor bei der Verwirklichung der großpropagierten „Kohlevorangepolitik“ wäre, erschien ihnen angesichts der in den letzten Jahren aufgebauten Überkapazität an Kernenergie als Alptraum.

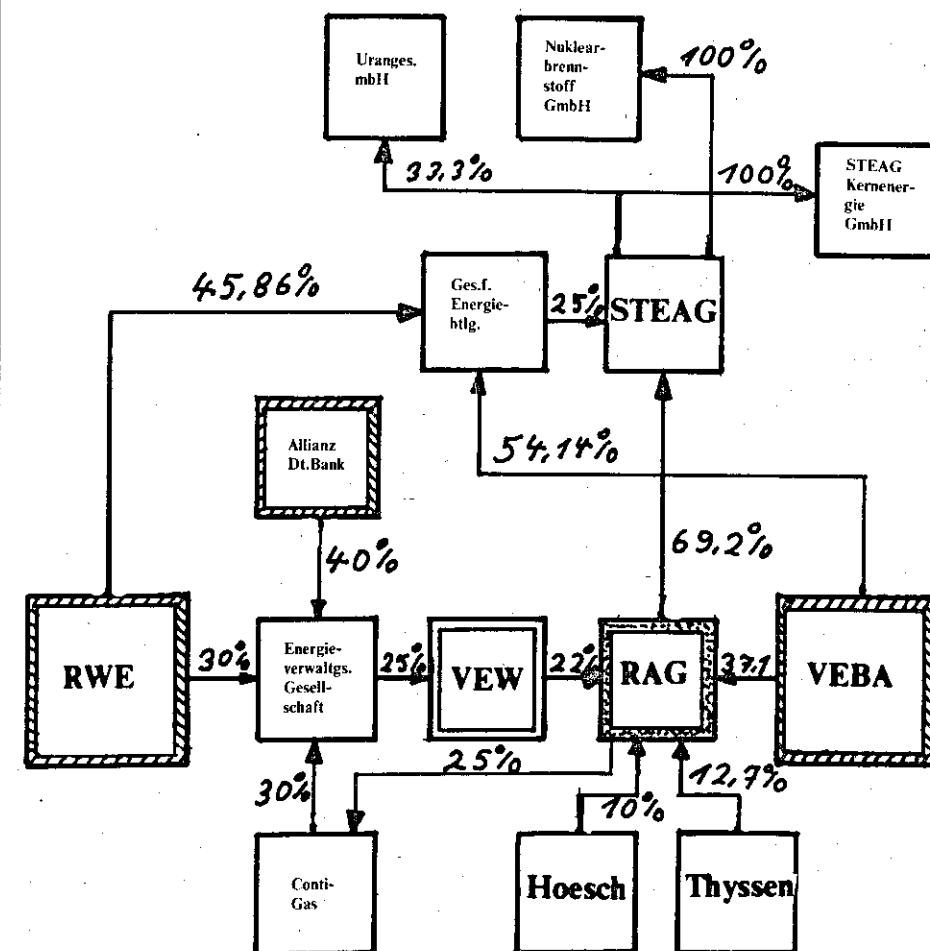
Auch die so stark hervorgehobene 22-Prozent-Beteiligung der VEW, des größten Elektrizitätserzeugers auf Steinkohlebasis, kann nicht als eine Absicherung der Kohlezukunft angesehen werden. Denn die VEW sind abhängig von Entscheidungen der RWE (flankiert von Allianz und Deutscher Bank), und sie unterliegen über die Contigas auch dem Druck derjenigen, die bei der RAG das Heft in der Hand halten, also hauptsächlich wieder der VEBA. Die VEW war zwar bisher die stärkste Stütze der RAG in der Stromwirtschaft, wenn die VEBA-Tochter Preussen-Elektra der VEW aber demnächst Atomstrom anbietet, kann sich diese Rolle ändern.

Die Grafik macht auch den Widerstand von VEBA, RWE und Bundesregierung/Bundeskartellamt gegen die Beteiligung des Landes NRW an der RAG verständlich. Denn eine Landesregierung ist politischem Druck der betroffenen Belegschaften und Regionen gegenüber eher empfänglich als Konzernvorstände. Ein solcher Partner hätte die jetzt erreichte klare Lösung im Interesse der großen Energiekonzerne gestört.

Die Beherrschung der RAG wird dadurch abgerundet, daß die verbleibenden Stahlkonzerne unter den Aktionären mit den Stromkonzernen ein gemeinsames Interesse an größeren Mengen billiger Importkohle haben. 1989 läuft der Vertrag zwi-

Übersee. Auch unter diesem Aspekt ist die Begehrlichkeit von VEBA und RWE verständlich.

Seit Sommer dieses Jahres haben die VEBA und der Thyssen-Konzern mit Günter Vogelsang ein und denselben Aufsichtsratsvorsitzenden, der, mit der Deutschen Bank im Rücken, auf eine „Harmonisierung“ der Geschäftspolitik in wichtigen energiepolitischen Grundfragen hinwirken wird. Dies belegt den fast lückenlos konzipierten Zangengriff, von dem die Arbeitsplätze im Ruhrbergbau bedroht sind. Denn Bennigsen-Foerder hat seine Sicht der Dinge schon im Mai dieses Jahres vor den „Führungskräften in Bergbau und Energiewirtschaft“ schonungslos dargelegt: „Man darf sich nicht dem Trugschluß hingeben, daß mit den aktuellen Maßnahmen ... die sich abzeichnende Kohlekrise überwunden sei ...“ „Die Uhr tickt für eine neuerliche Krise“ (Zeitschrift für Energiewirtschaft 2/84, Seite 133). Mit der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei der RAG soll Energiepolitik in der Bundesrepublik demnächst allein in den Konzernchefetagen von VEBA, RWE und den internationalen Mineralölunternehmen entschieden werden. Die Verwirklichung der Anträge zum 13. Gewerkschaftstag der IGBE auf Sicherung der Arbeitsplätze setzt deshalb den entschlossenen Widerstand gegen die weitere Erdrosselung des Ruhrbergbaus voraus. Lutz Schröter



Die neue (vereinfachte) Eigentumsstruktur der RAG. Der obere rechte Teil der Grafik verdeutlicht weitere Interessen von VEBA und RWE an der RAG: die Einverleibung deren kerntechnischer Bereiche und die volle Kontrolle über die STEAG mit ihrem Nah- und Fernwärmenetz.

Tarifpolitik als Sündenbock

Einen „Mangel an Investitionsdynamik“ beklagen die fünf großen bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem „Herbstgutachten“ – und machen denn auch gleich den Hauptverantwortlichen dingfest: die gewerkschaftliche Tarifpolitik.

Tatsächlich befinden sich die Institute eigentlich in einer verzweifelten Situation: Im April hatten sie noch einen kräftigen Aufschwung und vor allem einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit schon im laufenden Jahr prognostiziert. Die Zahl der Arbeitslosen, so hieß es im Frühjahr, „dürfte den Vorjahresstand (gegen Jahresende) um etwa 200 000 unterschreiten“. Doch zur Zeit ist der Vorjahresstand um etwa 10 000 überschritten, und eine weitere Zunahme zeichnet sich ab. Der Hinweis auf die Arbeitskämpfe und ihre Ergebnisse als Erklärung für die eklatante Fehleinschätzung müßte sich eigentlich verbieten: Diese waren ausdrücklich in der Frühjahrsprognose vorweggenommen worden.

– Das hindert aber die Mehrheit der Institute nicht, die ungünstige Entwicklung im laufenden Jahr und die pessimistische Prognose für 1985 mit „nicht problemgerechten“ Tarifabschlüssen zu erklären. Eine geradezu absurde Behauptung; schließlich weisen die Institute selbst darauf hin, daß die Abschlüsse im Jahre 1984 weit unter der Produktivitätsentwicklung liegen und daher eine erneute Kostenentlastung für die Unternehmen beinhalten. Doch um die Frage, warum eine so anhaltende Umverteilung zugunsten der Unternehmen eben keine Belebung der „Investitionsdynamik“ gebracht hat, drücken die Institute sich herum. Verständlich – würde dies doch eine Überprüfung ihrer Grundkonzeptionen erfordern.

Eine Minderheit der Institute – das eher konservative Münchener Ifo-Institut und das SPD-orientierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) – wollen zwar die Tarifabschlüsse nicht so negativ sehen, verknüpfen dies aber mit einer massiven Unterstützung der Flexibilisierungsstrategie der Unternehmer. Die Haltung der IG Metall wird hier direkt kritisiert: Negative gesamtwirtschaftliche Folgen seien zu befürchten, wenn es den Gewerkschaften gelänge, die Flexibilisierung zu verhindern.

Die Mehrheit der Institute schlägt dagegen Regelungen vor, die auf eine völlige Aushöhlung des Tarifrechts hinauslaufen: Neben Gewinnbeteiligungsmodellen sollten die Tarifverträge Öffnungsklauseln beinhalten, die es Unternehmensleitungen und Betriebsräten ermöglichen, bei „betrieblichen Notlagen“ untertarifliche Bezahlung zu vereinbaren. Damit würde aber eine Lohnsenkung in Krisenzeiten gerade-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	August 1984	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1984	August 1983
Produktion	90,8	-4,2	+ 3,4
Auftragseingänge ¹	108,0	-3,7	+11,9

1 nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1980 = 100	September 1984	Veränderung in v. H. gegenüber August 1984	September 1983
Lebenshaltung	118,3	+0,1	+1,5
Industriepreise	119,7	+0,3	+2,7
Landw. Erzeugerpreise ¹	106,4	-1,7	-1,4
Importpreise	124,7	+1,2	+5,4
Exportpreise	117,1	+0,5	+3,4

1 August

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	September 1984	Veränderung in 1000 gegenüber August 1984	September 1983
Arbeitslose	2144	-58	+ 9
Kurzarbeiter	262	+50	-208
Offene Stellen	91	- 4	+ 13

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Prognose des „Herbstgutachtens“ für 1984/85¹

	1984	1985
Bruttosozialprodukt ²	+2,5	+2,0
Privater Verbrauch ²	+1,0	+1,5
Staatsverbrauch ²	+0,5	+0,5
Anlageinvestitionen ²	+2,5	+2,0
Ausfuhr ²	+8,0	+6,5
Beschäftigung	-0,5	0,0
Arbeitslose (in 1000) ³	2270	2280
Arbeitsproduktivität	+3,0	+3,0
Bruttolohn/-gehaltssumme	+3,0	+3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+8,0	+7,0
Verbraucherpreise	+2,5	+2,0

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

2 In festen Preisen

3 Absolutzahl, registrierte Arbeitslose

(Quelle: „Herbstgutachten“ der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute)

zu programmiert. Von einer Garantie der Arbeitsplätze ist in diesem Zusammenhang natürlich keine Rede.

Das „Herbstgutachten“ macht deutlich, wie wenig ernst diese Veröffentlichungen vom wissenschaftlichen Standpunkt noch zu nehmen sind. Die Beliebigkeit der Prognosen und Begründungen, vor allem aber die „Flexibilität“, mit der auf die je-

weiligen unternehmerischen Wünsche und Interessen eingegangen wird, lassen daraus ein beliebiges, lediglich noch wissenschaftlich verbrämtes Unternehmerpamphlet werden. Mit wenigen Abstrichen muß in diese Kritik auch das DIW einbezogen werden, das vor allem in der Flexibilisierungsfrage auf gewerkschaftsfeindliche Positionen eingeschwenkt ist.

J. G.

Kilometerstein zum Ausruhen gibt es für die IGM-Jugend nicht

„Frieden und Arbeit für alle“ – unter diesem Motto stehen die Herbst- und Winteraktionen der IG-Metall-Jugend. Dieses Motto steht für die wichtigsten Aufgaben, an denen die Gewerkschaftsjugend nicht nur in den nächsten Monaten arbeiten wird: für mehr und bessere Ausbildungsplätze, Arbeitszeitverkürzung auch für die Auszubildenden und die Übernahme unserer ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen.

Den zweiten Schwerpunkt bilden die wichtigsten Aktionen zur Stärkung unserer Organisation und unserer Kampfkraft. Dazu gehört die verstärkte Gewinnung neuer junger Mitglieder ebenso, wie die Erhaltung und Stärkung unserer Jugendvertretarbeit im Betrieb. Die Durchsetzung einer Jugend- und Ausbildungsververtretung in möglichst vielen Betrieben ist dazu ein wichtiges Mittel. Dritter Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Fortsetzung des Kampfes für Frieden und Abrüstung.

Die massenhafte Beteiligung nicht nur junger Gewerkschafter an den Herbstaktionen der Friedensbewegung 1983, an den Ostermärschen und die vielen örtlichen und betrieblichen Aktionen waren wichtige Höhepunkte unserer Arbeit. Wir haben die Stationierung damit zwar nicht verhindert, aber von Frustration, Resignation und Orientierungslosigkeit, die die bürgerlichen Medien der Friedensbewegung nimmermüde vorbeten, ist in der Gewerkschaftsjugend nichts zu spüren.

1. Wenn wir unsere friedenspolitischen Ziele durchsetzen wollen, müssen wir systematisch weiterarbeiten, denn, so hat es Horst Klaus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall formuliert, „...den Kilometerstein der Geschichte gibt es nicht, auf dem wir in Ruhe abwarten könnten, bis Abrüstung und Frieden vorbeikommen.“

2. Wir müssen die im letzten Herbst notwendige Konzentration auf die Stationierungsentscheidung aufbrechen und Positionen weiterentwickeln, in denen wir als Gewerkschaften besondere Aufgaben haben. Dazu gehören der Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialabbau ebenso wie die Frage von Rüstung und Arbeitsplätze sowie die Probleme der Rüstungskonversion.

3. Nicht erst durch den Auftrag des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall sind die Gewerkschaften gefordert, ihre Rolle als eigenständiger Teil der Friedensbewegung aktiver wahrzunehmen. Wenn wir unsere Forderungen durchsetzen wollen und politisch denkende Mehrheiten (z.B. der Volksbefragungskampagne) in politisch handelnde Mehrheiten umwandeln wollen, bedarf es einer engeren Zusammenarbeit all derer, die gegen die herrschende reaktionäre und friedensgefährdende Politik (nicht nur) in Bonn ankämpfen.

Unter dieser Aufgabenstellung hat sich vieles weiterentwickelt, was noch vor drei Jahren kaum denkbar gewesen wäre: Seit dem Sommer 1983 arbeiten die DGB-Jugend und die IG-Metall-Jugend kontinuierlich im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung in Bonn mit. Dadurch konnten viel Mißtrauen und Vorbehalte abgebaut werden. Wesentliche Elemente der Herbst- und Frühjahrskampagne der DGB-Jugend unter dem Motto „Rüstet endlich ab“, die von der IG-Metall-Jugend entwickelt und vorgeschlagen wurden, sind in vielen Gesprächen mit den Organisationen der Friedensbewegung diskutiert und abgestimmt worden.

Schwerpunkte der DGB-Jugend-Kampagne sind die Themen: Alternative Sicherheitspolitik / atomwaffenfreie Zonen / Rüstungsproduktion / Rüstungsexport / Rüstungskonversion / Rüstung und Sozialabbau. Aus diesem Themenkatalog hat sich die IGM-Jugend für ihre Arbeit folgende Forderungen und Themenschwerpunkte gesetzt:

- Das Wettrüsten stoppen, d.h. den sofortigen Stopp der Stationierung neuer atomarer Mittel- und Kurzstreckenraketen in West und Ost, den Abbau der bereits stationierten und die Aufnahme konkreter Abrüstungsverhandlungen für Europa!

- Die Rüstungsausgaben senken – die Verwendung frei werdender Gelder für dringende gesellschaftliche Aufgaben wie Umwelt, Ausbildung und Bildung, Soziales, Nahverkehr, Energieeinsparung und -versorgung usw., und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen – den Abbau des Rüstungsexports und die schrittweise Umstellung der Rüstungsproduktion auf gesellschaftliche nützliche Güter.

- Schafft eine ABC-waffenfreie Zone in Europa – als ersten Schritt die Schaffung einer 300 km breiten atomwaffenfreien Zone entlang der Blockgrenze entsprechend dem Vorschlag der Palme-Kommission – den Verzicht auf neue Waffenbeschaffungsprogramme und die Militarisierung des Weltraumes.

Im Rahmen der gesamten Kampagne wird sich die Aufgabe stellen, die Zusammenhänge von Hochrüstung und Sozialabbau und die Folgen für die abhängig Beschäftigten intensiver darzustellen, politische und ökonomische Ursachen zu erklären und gewerkschaftliche Forderungen für

die langfristige Sicherung des Friedens, also auch für ein Gesellschaftssystem aufzuzeigen, das unsere Arbeits- und Lebensbedingungen dauerhaft sichern kann.

Von wesentlicher Bedeutung wird dabei sein, ob es uns gelingt, den Charakter neuer Militärstrategien (AirLand Battle) und der dazugehörigen Waffensysteme offenzulegen, Bedrohungslegenden und -ängste abzubauen und deutlich zu machen, daß der Frieden in Europa nicht mit immer mehr Waffen, sondern nur mit der Weiterentwicklung der Entspannungspolitik zu einer Sicherheitspartnerschaft gesichert werden kann.

Zur Propagierung dieser Schwerpunkte sind im Herbst '84 und im Frühjahr '85 eine Reihe von Aktionen der Gewerkschaftsjugend geplant bzw. durchgeführt worden:

- Erstmals führte die Gewerkschaftsjugend am 16. Oktober einen eigenen Aktionstag durch für Frieden und Abrüstung. Ziel war es, unsere Forderungen durch vielfältige Aktionen im Betrieb und am Ort zu bekräftigen und für die Großaktionen der Friedensbewegung im Herbst zu mobilisieren. In der IGM waren die Verwaltungsstellen durch ein Rundschreiben der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Horst Klaus und Lutz Dieckerhoff gegeben, diesen Aktionstag zu unterstützen.

- Wiederum hatte der DGB alle Mitglieder zur Teilnahme an den Abschlußkundgebungen in Bonn, Hamburg und Stuttgart im Rahmen der Großaktionen der Friedensbewegung am 20. Oktober aufgerufen. Viele Jugendliche aus der Gewerkschaftsjugend haben sich auch an den Rahmenaktionen und Menschenketten beteiligt.

- Auch die Großdemonstrationen der Friedensbewegung am 3. November für den Frieden in Mittelamerika findet in der Gewerkschaftsjugend breite Unterstützung. Zuvor führte die DGB-Jugend am 31. Oktober eine eigene Nicaragua-Konferenz in Hannover durch.

- Im Rahmen eines Gruppenwettbewerbs für gewerkschaftliche Jugendgruppen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus werden wir „aus der Geschichte lernen“ und uns auseinandersetzen mit der Umstellung der alten Rüstungsbetriebe auf zivile Güter bis zur Wiederinstallation der Rüstungsproduktion, mit dem Kampf gegen Restauration, Remilitarisierung und Atombewaffnung.

- Um den 8. Mai 1985 wird die Gewerkschaftsjugend eine Friedensfahrt durch die Bundesrepublik durchführen. Mit dieser Fahrt auf der Route des ungefähren Verlaufs einer atomwaffenfreien Zone nach dem Vorschlag der Palme-Kommission sollen konkrete Alternativen der Sicherheitspolitik und von atomwaffenfreien Zonen propagiert werden. Vom 1. bis 11. Mai werden dabei auch Stätten des Widerstandes, der Vernichtung, Stationierungsorte und -zentren der Rüstungsindustrie aufgesucht.

Thomas Händel

Der Schwur von Buchenwald muß noch erfüllt werden

Von Willy Schmidt

Elf Jahre mußte unser heute 73jähriger Autor, der gelernte Duisburger Setzer und Drucker, Gewerkschaftsmitglied und -funktionär, im Zuchthaus und KZ verbringen. 1934 wegen illegaler Arbeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, kam Willy Schmidt nach dieser Haftzeit zuerst ins KZ Lichtenburg und bis zur Selbstbefreiung ins KZ Buchenwald. Dort gehörte er der politischen und militärischen Widerstandsorganisation an. Nach der Befreiung half er mit, die Einheitsgewerkschaft aufzubauen. Bereits 1946 wurde er Gewerkschaftssekretär der IG Metall, zuerst in Duisburg und dann im Bezirk Köln. Von 1958 bis 1977 war er IG-Metall-Vorstandssekretär in Frankfurt. Heute leitet Willy Schmidt den DGB-Seniorenausschuß Frankfurt und gehört dem DGB-Seniorenausschuß Hessen an.

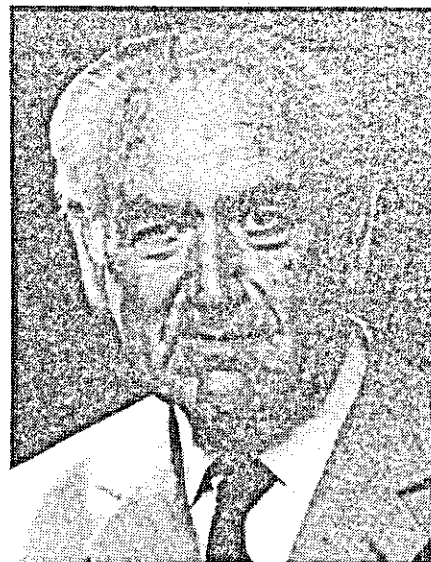
Am 8. Mai 1985 werden es 40 Jahre her sein, daß der zweite Weltkrieg beendet, der deutsche Faschismus zerschlagen und unser Volk von diesem Terrorregime befreit wurde. Der Krieg, der von den Faschisten in alle Welt getragen worden war, hatte sich gegen das deutsche Volk selbst gekehrt. 55 Millionen Tote in zahlreichen Ländern, davon elf Millionen, die in den Folterhöhlen ermordet, von der Gestapo und SS erschossen wurden, sowie 35 Millionen Krüppel sind die Bilanz, für die das Finanz- und Rüstungskapital sowie die Reichswehrführung die historische Verantwortung tragen.

Rüstung und Krieg hatten die gesamte Volkswirtschaft deformiert und zu einem riesigen Geldüberhang geführt. Der Notenumlauf war auf das über Zehnfache im Vergleich zur Vorkriegszeit gestiegen. Das Warenangebot stand in keinem Verhältnis zur Kaufkraft. 30 Prozent des städtischen Wohnraums und in den Großstädten sogar 50 bis 60 Prozent waren zertrümmert oder schwer beschädigt; viele Produktionsstätten vernichtet. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft hatte einen radikalen Rückgang der Ernteerträge zur Folge.

Vielorts fehlte es der Bevölkerung an allem Lebensnotwendigen. Es gab kein Wasser, kein Gas, keinen Strom; es fehlte an Brot und Kartoffeln, an Milch für die Kinder. Viele besaßen nur das, was sie auf dem Leibe trugen. Die faschistischen Machthaber hatten eine nationale Katastrophe heraufbeschworen, die die deutsche Nation in der Entwicklung ihrer materiellen und kulturellen Kräfte um Jahrzehnte zurückwarf.

Vor den Alliierten, besonders aber vor der Sowjetarmee fliehend, hatten SS-Einheiten und Wehrmacht auf Führerbefehl ungezählte lebenswichtige Objekte, auch in unserem Land, zerstört. Brücken waren in die Luft geflogen, Fabriken und Lebensmittelspeicher in Flammen aufgegangen. Zurückbleiben sollte nur verbrannte Erde. Diese sinnlosen Zerstörungen haben den

Aufbau schwer behindert, den Menschen große Schwierigkeiten bereitet. Zum Beispiel mußten wegen der gesprengten Brücken große Umwege gemacht werden, um überhaupt zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen oder wenn Waren transportiert werden mußten. Über zwei Jahre lang gab es die sogenannte Sperrstunde: Von 20.00 bis 6.00 Uhr durfte sich keiner ohne Genehmigung außer Haus



aufhalten. Dadurch spielten sich manche Tragödien ab, wenn einer nicht zeitig zurück sein konnte. Dabei wurden oft Menschen, die das Verbot nicht einhielten, erschossen.

Für einen großen Teil der Bevölkerung eröffneten erst die vollständige Niederlage und die Auswirkungen des Krieges Einsicht in den Charakter der faschistischen Herrschaft. Daraus konnte sich die Bereitschaft entwickeln, einen neuen Weg zu gehen und ein demokratisches Deutschland aufzubauen. Dieser Perspektive standen allerdings die Einflüsse aus zwölf Jahren Naziherrschaft auf das Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung entgegen, denn die Befreiung vom Faschismus in Deutschland war nicht wie in anderen Län-

dern durch eigenen Kampf erfolgt, sondern von außen durch die militärische Überlegenheit der alliierten Streitkräfte bewirkt worden.

Sobald die Kampfhandlungen beendet waren, nahmen Arbeiter und Angestellte, ohne auf Anweisung zu warten, die Arbeit auf. Sie begannen, die Straßen von Schutt zu säubern, borgen wertvolles Gut aus den Trümmern, gingen in die Betriebe, räumten auf, begannen zu produzieren, nicht mehr Waffen und Heeresgut, sondern Dinge des täglichen Bedarfs. Am Anfang waren es wenige, aber ihre Zahl wuchs ständig. Nicht alle handelten aus antifaschistischer Überzeugung, wohl aber aus der Erkenntnis: Wer nicht im Chaos versinken will, muß arbeiten.

Am Anfang mußte die Sicherung der nackten Existenz des Volkes stehen. Es waren die Arbeiter, die das zuerst und am klarsten begriffen. Die Aktivsten und die als erste mit der Aufbauarbeit begannen, waren die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die das Grauen der Folterstätten von KZ und Zuchthäusern überlebt hatten.

Die Widerstandskämpfer, ob Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter oder Liberale, hatten schnell erkannt, daß die Spaltung eine Ursache mit dafür war, daß der Faschismus seine Herrschaft antreten konnte. Ihr einheitlicher Wille war: Die Arbeiterbewegung darf nicht mehr gespalten werden. Es soll nur noch eine Einheitsgewerkschaft und eine Arbeiterpartei geben. Darüber war man sich bereits in den Zuchthäusern, KZs und Gefängnissen einig gewesen. Hier schloß man sich zusammen und handelte solidarisch. In Buchenwald beispielsweise wurde eine politische und militärische Organisation gegründet, die mit Waffengewalt 21 000 Häftlinge befreite und sie vor dem Tode rettete.

Die 21 000 Überlebenden des KZ Buchenwald leisteten am 19. April 1945 den bekannten Schwur, in dem es u. a. heißt: „Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig...“

Wir erfüllen dieses Vermächtnis unserer toten Kämpfer, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg und für Frieden, ihrem Gewissen und ihrer Verantwortung folgend, ihr Leben eingesetzt und verloren haben, indem wir ihren Kampf fortsetzen. Noch leben wir und haben die Möglichkeit mit großer Aussicht auf Erfolg, die reaktionäre faschistische Entwicklung zu stoppen, die weitere Aufrüstung und den Krieg zu verhindern.

(Wir werden in den nächsten Ausgaben die hiermit begonnene Artikelserie fortsetzen.)

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Gewerkschafter sprachen auf Friedenskundgebungen

Auf den 62 Auftaktveranstaltungen und den drei Großkundgebungen der Friedensbewegung in Hamburg, Bonn und Stuttgart sprachen bekannte Gewerkschaftsfunktionäre vor den rund 400 000 Teilnehmern. Übereinstimmend zeigten sie den Zusammenhang zwischen verstärkter Rüstung und Sozialabbau auf. Stellvertretend für die Gewerkschaftsredner dokumentieren wir nachfolgend die Aussagen, die Ernst Eisenmann, Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, in Stuttgart machte. Eisenmann hatte seine Rede unter das Motto gestellt: „Noch ist es Zeit zur Umkehr – Stoppt den Rüstungswahnsinn“.

Vor fast einem Jahr begann die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Boden. Wir alle haben die Bilder im Fernsehen verfolgt

- Transportflugzeuge aus den USA

- Sattelschlepper mit Raketenteilen und Sprengköpfen auf nächtlichen Autobahnen

- blockierende Männer und Frauen, die von der Polizei weggetragen werden.

Ich dachte damals an die erneut gewachsene Kriegsgefahr und bange Fragen kamen auf:

- Waren wir nicht stark genug?

- Hat sich der Kampf gelohnt?

- Wie soll es weitergehen?

Fragen, die sich heute, am 20. Oktober 1984, viele stellen. Es gibt Antworten, Antworten, die nach vorne weisen: Solange nicht Krieg ist, das heißt, solange die alles vernichtenden Bomben nicht fallen, solange haben wir Zeit, für den Frieden zu kämpfen. Und solange müssen und werden wir kämpfen. Nicht Mutlosigkeit und Resignation ist das Gebot der Stunde, sondern

Inhaltsverzeichnis:

Aufruf zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges 14

Gewerkschaftstag der ÖTV fortgesetzt: weitere Beschlüsse 16

IG-Metall-Dokumentation zu den Tarifabschlüssen 19

Ein Geschichtsbuch für Gewerkschafter 23

- Analyse der Schwächen des Gegners

- Konzentration auf die nächsten Schritte und vor allem

- bewußtes Erkennen und Entwickeln unserer Stärke und Einheit.

Vergessen wir nicht: Produzierte Waffen können verschrottet werden. Und einmal stationierte Raketen können wieder abgebaut werden. Es gibt in der Geschichte dafür keine großen Beispiele – aber es gab auch noch nie eine so eindrucksvolle, starke und weltweite Friedensbewegung! So gesehen, betreten wir Neuland. Aber wir tun es selbstbewußt, mutig und vor allem: entschlossen, einen neuen Krieg zu verhindern! Ich weiß, daß die Zeit nicht für uns arbeitet, sondern daß wir gegen die Zeit arbeiten müssen. Kaum, daß wir den Stationierungsschock verarbeitet haben, da beschert uns die US-Regierung einen neuen grauenhaften Beweis ihrer Erstschlagsstrategie: den geplanten Krieg der Sterne. Und wieder einmal – was wäre anderes zu erwarten – erklärt der amerikanische Präsident dieses neue System zu einer Abrüstungsmaßnahme mit dem Ziel, wie er wörtlich sagte, ein Mittel in der Hand zu haben, die gegnerischen Nuklearwaffen unschädlich zu machen.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Behauptung der Friedensbewegung zutrifft, die US-Militärpolitik kalkuliere eine Vernichtung Europas ein, so liegt er jetzt auf dem Tisch. Durch den Krieg der Sterne soll eine lückenlose Perfektionierung der Erstschlagsüberlegenheit erreicht werden. Es gibt nur einen Weg, diese, über die heute schon erreichte Gefährlichkeit des Wettrüstens noch weit hinausgehende neue Steigerung zu verhindern:

- Verbot dieser Anti-Raketensysteme, bevor sie überhaupt produziert und erprobt werden können!

Ich beginne mich zu fragen, ob ein Krieg wirklich erst dann beginnt, wenn die Bomben fallen. Beginnt ein Krieg nicht bereits mit einer Politik, die mit dem Überleben der Menschheit spielt und die scheinbar unangefochten den Protest und die Lebensinteressen von Millionen von Menschen achtlos beiseiteschieben kann? Beginnt er nicht bereits dort, wo sich eine Bundesregierung – vor die Frage gestellt: „Finanzieren wir Butter oder Kanonen? Beides können wir uns nämlich nicht mehr leisten.“ – bedenkenlos für die Finanzierung der Kanonen entscheidet?

Im Jahr 1985 werden die im Bundeshaushalt offiziell ausgewiesenen Militärausgaben die Grenze von 61 Milliarden Mark erreicht haben. Das sind 2,2 Milliarden mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Praktisch wird damit jede vierte Mark für Rüstung ausgegeben. Mit diesem Geld könnte die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft und ein Sozialstaat geschaffen werden, der diesen Namen auch verdient, der ein menschliches Gesicht trägt. Aber es geht der Bonner Politik nicht um eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, wie uns der fröhliche Denker aus Oggersheim glauben machen will. Nein, die wahre Parole heißt: Hochrüstung und Sozialabbau auf dem Weg zum autoritären Überwachungsstaat, dem Staat,

- der durch Arbeitslosigkeit die Massen diszipliniert,

- der mit Sozialabbau und Unternehmervergünstigungen Gewerkschaften schwächen will, Bildungspolitik abwürgt und Gemeinwesenarbeit vor die Hunde gehen läßt,

- der Berufsverbote verhängt und die Köpfe möglichst vieler per Kabelfernsehen mit organisiertem Schwachsinn besoffen machen will.

Gegen eine solche Politik leisten wir Widerstand! Wer sich aufmerksam und kritisch mit Fragen der Militärstrategie auseinandersetzt, weiß, daß die Bundesrepublik eine Sonderstellung innerhalb der Arbeitsteilung der NATO einnimmt. Der Bundeskanzler, den wir als Verantwortlichen dieser Politik gegenwärtig zu ertragen haben,

zählt bei dieser Arbeitsteilung innerhalb der NATO bereits Mittelamerika zu den Gebieten, die unsere Sicherheitsinteressen berühren, von Südafrika und dem Mittleren Osten gar nicht zu reden. Was heißt denn dies für uns als Gewerkschaften und Friedensbewegung?

● Daß wir nicht nur die bundesdeutsche Finanz- und Waffenhilfe für das Terror-Regime in der Türkei bekämpfen müssen,

● sondern daß Solidaritätsarbeit mit den Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt fester Bestandteil unserer Friedensarbeit werden muß.

Gerade weil offenbar die generalstabsmäßige Vorbereitung eines Überfalls bereits abgeschlossen ist, wiederholen wir heute unsere Forderung an die Adresse der US-Regierung und ihrer bundesdeutschen Polit-Lobby: Hände weg von der Befreiungsbewegung El Salvadors! Hände weg von Nicaragua!

Nicht nur ihr, die ihr bei Blockaden und Friedensaktionen den Arm der Staatsmacht in Vernehmungen und Prozessen kennengelernt habt, gerade auch wir Gewerkschafter von der IG Metall und der IG Druck und Papier wissen nach unseren wochenlangen Arbeitskämpfen, wovon wir reden, wenn wir zum Widerstand gegen das scheinbar nahtlos geschlossene Bündnis aus Bundesregierung und Kapital, aus Staatsmacht und Unternehmerinteressen aufrufen. Unsere Erfahrungen zeigen, wie wichtig es ist zu kämpfen. 60 000 Streikende und über 300 000 Ausgesperrte haben sehr konkret erfahren, wie unerbittlich und mächtig unsere Gegner sind, aber auch, daß sie nicht allmächtig sind, wenn wir lernen, daß wir kämpfen müssen, wenn wir lernen, daß wir kämpfen können, und wenn wir beharrlich daran arbeiten, daß wir gegen Sozialabbau und Rüstungspolitik gemeinsam kämpfen müssen.

Und weil hinter der Parole:

● keine Pershings und keine Marschflugkörper in Mutlangen, Ulm, Heilbronn oder anderswo auch Praxis stehen muß, damit wir etwas bewegen und auch mit unseren Bekenntnissen glaubwürdig bleiben, folgt für die IG Metall daraus:

1. Verstärkte Abrüstungsdiskussionen in den Betrieben mit unseren Vertrauensleuten am Arbeitsplatz. Führen wir die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, diskutieren wir mit den noch beiseite stehenden Kolleginnen und Kollegen!

2. Unterstützung und Bildung von Arbeitskreisen und der Diskussion: Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion!

3. Wo irgendmöglich: Konkrete Mitarbeit in den örtlichen und überregionalen Friedensinitiativen. Abbau von gegenseitigem Mißtrauen und Berührungängsten.

Zu diesem gemeinsamen Kampf in einer starken Friedensbewegung gehört Geschlossenheit. Diese Geschlossenheit setzen wir häufig selbst aufs Spiel. Durch Ungeduld, Rechthaberei und das Hochstilisieren zweit- und dritrangiger Fragen, aber auch durch mangelhafte Toleranz und Bündnisfähigkeit. Unsere Gegner schauen uns hierbei nicht nur genüßlich zu, sie initiieren und schüren Uneinigkeit und Spaltung in unseren Reihen. Wir Gewerkschafter, zumal die IG Metall und die IG Druck und Papier, kennen diese Kampagnen nur zu genau. Sie sind seit über hundert Jahren regelmäßig dann auf der Tagesordnung, wenn es im Kampf gegen die Übermacht der Unternehmer, oder bei der Abwehr schwerer Angriffe durch die staatliche Politik, um die Geschlossenheit in den eigenen Reihen geht. Die Frage ist, ob wir uns durch solche Kampagnen behindern und spalten lassen, oder ob wir nicht einfach den Schluß ziehen, daß es dem Gegner einmal mehr um unsere Schwächung geht, wir also intensiv und schnell an die Verbesserung unserer gemeinsamen Arbeit gehen müssen. Denn wir allesamt – und da beziehe ich die Gewerkschaften ausdrücklich ein – haben noch längst nicht genug getan für die Durchsetzung einer Überlebenspolitik. Noch immer sind wir als Bündnis nicht stark genug.

Deshalb rufe ich uns alle auf: Setzen wir uns in unseren Organisationen und Gruppen, in unserer Nachbarschaft, in Initiativen und

Betrieben mit noch mehr Phantasie und Kraft für die notwendige Kursänderung in Richtung Abrüstung in Ost und West ein!

● Stellen wir die Politiker und Unternehmer mit ihren Meinungsmachern, die uns weiterhin die Lüge einer „Sicherheit durch Aufrüstung“ weismachen wollen.

● Das Wichtigste aber: Lassen wir uns alle nicht davon abbringen, daß unser Bündnis die Voraussetzung für die Niederlage der Rüstungspolitik, also Voraussetzung für den Durchbruch zur Friedenspolitik ist!

Die Mächtigen hierzulande und anderswo werden nur dann zum Kurswechsel gezwungen, wenn wir viele sind, wenn wir einig sind, wenn wir kämpfen, wenn wir unser Leben und unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen!

Aufruf zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges

Zahlreiche Persönlichkeiten, darunter auch namhafte Gewerkschaftsfunktionäre, unterstützen mit ihrer Unterschrift den Aufruf, aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des Krieges Kundgebungen durchzuführen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Vor 40 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der opferreichste Krieg in der Geschichte der Menschheit, wurde die faschistische Gewalt Herrschaft in Deutschland von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen.

Wir, die Überlebenden aus dem Widerstand, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern –

wir, die wir uns als junge Bürger unseres Landes in die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazibarbarei und den Krieg stellen –

wir, die wir als Demokraten in der Bundesrepublik, als Christen und Gewerkschafter, als Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, als in der Friedens- und der Ökologiebewegung Engagierte, Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben,

wir sagen: Nach Auschwitz und Buchenwald, nach Lidice und Oradour, im Gedenken an die 50 Millionen Toten ist der 8. Mai ein Tag von historischer Bedeutung für unser Volk.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet: Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des „verlorengegangenen“ Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes von Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern, mit wichtigen Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition sichtbar. Soll das große Ziel eines Lebens ohne Krieg und Faschismus Wirklichkeit werden, müssen die Lehren gezogen werden:

– Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Nur eine Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben garantieren unserem Volk gutnachbarschaftliche Beziehun-

gen und eine glückliche Zukunft. Neue nukleare Ersts Schlagwaffen machen die Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Europa zur Zielscheibe eines atomaren Holocaust.

– Nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Deshalb ist es notwendig, den konsequenten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, der Ausländerfeindlichkeit, dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten.

Der 8. Mai mahnt uns, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik zu tragen. Aus Anlaß dieses Jahrestages rufen wir auf, am Samstag, dem 4. Mai 1985, in Hamburg, Frankfurt und Köln in Kundgebungen zu demonstrieren. Wir unterstützen die internationale Kundgebung im Rombergpark und in Dortmund am 5. April 1985 und die Kundgebung in Dachau am 28. April 1985. Wir stehen gemeinsam ein für

– eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel,

– den gemeinsamen Kampf gegen Rassenhetze und Ausländerfeindlichkeit,

– die konsequente Unterbindung aller neonazistischen Aktivitäten und Propaganda, besonders für das Verbot der SS-HIAG.

Machen wir den 8. Mai zu einem nationalen Feiertag der Befreiung und des Friedens!

Gewerkschaften für den Frieden

Auf Einladung der Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs fand am 14./15. September in Wien eine internationale Konferenz statt. Die Frage, mit der sich die Vertreter von Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaften aus 15 Ländern befaßte, lautete: „Können die Gewerkschaften dazu beitragen, den Frieden zu sichern?“ Die Konferenz mit Teilnehmern aus Belgien, CSSR, DDR, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Spanien, Sowjetunion, Ungarn und Österreich, die rund acht Millionen Gewerkschafter repräsentierten, beschloß folgende Erklärung:

Angesichts des Rüstungswettlaufs und der damit verbundenen Verschwendung von Ressourcen und der sich ständig verschlechternden Lage im Zusammenhang mit Menschenrechten hat die Gewerkschaftsbewegung die Verpflichtung über ihren normalen Tätigkeitsbereich hinaus sich verstärkt mit der Sicherung von Frieden und Freiheit in der Gesellschaft zu beschäftigen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, für Kinder und Kindeskindern an einer gesicherten Zukunft mitzuarbeiten.

Die Gewerkschaften sind eine bedeutende Kraft in der großen Bewegung für den Frieden. Sie gehen davon aus, daß jede gewerkschaftliche Tätigkeit ihren Sinn verliert, wenn es nicht gelingt, ein atomares Inferno zu verhindern. Jede Gewerkschaft, die Anspruch erhebt, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten, ist in ihrer Grundposition friedliebend, friedensfördernd und in ihrer Politik friedenssichernd. Frieden ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

In Anbetracht der gespannten Weltlage erscheint es um so notwendiger, daß die Gewerkschaften zur Frage des Friedens eine aktive Stellung beziehen. Die gesamten Rüstungsausgaben, sie umfassen die Aufwendungen für atomare, bakteriologische, chemische und konventionelle Waffen, betragen in einer einzigen Minute 18 Millionen Schilling. In einer Welt, mit etwa 500 Millionen schwer Unterernährten, 800 Millionen Analphabeten, ist dies absurd. Die Militärausgaben eines halben Tages würden ausreichen, um das

Gesamtprogramm der Weltgesundheitsorganisation für die Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Mit den Ausgaben für einen modernen Panzer könnten 1000 Klassenzimmer für 30000 Kinder eingerichtet werden. Die Ausgaben für dieses Wettrüsten entsprechen dem Jahreseinkommen von 1800 Millionen Menschen. Eine weitere Bedrohung der Menschheit stellt die Aufrüstung des Weltalls dar.

Das Wettrüsten hemmt in großem Ausmaß auch die Entwicklung der Länder der dritten Welt. Es zieht einen bedeutenden Teil der Arbeitskraft von der friedlichen Produktion ab, hindert die Entwicklung der Wissenschaft zu friedlichen Zwecken und hat schädliche Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen und die Arbeitsverteilung.

Es löst kein einziges der vielen sozialen Probleme, im Gegenteil, es verschärft sie noch. Die durch Abrüstung freiwerdenden Mittel sollten im Interesse der arbeitenden Menschen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Bekämpfung der Inflation, für den Umweltschutz, zur Überwindung von Rückständigkeits und zur Unterstützung der Entwicklungsländer und damit zur Erhöhung des Wohlstandes der arbeitenden Menschen genutzt werden. Würde nur ein Teil der zu Rüstungszwecken ausgegebenen Summen der Ausgestaltung einer guten Verkehrspolitik verwendet, so könnten auf diesem Gebiet bedeutende Fortschritte erreicht werden.

Die Transportarbeiter und Eisenbahner verurteilen jede Aktion, die zur Vertiefung der internationalen Anspannung, zur Steigerung des Wettrüstens, führt. Sie verurteilen die Herstellung von Massenvernichtungswaffen neuen Typs und deren Stationierung gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der Menschen in Europa und der ganzen Welt.

Die Delegierten kamen überein, daß dieses Dokument allen Regierungen der Welt, den Vereinten Nationen, der Abrüstungskonferenz in Genf (CD – Conference on Disarmament), sowie der Konferenz über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm, den nationalen Gewerkschaftsverbänden, dem IBFG, der ITF und der IVG übergeben werden.

Kommentar nicht nötig



Betr.: Besuch bei der 10. Panzerdivision in Stetten a.K.M.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf vielseitigen Wunsch haben wir uns um einen Besuch bei der Panzertruppe der Bundeswehr in Stetten a.K.M. bemüht und können Euch heute ein besonderes Angebot machen.

Wir haben eine Einladung erhalten, diese Truppe am Dienstag, dem 16.10.84

zu besuchen. Höhepunkt des Besuches wird eine gefechtsmäßige Vorführung der Panzer (Leo) einschließlich Schießübungen sein.

Bereits im November 83 war eine Gruppe mit 50 Gewerkschaftern aus dem Raum Friedrichshafen in Stetten und war von dem Besuch begeistert. Die für den 16.10.84 vorgesehenen Schießübungen sind jedoch für Zivilisten so gut wie nie zu sehen und stellen darum eine besondere Attraktion dar.

Um zu entscheiden, ob dieser Besuch von unserer Betriebsgruppe belegt werden kann, bitte ich Euch um möglichst ungehende Rückmeldung, falls Interesse besteht. Sollte dieses Interesse wider Erwarten nicht bestehen, wird die Fahrt anderweitig angeboten. Natürlich sind auch Gäste und Angehörige herzlich eingeladen. Ein genaues Programm folgt. Ebenfalls können wir natürlich eine abschließende Einker organisieren.

Ich bin sicher, daß dieser Besuch ein einmaliges Erlebnis wird und hoffe auf eine rege Anmeldung.

Mit kollegialen Grüßen

gez. Karl Hengher Betriebsgruppenvorsitzender

gez. Sigfried Ehret Bezirkssekretär

A.N.M.E.U.V.G. (bis spätestens 01.10.84 an K. Hengher zurück)

zum Besuch bei der 10. Panzerdivision in Stetten a.K.M.

Name: Vorname:

Anschrift:

..... Datum Unterschrift

Gewerkschaftstag der ÖTV fortgesetzt: weitere Beschlüsse

Am 9. Oktober wurde in Wiesbaden der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV fortgesetzt, nachdem während der regulären Tagungswoche in München, 17. bis 23. Juni, rund 300 Anträge aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden konnten. Im folgenden dokumentieren wir einige zentrale Beschlüsse.

Entschliebung zur Energiepolitik (A 788)

1. Die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen weisen derzeit die höchsten Arbeitslosenziffern seit Kriegsende auf. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Wenn staatliches Handeln nicht rechtzeitig eingreift, muß mit annähernd vier Millionen Arbeitslosen bis 1990 gerechnet werden. Die Situation der bestehenden Arbeitsplätze und die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung muß absoluten Vorrang erhalten. Die Gewerkschaft ÖTV bekräftigt ihre Forderung nach einer konsequenten qualitativen Wachstumspolitik. Hierbei ist sicherzustellen, daß das Wachstum nicht im Widerspruch zu den Interessen der Arbeitnehmer erfolgt. Konsequente qualitative Wachstumspolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn darauf geachtet wird, was und zu welchen sozialen Kosten produziert werden soll.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern hat erwiesen, daß sowohl die Selbstheilungskräfte des Marktes als auch die staatliche Globalsteuerung die steigende Arbeitslosigkeit nicht verhindert haben. Das gezielte Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess mit einer aktiven Beschäftigungspolitik ist nötig, denn je. Die wirtschaftlichen Probleme und die zunehmende Arbeitslosigkeit werden ohne eine vorausschauende Strukturpolitik nicht zu bewältigen sein. Bundes- und Landesregierung werden deshalb aufgefordert, im Rahmen einer abgestimmten Entwicklungsplanung ihre Beiträge zu einer arbeitsplatzschaffenden Strukturpolitik zu leisten.

2. Qualitative Wachstumspolitik erfordert eine sichere, ausreichende und preisgünstige Versorgung der Volkswirtschaft mit Energie. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen einer sicheren Energieversorgung und einer aktiven Beschäftigungspolitik. Eine ausreichende Energieversorgung leistet darüber hinaus einen unmittelbaren Beitrag zum qualitativen Wachstum. Im Bereich der Energiewirtschaft können Investitionen getätigt werden, die unmittelbar beschäftigungswirksame Effekte auslösen.

Energiepolitik ist ein wesentlicher Bestandteil von Strukturpolitik. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit des industriellen Standortes Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen erfordert eine vorausschauende Energiepolitik. Deshalb muß die Energiepolitik unter anderem auf

- die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur rationellen Verwendung von Energie,
- verstärkte Bemühungen zur Entwicklung und Weiterentwicklung nichtnuklearer, vor allem regenerativer Energiequellen,
- vorrangige Nutzung heimischer Energiequellen, vor allem der Kohle ausgerichtet sein.

Energiepolitik muß auch im Einklang stehen mit einer wirksamen Umweltschutzpolitik. Die dadurch entstehenden Kosten der Energiewirtschaft dürfen die öffentlichen Haushalte nicht belasten, sondern müssen Bestandteil der Kostenrechnung der Energieversorgungsträger sein. Die Großfeuerungsanlagenverordnung dient als Umweltschutzmaßnahme der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Sie muß entscheidend verschärft werden.

Die notwendige konsequente Anwendung der Verordnung erfordert zusätzliche Milliarden DM an Investitionen und ist dadurch mit

erheblichen Kosten verbunden, die letztlich die Verbraucher treffen. Diese zusätzlichen Kostenbelastungen führen regional zu Wettbewerbsverzerrungen und damit zu strukturpolitischen Hemmnissen. Sie sind deshalb durch geeignete Maßnahmen bundesweit umzuverteilen. Im Konfliktfall muß die volkswirtschaftliche Notwendigkeit Priorität haben. Die Schlußfolgerung ergibt sich aus der gewerkschaftlichen Grundsatzforderung nach einer gemeinwirtschaftlich organisierten Energiewirtschaft.

Demzufolge hat die Nutzung heimischer Energiequellen, insbesondere der Stein- und Braunkohle, Vorrang. Der sogenannte Jahrhundertvertrag zwischen dem deutschen Steinkohlebergbau und der deutschen Elektrizitätswirtschaft darf nicht in Frage gestellt werden.

3. Die Gewerkschaft ÖTV wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Leitsätze zur leistungsgebundenen Energieversorgung und der gewerkschaftlichen Beschlußlage auch weiterhin konsequent für eine Energiepolitik einzusetzen, die auf der Grundlage heimischer Energieträger sowie durch eine rationelle und sparsame Energieverwendung die bestehenden Risiken und Abhängigkeiten in der Energieversorgung abbaut. Ein Gesamtversorgungskonzept, das unter Einbeziehung aller verfügbaren Energiequellen und unter Ausschaltung vermeidbarer Umweltbelastungen für die Arbeitnehmer und die Bevölkerung zu gestalten ist, soll dabei das Ziel der Bemühungen darstellen. Der Energieverbrauch im gewerblichen, öffentlichen und privaten Bereich ist sparsam und rationell einzusetzen.

Vorrangiges Ziel ist der Ersatz von Erdöl und Erdgas durch die heimische Stein- und Braunkohle. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei in dem Ausbau der Fernwärmeversorgung in Ballungsgebieten, um neben einer Einsparung von Primärenergie auch eine Umweltverbesserung durch die Verminderung von Schadstoffen aus Einzelfeuerungsanlagen zu erreichen. Soweit erneuerbare Energieträger einen sinnvollen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, ist ihr Einsatz möglichst zu fördern. Besonderes Augenmerk ist auf die Umwandlung von Stein- und Braunkohle in gasförmige und flüssige Kohlenwasserstoffe nach dem Stand neuester Technologien zu richten.

Entschliebung zur Sozialpolitik (A 823)

Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir heute die höchste Arbeitslosigkeit in unserer Geschichte und den stärksten Rückgang des Lebensstandards zu verzeichnen. Massenarbeitslosigkeit, Kürzungen von Sozialleistungen, Beitrags- und Steueranhebungen sowie Versuche, Arbeitnehmerrechte einzuschränken, haben heute zu einer außerordentlichen Bedrohung von Arbeitnehmerinteressen geführt. Die tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise wird von den Unternehmen und den sie tragenden politischen Kräften zur Einschüchterung und Disziplinierung der Arbeitnehmer, zum Abbau von Löhnen und Gehältern, der betrieblichen Sozialleistungen und von Schutz- und Mitbestimmungsrechten genutzt.

Die 10 Thesen von Ernst Albrecht, in denen eine 20prozentige Senkung der Unternehmensbesteuerung bei gleichzeitiger Kürzung angeblich überhöhter Löhne und Gehälter vorgeschlagen wird, sowie die Vorschläge des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Haimo George, in denen mit fadenscheinigen Argumenten der Abbau von Arbeitnehmerrechten gefordert wird und die Eingang gefunden haben in das Strategiepapier der Arbeitgeberverbände, sind aktuelle Beispiele in der Reihe dieser Einschüchterungsversuche, die die konservativen Kräfte in der gegenwärtigen Krise offensichtlich forciert fortsetzen wollen. Solche Überlegungen werden von den Arbeitnehmern als unsozial zurückgewiesen, denn sie sind kein Mittel, der Arbeitslosigkeit zu begegnen, sondern eher ein Rückschritt in die Zeit des Frühkapitalismus.

Umverteilung von unten nach oben ist das Grundmuster der sogenannten Konsolidierungspolitik der neuen konservativen Bundesregierung. In der Kürzung von Sozialleistungen wird, wie in der Haus-

haltsrunde des Vorjahres, der Hauptansatzpunkt für die Politik der Begrenzung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben gesehen. Die Erfahrungen mit einer ähnlichen Haushaltspolitik in anderen Ländern, aber auch bei uns, haben gezeigt, daß die Kürzungen von Sozialleistungen zu keiner Verminderung der öffentlichen Defizite geführt haben, sondern wegen ihrer nachteiligen Konsequenzen auf die Gesamtnachfrage die wirtschaftliche Krisensituation noch verschärft haben.

Mit dem geplanten Bundeshaushalt 1984 geht die Bundesregierung diesen für die Arbeitnehmer riskanten Weg weiter. Der Haushalt 1984 soll die wirtschaftliche Neubelebung kräftigen und die Voraussetzungen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit verbessern. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Umverteilungsprogramm. Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im Sozialbereich wirken sich in erheblichem Umfang als Mehrbelastungen, Leistungskürzungen oder Beitragsanhebungen auf die Arbeitnehmer aus, während Unternehmen und Selbständige durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 wesentlich entlastet werden. Bis 1987 sollen die Ausgaben für die soziale Sicherung um 1,4 Prozent sinken. Demgegenüber steigt das gesamte Haushaltsvolumen in diesem Zeitraum um fast 11 Prozent, die Ausgaben für die Rüstung um fast 15 Prozent. Dies widerspricht nicht nur dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und den Interessen der Bevölkerung, sondern es ist unsozial und auch wirtschaftspolitisch verhängnisvoll. Durch eine Umverteilungspolitik von unten nach oben ist in der Vergangenheit kein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen worden, wohl aber wurden zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet.

Daß Alternativen zu dieser Politik der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Restauration existieren, haben die Gewerkschaften immer wieder deutlich gemacht. Der Abbau von Sozialleistungen ist nicht die zwangsläufige Folge geringer Wachstumsraten. Die Verstärkung des Solidaritätsprinzips könnte die gestiegenen Belastungen auf die Schultern derjenigen verteilen, die keine oder nur geringfügige Risiken zu tragen haben. Eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, verbunden mit einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik und einer humanen Wachstumspolitik, ergänzt durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, könnte das Beschäftigungsrisiko wirksam mindern und die Kosten der Arbeitslosigkeit längerfristig reduzieren.

II. Sozialversicherung

Wichtigstes gewerkschaftliches Ziel ist weiterhin die Absicherung des erreichten Lebensstandards und die regelmäßige Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer. Die Bruttolohnbezogenheit muß Bestandteil der Rentenberechnungsformel bleiben. Eine Nettoanpassung der gesetzlichen Rente ist abzulehnen. Weitere Eingriffe in das Rentenrecht, wie Einschränkungen bei den Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten bei Arbeitnehmern, die in den letzten Jahren nicht erwerbstätig waren, ebenso wie die restriktive Handhabung der Anerkennung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten, müssen verhindert werden. Die Belastung der Rentner durch die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner und durch die Aktualisierung der Rentenbemessungsgrundlage ist ohnehin bereits zu groß. Zur Sicherung der Renten sind Bundeszuschuß und Bundeserstattungen auf ein Drittel der Rentenausgaben zu erhöhen.

Der Grundsatz Rehabilitation vor Rente ist endlich gesetzlich zu verankern. Des weiteren ist die Reform der Hinterbliebenenversicherung (84er Reform) voranzutreiben. Als Einstieg in den Ausbau einer eigenständigen Alterssicherung der Frauen muß die rentensteigernde Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung aus öffentlichen Mitteln erreicht werden. Die soziale Krankenversicherung ist die Solidargemeinschaft aller Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen zur Erhaltung ihrer Gesundheit und zur Bewältigung von Krankheitsrisiken. Jegliche zusätzliche Kostenbeteiligung ist abzulehnen, bereits eingeführte Kostenbeteiligungen sind wieder abzuschaffen.

Den Selbstverwaltungsorganen der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung darf durch den Gesetzgeber das Recht nicht beschnitten werden, eigenverantwortlich ein den Erfordernissen der Praxis entsprechendes Leistungsangebot zu gestalten. Die Verminderung des Krankengeldes um einen Beitrag zur Rentenversi-

cherung und Arbeitslosenversicherung ist als systemfremd und unsozial zurückzuweisen. Den freiwillig in der sozialen Krankenversicherung versicherten Beamten und DO-Angestellten ist ein Beitragszuschuß in Höhe des halben Betrages zu gewähren. Die Selbstverwaltung ist ausschließlich durch die Versichertenvertreter wahrzunehmen, denn es geht dort allein um die Belange der Versicherten und ihrer Angehörigen.

Viele Maßnahmen wirken sich nicht nur direkt für die Betroffenen aus, sondern auch auf die Einrichtungen der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung für die medizinische und berufliche Rehabilitation. Die Existenz von Rehabilitationseinrichtungen gerät so in Gefahr. Dem muß durch eine Änderung der derzeitigen Sozialpolitik entgegengewirkt werden.

III. Schwerbehindertenrecht

Den Schwerbehinderten, die unserer solidarischen Hilfe bedürfen, sollen die größten Opfer aufgebürdet werden. Das ist angesichts der Tatsache, daß sich die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten in den letzten Jahren verfünffacht hat, eine verantwortungslose Politik. Diese Politik muß rückgängig gemacht werden, denn „eine Gesellschaft, die alte und behinderte Menschen nicht als natürlichen Teil ihrer selbst zu achten und zu behandeln weiß, spricht sich selbst das Urteil“ (Gustav Heinemann).

Das darf nicht Wirklichkeit beziehungsweise muß rückgängig gemacht werden:

- Senkung der Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte, die in anerkannten Werkstätten beschäftigt werden, von 90 auf 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes aller Versicherten, was zur Kürzung der späteren Rentenansprüche um ca. 20 Prozent führt.
- Einführung einer Eigenbeteiligung von 120 DM jährlich im Rahmen der unentgeltlichen Beförderung von Schwerbehinderten durch eine Jahreswertmarke auf dem Ausweis.
- Weitere Einschränkungen der Freifahrtberechtigung und der Kfz-Steuervergünstigungen für Behinderte, Kriegsbeschädigte und Verfolgte.

IV. Sozialhilfe

Die Änderungen sehen vor,

- daß die Regelsätze zum Lebensunterhalt nicht mehr zu Beginn des Jahres, sondern erst in der Jahresmitte angehoben werden,
- daß der zum Unterhalt von Sozialhilfeempfängern verpflichtete Personenkreis, auf den der Träger der Sozialhilfe zurückgreifen kann, auf Verwandte zweiten Grades (Großeltern und Enkel) erweitert wird,
- daß die Kosten der Unterkunft einen angemessenen Umfang nicht übersteigen dürfen.

Die von der Haushalts- und Sozialhilfe des Bundes ganz gezielt in Kauf genommene Ausdehnung der Sozialhilfe soll nun dadurch begrenzt werden, daß die Leistungen für die Betroffenen beschnitten werden. Den oben genannten Änderungen muß entschieden widersprochen werden. Angesichts der Struktur und der Entwicklung der heutigen Familienverhältnisse ist es verfehlt, durch finanziellen Zwang das anachronistische Leitbild der Großfamilie wiederherzustellen. Angestrebt wird offenbar ein Abschreckungseffekt, der ältere Menschen in Furcht vor finanzieller Belastung ihrer Enkel davon abhält, überhaupt die ihnen zustehende Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Mit der Absicht einer Einschränkung der Mietzuschüsse wird der Eindruck erweckt, als ob die Sozialhilfeempfänger in großen Luxuswohnungen leben. Die Neuregelung verdeckt systematisch, daß es preisgünstigen Wohnraum kaum noch gibt. Es wird verschwiegen, daß gerade die verabschiedeten Mietgesetze erst dazu führen, daß immer mehr Mieter zu Sozialhilfeempfängern gemacht werden. Das

gesamte Sozialleistungssystem in der Bundesrepublik wird durch diese einschneidende Entwicklung ausgehöhlt, und die Kommunen als die Träger der Sozialhilfe werden immer stärker belastet. Die Bundesregierung schweigt sich zu den Ursachen und Hintergründen für diese Entwicklung aus.

V. Gesetzliche Unfallversicherung

Die gesetzliche Unfallversicherung als Schutzeinrichtung für die Arbeitnehmer muß erhalten und weiter ausgebaut werden. Unfallrenten bedeuten die Ablösung der Unternehmerpflicht. Deshalb darf es künftig keine Anrechnung mehr von Verletztenrenten der gesetzlichen Unfallversicherung auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung geben. Eine Erleichterung der Anerkennung von solchen Berufskrankheiten, die nicht in der Berufskrankheitenverordnung aufgeführt sind, wird gefordert. Unfallrenten müssen wie bisher erhöht werden. Es darf keine Gleichschaltung mit der Erhöhung der Altersrente geben.

VI. Arbeitsschutz

Jeder hat das Recht auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit. Dieses im Grundgesetz verankerte Grundrecht ist nur zu verwirklichen durch die Pflicht des Staates, dieses Recht in jedem Einzelfall zu schützen. Dieses Recht gilt auch für das Arbeitsleben. Arbeitsschutz und Unfallverhütung sind damit ein grundgesetzlicher Auftrag. Am 1. Dezember 1974 ist das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit in Kraft getreten, das den Arbeitsschutz im einzelnen regelt.

Im § 16 des AsIG ist die Anwendung im öffentlichen Dienst enthalten. Der Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden, einen den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertigen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz zu gewährleisten, kann nur dadurch entsprochen werden, daß die in den §§ 1 bis 11, 18 und 19 enthaltenen Grundsätze in vollem Umfang übernommen werden. Die Landesverwaltungen der Bundesländer ignorieren seit über 8 Jahren das Arbeitssicherheitsgesetz. Die Regierungen der Bundesländer sind aufgerufen, ohne weitere Zeitverzögerung für den notwendigen Arbeitsschutz nach dem Arbeitssicherheitsgesetz in ihren Landesverwaltungen zu sorgen. Alle Personalräte sind aufgefordert, in diesem Zusammenhang von ihrem umfassenden Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes ohne Verzögerung voranzutreiben, um damit ein gleiches Arbeitsschutzrecht für alle Arbeitnehmer zu schaffen. Das Arbeitsschutzgesetz muß daher auch volle Geltung für den öffentlichen Dienst haben.

Das Arbeitsstoffrecht ist als Kerngebiet des Arbeitsschutzes in den Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes einzubeziehen. Die Regelungen der Arbeitsstättenverordnung müssen auf alle Bereiche der Arbeitswelt einschließlich des öffentlichen Dienstes volle Anwendung finden. Das Arbeitszeitrecht muß zu einem wichtigen Instrument der Bekämpfung von krankmachenden Faktoren und Unfallgefahren fortentwickelt werden. Staatliche und berufsgenossenschaftliche Aufsichtsdienste müssen den Auftrag erhalten, die Einhaltung des gesamten Arbeitsschutzrechts zu überwachen.

Die Ausführungsbehörden für Unfallversicherung sind in echte Selbstverwaltungskörperschaften öffentlichen Rechts mit eigenem Satzungs- und Haushaltsrecht und einem funktionsfähigen technischen Aufsichtsdienst umzugestalten. Die Betriebs- und Personalräte müssen in allen Fragen der gesundheitsgerechten Arbeitsgestaltung ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht erhalten.

VII. Mutterschutz

Der vor fast 4 Jahren eingeführte Mutterschaftsurlaub war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem von den Gewerkschaften geforderten Elternurlaub. Inzwischen beanspruchen 95 von 100 betroffenen Frauen Mutterschaftsurlaub. Die Rückkehrquote in den Beruf liegt bei 58 Prozent. Eine Kürzung des Mutterschaftsurlaubs steht im Widerspruch zur erklärten Absicht von Bundes- und Landesregierung, die „frühkindliche Mutter-Kind-Beziehung“ zu stärken. Der familienfeindliche unsoziale Sparbeschuß, die Dauer des

bezahlten Mutterschaftsurlaubs und das Mutterschaftsgeld zu kürzen, muß wieder rückgängig gemacht werden. Desweiteren ist das Gesetz zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs weiter zu verbessern:

- Vater oder Mutter können den Urlaub in Anspruch nehmen;
- Einführung eines 18monatigen Sonderurlaubs bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln nach Ablauf der Mutterschaftsfrist, der wahlweise von einem Elternteil angetreten werden kann;
- Anpassung des Mutterschaftsgeldes an die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

VIII. Selbstverwaltung

Die Sozialversicherungsträger müssen dahin gehend ausgebaut werden, daß sie die Aufgaben der Vorsorge und Rehabilitation verstärkt ausüben können. Durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Versichertenvertretern und ihren Gewerkschaften muß die Selbstverwaltung gestärkt werden. Unsere Mitglieder erwarten von ihren Vertretern in der Selbstverwaltung, daß sich diese für die Interessen der Versicherten einsetzen und bereit sind, die Belange der bei den Sozialversicherungsträgern Beschäftigten zu vertreten. Der Kontakt mit den Versichertenvertretern in der Selbstverwaltung ist auf allen Ebenen der Organisation zu intensivieren. Die Versichertenvertreter sind im notwendigen Umfang zu schulen, zu informieren und mit den sozialpolitischen Zusammenhängen vertraut zu machen.

Zwischen den Arbeitnehmern im Gesundheitswesen und der Versichertengemeinschaft gibt es keine Interessengegensätze. Auch die Gewerkschaft ÖTV, deren Mitglieder zum größten Teil Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind, hat ein Interesse daran, die Kosten des Gesundheitswesens einzudämmen. Sie muß aber im Interesse der Arbeitnehmer dafür sorgen, daß dies weder auf Kosten der Patienten noch auf dem Rücken der Beschäftigten im Gesundheitswesen geschieht.

Rotstiftpolitik (A 824)

Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern den Hauptvorstand auf,

- gemeinsam mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften durch örtliche, landesweite und bundesweite Aktionen gegen den Sozialabbau und die Arbeitsplatzvernichtung bei den Gemeinden, den Ländern, dem Bund und Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu kämpfen,
- den Funktionären, Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten Thesenpapiere und Argumentationshilfen für die betrieblichen Diskussionen und örtlichen Aktionen zur Verfügung zu stellen,
- die Mitglieder umfassend über die Auswirkungen und Gefahren der Rotstiftpolitik und des Sozialabbaus zu informieren und ihnen die Notwendigkeit des Engagements bei gewerkschaftlichen Abwehraktionen deutlich zu machen.

§§ 218/219 (A 964)

Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern

1. Aufhebung des Abtreibungsverbotes.
2. Die Einrichtung von weiteren öffentlichen Familienberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin-West sowie stärkere finanzielle Förderung durch öffentliche Mittel.
3. Die Sicherstellung der Krankenhausbetten.
4. Einrichtungen auch für ambulante Abbruchmöglichkeiten in Krankenhäusern.
5. Keine Erfassung der Betroffenen.

6. Keine Zwangsberatung.

7. Keine medizinischen Tests an Frauen bei der Schwangerschaftsabbruchung (entsprechend der WHO-Richtlinien).

8. Umfassende Aufklärung über Empfängnisregelung/Empfängnisverhütung; beginnend bei Jungen und Mädchen in der Schule, ferner über Medien etc.; Einrichtung bzw. Ausbau der entsprechenden Beratungsstellen.

9. Ausgabe von kostenlosen und schonenden Verhütungsmitteln für Männer und Frauen auf Krankenschein.

10. Schwangerschaftsabbrüchen sollen weiterhin Leistung der Krankenkassen (RVO) bleiben; unabhängig von der Indikation.

11. Keine Streichungen der sozialmedizinischen Dienste.

Die Kriminalisierung legaler Schwangerschaftsabbrüche wird verurteilt. Alle gewerkschaftlichen Gremien werden aufgefordert, sich für diese Ziele einzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die Diskussion um die §§ 218/219 StGB wieder zu beleben.

IG-Metall-Dokumentation zu den Tarifabschlüssen

Die IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart hat im Oktober eine Dokumentation herausgegeben, die die Tarifabschlüsse von 1981 bis 1984 zum Inhalt hat. Verständlicherweise nimmt der Kampf um die 35-Stunden-Woche den breitesten Raum ein. Ziel der Dokumentation ist es, „Erfahrungen zurückliegender Tarifbewegungen aufzuzeigen, ... um auch in Zukunft unsere tarifpolitischen Ziele möglichst wirkungsvoll anzugehen“, so der IG-Metall-Bezirksvorsitzende Ernst Eisenmann im Vorwort. Nachfolgend veröffentlichen wir aus der Dokumentation die Abschnitte, die Lehren für künftige Auseinandersetzungen vermitteln.

Erfahrungen, Perspektiven, offene Fragen

Immer nach harten Tarifaufeinandersetzungen erklärten wir zu Recht, die zurückliegenden Erfahrungen, positive wie negative, müssen nun gründlich erörtert werden, ihre Klärung muß Ausgangspunkt für notwendige Korrekturen oder Ergänzungen unserer Arbeit sein. Meist wurde dieser Anspruch jedoch nicht erfüllt, aktuelle Anforderungen drängten sich auf, und häufig gingen wir wieder zur „normalen Tagesordnung“ mit all ihrer Hektik über. In der Hoffnung, daß es uns diesmal gelingt, wichtige Gesichtspunkte gründlicher zu erörtern, um uns auf kommende Auseinandersetzungen vorzubereiten, sind im folgenden einige Erfahrungen des zurückliegenden Arbeitskampfes aufgelistet. Sie sind nicht abschließend, vor allem auch nicht abschließend diskutiert, sie deuten doch aber auf einige Kernbereiche hin.

Erinnern wir uns an die Ausgangsposition. Unser Ziel war, der sich abzeichnende Arbeitskampf darf nicht zum „Kassenkampf“ werden, er muß vielmehr als Voraussetzung für seine politische Dimension die breite Einbeziehung der Mitgliedschaft sicherstellen. Diese politische Breitenbewegung kann nicht stellvertretend, weder von einzelnen Betriebskadern, noch von ein oder zwei Tarifgebieten ersetzt werden. Zwar bemühten wir uns, schon vom Mobilisierungsansatz her, sowohl in der Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“, als auch in der aktionsbezogenen Verhandlungsphase, diesem Ziel näherzukommen. Trotzdem trat auch im zurückliegenden Arbeitskampf immer wieder die Trennung von Aktiven und Beobachtenden auf. Wir machten die Erfahrung, daß diese Trennung auch nicht mit allgemein formulierten Solidaritätsaufrufen aufzubrechen ist. Die Einbeziehung der nicht unmittelbar im Kampf Stehenden muß vielmehr sehr konkret erfolgen.

Sehr positive Erfahrungen machten wir dort, wo die direkt im Kampf stehenden Betriebe an die Belegschaft in Nachbarbetrieben

herantraten oder an das Tochterunternehmen des gleichen Konzerns. Wo beispielsweise die Information eben nicht allgemein lautete: „Die IG Metall informiert“, sondern „Wir Streikende der Kühler-Fabrik Behr folgen dem Streikaufruf unserer IG Metall, unterstützt Ihr uns vom Nachbarbetrieb Haller.“ Die Kollegen der Firma Haller traten beispielsweise sechsmal in Warnstreiks, und zwar immer dann, wenn bei der bestreikten Firma Behr „etwas los war“. Einen ähnlichen Weg wählten die Kollegen der Filterfabrik Knecht, die drei Tage und drei Nächte ihre Arbeitsplätze besetzten, sandten Delegationen in die Tochterbetriebe von Knecht nach Stuttgart-Bad Cannstatt und nach Öhringen. Oder, wenn beispielsweise konkret die SELer, die ausgesperrt wurden, ihre Nachbarbetriebe informierten und auf ihren Demonstrationen durchs Werk hinwiesen.

Immer dort, wo so konkrete Verbindungen aufgezeigt wurden, konnte zeitweise und zum Teil auch über die Dauer des Arbeitskampfes die Trennung zwischen Aktiven und Beobachtenden aufgehoben werden zur gemeinsamen Bewegung. Eine solche enge Verknüpfung muß allerdings auch entsprechend vorbereitet und auf breiter Ebene – mit Unterstützung der IG Metall – durchgeführt werden. In fortgeschrittenen Stadien können auch Betriebe aus anderen Gewerkschaftsbereichen zur solidarischen Unterstützung mit einbezogen werden.

Eine weitere Erfahrung, die wir immer wieder in Arbeitskämpfen machten, ist die zum Teil problematische Isolierung unserer vom Streik und Aussperrung stehenden Kolleginnen und Kollegen an ihrem Wohnort. Ein Problem, das insbesondere in Großbetrieben auftritt, die einen großen Einzugsbereich haben. Gute Erfahrungen machten wir dort, wo an den Wohnorten Veranstaltungen organisiert wurden. Sie gingen zum Teil von der betrieblichen Streikleitung, von der IG-Metall-Verwaltungsstelle oder auch vom DGB-Ortskartell aus. So beispielsweise Veranstaltungen unter dem Motto: „Wir informieren über den Arbeitskampf“, die verbunden waren mit einem Kulturprogramm und örtlich durchgeführt wurden. Wo diese Veranstaltungen entsprechend attraktiv gestaltet wurden, ging die Einbeziehung und Ausstrahlung über die Aktiven, ihre Familien, Mitglieder anderer Gewerkschaften bis breit in die Öffentlichkeit des Wohnortes hinein. Dies war oft die einzige, aber sehr wirkungsvolle Gegenöffentlichkeit gegen die überwiegend mit der Position des Gegners argumentierenden Medien.

Grundsätzlich machten wir die Erfahrungen auch schon in zurückliegenden Kämpfen, daß es für die eigene Stabilisierung der Bewegung ungeheuer wichtig ist, über den Verlauf der Auseinandersetzungen durch unmittelbar im Kampf stehende aktive Kolleginnen und Kollegen zu informieren. So war es vor zwei Jahren ganz entscheidend, daß die kämpfenden Metaller, die das Röhrenwerk Video-Color besetzt hielten, selbst über ihren Kampf zum Teil bundesweit informierten. Ihr Kampf wurde bekannt! Aus dem ganzen Bundesgebiet erhielten sie finanzielle, politische und ideelle Unterstützung. Wo eine solche Informationspolitik betrieben wurde, führte sie allemal zur Stärkung der Bewegung. Erfreuliche Ansätze zeigten sich auch im zurückliegenden Arbeitskampf. So forderte zum Beispiel der DGB Schleswig-Holstein die Verwaltungsstelle Neckarsulm auf, über den Verlauf von Streik und Aussperrung während des Kampfes die DGB-Kreise Schleswig-Holsteins zu informieren. Eine Kollegin aus Neckarsulm übernahm diese Aufgabe, informierte in den DGB-Kreisen und löste damit sehr praktische Unterstützung durch Aktionen in Schleswig-Holstein aus. Im übrigen führte es noch zu einer sehr netten Geste. Es erfolgten Einladungen an Kinder der im Streik und Aussperrung stehenden Metaller aus Neckarsulm für die Sommerferien auf Bauernhöfe nach Schleswig-Holstein.

Diese Informations- und Aktionsverknüpfung muß über den Betrieb, die Verwaltungsstelle, ja über den ganzen Bezirk hinausgehen. Auch hierfür gibt es positive Beispiele. So schilderte die IG-Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg, daß die immer wieder erfolgten allgemeinen Warnstreikaufrufe in den Betrieben der Verwaltungsstelle nur mäßig befolgt wurden. Die Nürnberger Kollegen äußerten die Bitte, die im Kampf Stehenden im Bezirk Stuttgart mit Streikposten vor einem Betrieb zu unterstützen. Dieses Angebot nahmen wir natürlich sehr gerne an, und es zeigte sich, als die Kollegen aus Nürnberg diesen Solidaritätstag vorbereiteten, meldeten sich viel mehr als ursprünglich vorgesehen, obwohl die Fahrt zum Streikbe-

trieb bereits nachts um drei Uhr begann und es keine Vergütung für diesen Ausfalltag gab.

Ca. 70 Kolleginnen und Kollegen aus Nürnberg standen als Streikposten vor den Werkstoren der bestreikten Firma Kühler-Behr in Mülhacker. Von den Nürnberger Kollegen erfuhren wir anschließend, daß der Rückfluß, also die Berichte der Kollegen über die positiven „Mitkämpferfahrten“ in den Betrieben der eigenen Verwaltungsstelle, dann sehr gute Auswirkungen hatte. Solche Erfahrungen sollten uns veranlassen, darüber nachzudenken, ob bei zukünftigen Arbeitskämpfen vielleicht feste „Patenschaften“ zwischen Verwaltungsstellen vereinbart werden, möglicherweise auch zwischen Bezirken. So wäre denkbar, daß Verwaltungsstellen mit Betrieben, die ähnlich gelagert sind oder im gleichen Konzernverbund stehen, eine intensive Zusammenarbeit während eines solchen Arbeitskampfes praktizieren. Betrachten wir beispielsweise die Verwaltungsstellen München und Stuttgart. Beide haben in ihrem Organisationsbereich als Schwerpunkt den Fahrzeugbau. Eine engere Koordinierung, Verbindung und Unterstützung im Arbeitskampf hätte sicherlich sowohl den im Kampf stehenden Kolleginnen und Kollegen bei Daimler-Benz und Porsche geholfen, als auch den von der kalten Aussperrung betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei BMW. Tatsächlich aber lief der Arbeitskampf in seinen sehr unterschiedlichen Wirkungen in beiden Bereichen ohne diese unmittelbaren Kontakte und Informationen.

Im Bezirk Stuttgart haben wir diese Verbindung von Verwaltungsstellen bei Beginn des Streiks fest organisiert. Jede im Streik befindliche Verwaltungsstelle erhielt konkrete Unterstützung, und zwar sowohl personelle als auch organisatorische, von nicht im Streik befindlichen Verwaltungsstellen des Bezirks. Die Erfahrung, die aktive Funktionäre bei dieser Unterstützung machten, wirkte sich wiederum sehr positiv für die Information in der eigenen Verwaltungsstelle und deren Betriebe aus. Als allerdings diese feste Zuordnung nicht mehr in der anfangs vorgenommenen Verbindlichkeit vom Bezirk gefordert wurde, vererbte in den meisten Verwaltungsstellen diese Zusammenarbeit, sei es, daß nun in der unterstützenden Verwaltungsstelle selbst Betriebe in Aussperrung waren, oder daß einfach mangels konkreter Anforderung diese Zusammenarbeit wieder aufgegeben wurde. Erfahrung daraus ist, auch diese Zusammenarbeit, die für beide Seiten sehr hilfreich war, muß verbindlich und längerfristig organisiert werden, mit festen Zielen und Aufgaben.

Solche Verwaltungsstellen und bezirksübergreifende Aktionen ließen sich im übrigen schon in der Mobilisierungsphase einer Tarifbewegung einleiten. So wurde im Bezirk Stuttgart in den beiden zurückliegenden Tarifbewegungen zu Lohn und Gehalt immer wieder diskutiert, bundesweit Aktionstage durchzuführen, beispielsweise in der Automobilindustrie oder der Elektroindustrie oder des Maschinenbaus oder in Teilbereichen dieser Branchen. So angelegte Warnstreiks wären sowohl ergänzendes Element zur „Neuen Beweglichkeit“, als auch Hilfestellung für Betriebe, die isoliert bei der Durchführung solcher Aktionen größere Schwierigkeiten haben.

Überlegungen zu flexibleren Arbeitskampfmethoden

Gerade die Erfahrung mit den kurzfristigen Arbeitsniederlegungen der letzten Jahre, die wir „Neue Beweglichkeit“ nannten, zeigt, daß es dringend erforderlich ist, zusätzliche veränderte und ergänzende Formen des Drucks zu entwickeln, und zwar sowohl in der Mobilisierungsphase als auch im Arbeitskampf selbst. Dies könnten beispielsweise, wie oben angeführt, Schwerpunkttage in bestimmten Branchen, im ganzen Bundesgebiet oder in Teilbereichen sein. Diskutiert hatten wir im Bezirk, aber auch, sozusagen als Bindeglied zwischen „Neuer Beweglichkeit“ und dem erforderlichen Arbeitskampf, zeitlich längerfristige Arbeitsniederlegungen von einem oder zwei Tagen in wichtigen Schlüsselbetrieben oder Branchen durchzuführen. Eine solche längerfristige Arbeitsniederlegung müßte allerdings höchstwahrscheinlich mit einer finanziellen Pauschalunterstützung an die Kollegen abgesichert werden.

Eine weitere flexible Eskalation könnten Zwei- bis Drei-Tages-Streiks, flankierend zum unbefristeten Streik, in einer fortgeschrit-

tenen Phase des Arbeitskampfes sein. Nicht nur flächendeckend, sondern gezielt Betriebe herausnehmen, die den Gegner verwirren und ihm kurzfristig auch weh tun. Dabei geht es nicht um eine Kopie der Streikpraxis, die Druck und Papier in diesem Arbeitskampf entwickelt hat. Da die Bestreikung im Druckbereich, insbesondere im Zeitungsdruck, schon nach einem Tag unmittelbar treffsichere Wirkung zeigen kann, ergibt sich hier eine völlig andersgeartete Situation als im Bereich der Metallverarbeitung. Es geht bei diesen Überlegungen vielmehr darum, festgefahrene Streik- und Aussperrungsblöcke wieder etwas in Bewegung zu bekommen, die eigene Berechenbarkeit durch den Gegner zu mindern und notwendige Unterstützung zu demonstrieren für die längerfristig in Streik und Aussperrung stehenden Kolleginnen und Kollegen.

Neue Erfahrungen im Kampf gegen Aussperrung

In den zurückliegenden Arbeitskämpfen zeigte sich immer wieder, daß auf breiterer Ebene politischer Widerstand gegen die Aussperrung nur schwer aus den Betrieben zu entwickeln ist. Zwar gelang es 1978, eine Aktion von Massenklagen gegen Aussperrung im Bezirk einzuleiten. Über 30000 Kolleginnen und Kollegen stellten Einzelklage, trotzdem darf dies doch nicht als breit entwickelter Widerstand gegen Aussperrung interpretiert werden. Im zurückliegenden Arbeitskampf waren im Bezirk Stuttgart erstmals auf breiter Ebene Widerstandsformen aufgegriffen und entwickelt worden, und zwar sowohl gegen die kalte, als auch gegen die heiße Aussperrung. Die bezirkliche Streikleitung forderte zu Beginn der heißen Aussperrung alle Mitglieder auf, sich zu Kundgebungen bei Aussperrungsbeginn vor dem Werk zu treffen und anschließend die Arbeitskraft im Werk anzubieten. Die Registrierung der Ausgesperrten in den Aussperrungslokalen erfolgte möglichst erst am zweiten oder dritten Tag, um über einen relativ langen Zeitraum diese Kundgebungen, Demonstrationen und den Druck vor dem Werk zu halten. Mit dieser Orientierung machten wir zum Teil sehr positive Erfahrungen. So beispielsweise bei der Firma Kodak und bei Bosch Leinfelden, wo sich die Mitglieder jeden Morgen erneut vor dem Betrieb trafen und erst am dritten Tag in den dafür angemieteten Aussperrungslokalen die Registrierung erfolgte. Bei Bosch beispielsweise führte dies dazu, daß drei Tage lang Aktionen im Betrieb stattfanden, an denen sich fast alle betroffenen ausgesperrten Mitglieder beteiligten. Negative Erfahrungen bei Aussperrungsbeginn machten wir aber auch. So beispielsweise vor einem Großbetrieb in der Verwaltungsstelle Schwäbisch Gmünd. Als dort ein Bezirkssekretär zum Abschluß einer agitatorischen Rede gegen Aussperrung den Kollegen zurief: „Kolleginnen und Kollegen, nur 50 m trennen uns von unseren Arbeitsplätzen, wer kann uns aufhalten? Gehen wir an unsere Arbeitsplätze!“, teilte ein örtlicher Funktionär am Mikrofon mit: „Da es heute regnet, wird erst morgen registriert“, worauf über die Hälfte der Belegschaft wieder nach Hause ging und nicht in den Betrieb.

Auch die Erfahrung mit der Meldepflicht in Streik- und Aussperrungslokalen muß für uns Anlaß sein, diese wichtige politische Erfassung, Information und Agitation in Zukunft gründlich inhaltlich vorzubereiten. Organisatorisch orientierte die bezirkliche Streikleitung alle Verwaltungsstellen darauf, daß jeden zweiten Tag Meldepflicht für alle in Streik und Aussperrung stehenden Kolleginnen und Kollegen besteht. Diese Erfassung selbst kann in Großbetrieben versetzt erfolgen, so daß an jedem Tag Information, Orientierung und Kontakt zu den in Streik und Aussperrung Stehenden über die Lokale erfolgen kann.

Tatsächlich wurde dies sehr unterschiedlich praktiziert. Schlechte Erfahrungen machten wir überall dort, wo die Streik- und Aussperrungslokale nur als „Stempellokale“ benutzt wurden, an denen bestenfalls noch die Streiknachrichten verteilt wurden. So spielte sich vor dem Werk Daimler-Benz, Untertürkheim, das nur zwei Aussperrungslokale hatte, obwohl über 10000 Kolleginnen und Kollegen in diesem Werk ausgesperrt wurden, alle zwei Tage folgendes ab:

Vor den Aussperrungslokalen bildeten sich 500 bis 700 m lange Schlangen. Die Kolleginnen und Kollegen taten nichts anderes, als auf ihren Stempel zu warten, einzige weitere Verbindung waren die verteilten Streiknachrichten, die sie dann hoffentlich zu Hause lasen. Lediglich ein- oder zweimal wurde diese „Stempelschlange“

sozusagen von der Seite mit Kultur „beschallt“. Immerhin hatte dies noch eine positive Wirkung.

Ähnliche Bilder gab es leider auch bei anderen Aussperrungslokalen und Streiklokalen, insbesondere vor Großbetrieben. Diese Art der Zusammenfassung von Mitgliedern ist eine wahnsinnige Kraftanstrengung, bei der nicht viel rüberkommt, außer der Verärgerung, denn die Mitglieder sind mit An- und Abfahrt und Stau im Ort mehrere Stunden unterwegs, um ihren Stempel zu bekommen. Dies ist aber das Gegenteil von „aktiver Einbeziehung von Mitgliedschaft“, obwohl wir als IG Metall wahrscheinlich selten die Chance haben, so häufig an alle Mitglieder in einer solch brisanten Situation heranzukommen, als im Arbeitskampf. Es müßte deshalb der Grundsatz gelten „Stempeltage sind Aktionstage“. Dies kann in Großbetrieben beispielsweise so aussehen:

- Große geräumige Halle, in die möglichst viele hineinpassen.
- Informationsstände, an denen nicht nur die Streiknachrichten ausliegen, sondern auf Bildtafeln über den Arbeitskampf im eigenen Betrieb und aus Nachbarbetrieben informiert wird.
- Ein gutes Informations- und Kulturprogramm.
- Diskussionsforen.

Dann kann beispielsweise jeweils durchgesagt werden:

Den Stempel erhalten jetzt die Kolleginnen und Kollegen mit den Anfangsbuchstaben A–C usw., so daß sich keine langen Schlangen vor den Lokalen bilden. Sofern an diesen Tagen dann wirklich interessante Programme, Diskussionen und Angebote vorliegen, könnten auch Frauen und Kinder eingeladen werden.

Ein positives Beispiel, wie wir solche Erfassungstage zu Aktionstagen machen können, sei am Beispiel der Verwaltungsstelle Heidenheim geschildert. Die Verwaltungsstelle organisierte an einem schönen Sommertag zu Ende des Streiks eine öffentliche Versammlung der Ausgesperrten vor dem Rathaus, die verbunden war mit dem organisatorischen Stempeln. Diese Aktion verdeutlichte in der Öffentlichkeit in Heidenheim sehr anschaulich, was es heißt, wenn in dieser Stadt mehr als 6000 Menschen von einigen bekannten Großbetrieben auf die Straße geworfen werden. Für die Ausgesperrten, die sich trafen, waren Informationsstände aufgebaut, die über die Arbeitskampfsituation in der Verwaltungsstelle, im Bezirk und bundesweit informierten. Über ein Kulturprogramm und Informationschriften wurde die Öffentlichkeit einbezogen. Die gesamte Aktion hatte sowohl bei den Ausgesperrten als auch in der Heidenheimer Öffentlichkeit eine sehr gute Resonanz hervorgerufen.

Informationsfluß zwischen Streik- und Aussperrungsbetrieben, Verwaltungsstellen und bezirklicher Streikleitung

Überwiegend gute Erfahrungen machten wir im Arbeitskampf mit dem gezielten Einsatz bezirklicher Streikhelfer. Dies waren meist Kolleginnen und Kollegen der Vorstandsverwaltung und der IG-Metall-Schulen sowie des DGB-Landesbezirks, die in der Regel fest den im Streik und Aussperrung stehenden Verwaltungsstellen zugeteilt wurden. Diese bezirklichen Streikhelfer trafen sich regelmäßig täglich abends in der Bezirksleitung, berichteten über die Entwicklungen in der Verwaltungsstelle über geplante Aktionen, tauschten Erfahrungen aus und erhielten unmittelbar von der bezirklichen Streikleitung Orientierung über aktuelle oder längerfristig angelegte Entwicklungen im Arbeitskampf.

Für die bezirkliche Streikleitung war dies ein unmittelbarer Informationsstrom über die laufenden Entwicklungen in Streik- und Aussperrungsbetrieben. Noch wirksamer könnte eine solche unmittelbare Informations- und Aktionskoordinierung über eine tägliche kurze Telefonkonferenz, zumindest mit den im Arbeitskampf stehenden Verwaltungsstellen des Bezirks, sein. Der dadurch auftretende Arbeitsaufwand würde mit Sicherheit ausgeglichen durch entfallende Rundschreiben und Rundrufe, die immer wieder aus aktuellem Anlaß sehr kurzfristig notwendig sind.

Kultur nicht nur als Unterstützung, sondern auch als Ergebnis des Kampfes

Verglichen mit vergangenen Erfahrungen ist dieser Arbeitskampf lebendiger geworden. Mehr Aktion, mehr Musik, mehr Lieder haben diesen Arbeitskampf begleitet und sind aus ihm herausgewachsen. Daß diese politische Kultur schon einen wichtigen Stellenwert in der Mobilisierungsphase hatte, z. B. mit den Aktionsveranstaltungen an den Verhandlungstagen, erleichterte den nahtlosen Übergang im Arbeitskampf selbst. Anfangs waren es befreundete Künstler und eigene Kulturgruppen, die vor Werkstoren, in Streikveranstaltungen, bei Betriebsbegehungen, bei Ausgesperrten, Lieder, Theaterstücke, Sketsche und Pantomimen einbrachten. Zunehmend aber entwickelten sich aus dem Kreis der unmittelbar im Arbeitskampf Stehenden aktive eigenständige Kulturbeläge. Dabei war eben Kultur nicht nur Unterstützung für den Kampf, sondern gleichzeitig auch Produkt im Ergebnis der Auseinandersetzungen, ein Vorgang, den wir in dieser umfassenden Form noch nie bei Arbeitskämpfen erfahren haben.

Auch diese wichtige Erfahrung gilt es in unserer Arbeit weiterzuentwickeln. Die geschilderte Entwicklung mit all ihren positiven und negativen Beispielen ist nur ein kleiner Auszug der Überlegungen, die es bei einer kritischen Aufarbeitung der zurückliegenden Tarifbewegung zu berücksichtigen gilt. In dem Maße, in dem es uns gelingt, aus diesen Erfahrungen auch unmittelbar eine Verbesserung unserer gewerkschaftlichen Arbeit abzuleiten, werden wir die Grundlage für die Weiterführung unseres Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verbessern. Dies alles gilt im besonderen Umfang bei dem jetzt schon unmittelbar anstehenden Kampf um die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung auf der betrieblichen Ebene.

Lutz Dieckerhoff: Mehr als nur ein Tarifvertrag

Lutz Dieckerhoff, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, analysierte auf einer am 30. August stattgefundenen Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Frankfurt den abgeschlossenen Tarifvertrag. Aus seinem Referat dokumentieren wir Auszüge.

Es bleibt deshalb festzustellen, daß eine breite Beeinflussung der Grundstimmung in der Bevölkerung und in den Medien zu unseren Gunsten ausgeblieben ist. Dazu trägt – und ich sage es noch einmal – auch die Parteinahme der Bundesregierung für die Arbeitgeber bei. Und es war deshalb um so wichtiger, daß sich, wenn auch spät, SPD und andere auf unsere Seite gestellt haben und unsere Forderungen unterstützten, wobei jedoch abzuwarten ist, was insbesondere aus den Gesprächsangeboten der GRÜNEN für die Gewerkschaften herauskommt und ob sie eine Partei werden können, die Arbeitnehmerinteressen parlamentarisch vertreten können.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dürfen uns jedoch nicht damit abfinden, daß es mittlerweile immer größere Kreise in der Bevölkerung gibt, die sich an Massenarbeitslosigkeit gewöhnen und die mit einem konservativen kapitalistischen Grundverständnis leben. Ein sehr bezeichnendes Beispiel dafür ist die Diskussion um zu erwartende Beitragsüberschüsse in der Arbeitslosenversicherung: Es ist doch ein Skandal, daß eine Bundesregierung die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an Arbeitslose kürzt, während gleichzeitig die Dauerarbeitslosigkeit zunimmt, so daß aus diesen zwei Gründen die Leistungen an die direkt Betroffenen immer geringer werden. Die evtl. anfallenden Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung werden jedoch nicht zu einem Aufstocken der Leistungen in alter Höhe oder zu einem Ausweiten des Kreises derer, die Leistungen wieder bekommen sollen, benutzt.

Statt dessen sollen die Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit gesenkt werden. Das ist nicht nur ein weiteres Geschenk an die Betriebe, sondern ein erneuter Versuch der Entsolidarisierung der Arbeitnehmer. Dies nenne ich politisch pervers. Und es ist deshalb unsere Aufgabe, mehr als je zuvor, das Zutrauen in die konservativen und z. T. reaktionären Rezepte der Krisenbewältigung nachhaltig zu zerstören. Wir haben hier die Einheit der Arbeitnehmer, die Solidarität der Arbeitnehmer, ob arbeitslos oder noch beschäftigt, wiederherzustellen.

Ich möchte bei meiner rückwirkenden Betrachtung der Tarifrunde auch nicht verhehlen, daß nicht alle Aktionen, nicht alle Warnstreiks, Sympathiestreiks, Protestkundgebungen, Demonstrationen, andere Aktionen, die von uns gewollte und notwendig eingeschätzte Wirkung erreicht haben. Wir können damit nicht zufrieden sein, und wir sollten auch sehr eingehend analysieren, woran es gelegen hat.

War unsere Arbeit in den Verwaltungsstellen, in den Betrieben, in den DGB-Kreisen immer so angelegt, daß sie sich in solch schwieriger Stunde behaupten konnte? Es hat sich auch gezeigt, daß die sogenannte neue Beweglichkeit, die Warnstreiks, nicht den Druck herstellen konnten, um den Flächenstreik zu verhindern. Hier ist zum Teil Abnutzung, aber auch Gewöhnung auf beiden Seiten eingetreten. An der nächste Schritt, der Sympathiestreik anderer, noch nicht direkt beteiligter Arbeitnehmer auch anderer Branchen, hat noch nicht funktioniert. Es war auch das erste Mal, daß wir in zwei Tarifgebieten gleichzeitig Urabstimmung, Streik und Aussperrung und darüber hinaus in allen Tarifgebieten kalte Aussperrung hatten. Eine neue Dimension in der tarifpolitischen Auseinandersetzung wurde damit eingeläutet. Bei aller kritischen Betrachtung ist es uns in einer großangelegten organisationspolitischen Leistung gelungen, die kalte Aussperrung zu bewältigen. Hier war die Organisation bis zum letzten Nerv angespannt, und hier war alles gefordert, was zu mobilisieren möglich war. Und nicht überall ist es gleichermaßen gelungen, die Einsicht herzustellen, daß kalte Aussperrung das Druckmittel der Arbeitgeber sein sollte, um die Arbeitskampffront von hinten gegen die Streikenden aufzurollen.

Es ist den Arbeitgebern, es ist der Bundesregierung, den Medien nicht gelungen, die Bundesanstalt für Arbeit aus ihrer Verantwortung zu entlassen und die IG Metall durch die finanzielle Unterstützung kalt Ausgesperrter in die Knie zu zwingen, indem man sie ausblutet. Hier war Solidarität, hier war Disziplin, hier war Mut und Einsatzbereitschaft gefordert, um Niederlagen und Kapitulation abzuwehren.

Es ist klar, daß ohne die Erfolge vor den Gerichten diese Linie nicht lange durchzuhalten gewesen wäre, aber andererseits waren die fünf Wochen vor der gerichtlichen Entscheidung fünf Wochen Kampf, von denen viele geglaubt haben, wir würden ihn keinen Tag durchhalten können.

Ich möchte meine Betrachtungen schließen mit der Anmerkung, daß es uns nicht gelungen ist, im DGB alle Gewerkschaften auf eine tarifpolitisch geschlossene Linie zum gleichen Zeitpunkt zu mobilisieren, um mit einer Zunge zu sprechen und uns nicht gegenseitig ausspielen zu lassen. Hier gilt es noch einiges aufzuarbeiten und nachzuarbeiten. Wir sind guten Mutes, daß unsere Erfolge, unsere Strategie uns recht geben und wir auch deshalb gute Karten haben, die entsprechende Diskussion im DGB mit den anderen Gewerkschaften zu führen.

Dabei sei angemerkt, dies ist keine Kritik am DGB selbst, denn von ihm haben wir großartige Unterstützung erfahren. Wir meinen manche Einzelgewerkschaften. Wir wollen hier keine öffentliche Schuldzuweisung betreiben. Aber wir glauben, daß es noch einiges zu verbessern gibt. Laßt mich zum Schluß kommen. Ich möchte unsere Aufgaben für die Zukunft kurz umreißen:

Den abgeschlossenen Tarifvertrag gilt es betrieblich umzusetzen. Dazu bedarf es der Information und Schulung, dazu bedarf es der Beratung in den Betrieben, dazu bedarf es des abgestimmten Vorgehens von gewerkschaftlichem Vertrauenskörper und Betriebsrat mit der IG Metall. Diese Umsetzung verlangt nach dem Dialog der Organisation mit ihren Funktionären und der Funktionäre mit ihren Wählern und Mitgliedern. Hier sind ganz konkrete Chancen für eine Neubelebung unserer betrieblichen gewerkschaftlichen Arbeit vorhanden. Dieser Tarifvertrag braucht 1986 einen Anschluß.

35-Stunden-Woche Der Kampf geht weiter!

Gleich nach Beendigung der bisher größten Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie hat in einem bisher noch nie dagewesenen Umfang die Auswertung der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche begonnen. Keine Versammlung, keine Konferenz und kein Seminar war dabei in der Lage, jetzt schon jene umfassende Analyse zu liefern, die Erfolge und Mißerfolge, Kampfbedingungen und Kampferfahrungen so in sich vereinigt hätte, daß man sagen könnte: Das war's – und so muß es weitergehen.

Weitergehen muß demgemäß verstärkt die Diskussion. Einen Beitrag dazu liefert das Buch „Der Kampf geht weiter!“, das von Werner Cieslak, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP, im Verlag Plambeck und Co herausgegeben wurde. Mehr als 30 Autoren – gewerkschaftliche Vertrauensleute, Journalisten, Künstler, Abgeordnete und Mitglieder der DKP-Partei – haben ihre Arbeiten unter einen Zweck gestellt: Anstöße zum Nachdenken zu geben. Sie kommen inhaltlich und zeitlich wie gerufen. Der gelungene publizistische Schnellschuß, wie man das in der Branche nennt, wird durch eine von Gisela Mayer zusammengestellte Chronologie vom 17. Juni 1982 bis 12. Juli 1984 und durch eine interessante Dokumentation erheblich bereichert.

Auch wenn man aus jeder Zeile des Buches spürt, daß da Engagierte zur Feder gegriffen haben, denen der Erfolg des Kampfes viel wiegt, so wird daraus dennoch keine Schönfärberei. Die Schwächen des Arbeitskampfes, Enttäuschungen und Mißerfolge, das alles wird nicht unter den Tisch gebügelt, sondern emotional und rational verarbeitet. Wichtiger noch: Es werden die entscheidenden Bezugspunkte zwischen den objektiven Bedingungen, den Kampfzielen, dem Kampfverlauf und den Ergebnissen, die zweifellos unbefriedigend sind, vor Ort und überregional dargestellt.

Werner Cieslak (Hrsg.): „Der Kampf geht weiter – Die Streiks 1984 um die 35-Stunden-Woche in Beiträgen von Kommunisten und dokumentarischem Teil“; Verlag Plambeck & Co, Neuss 1984, 300 Seiten, 10 DM.

Hervorhebung verdient dabei meiner Meinung nach Ulla Meyers Bericht „Auch bei Springer wurde gestreikt“. Nach einer gescheiterten Urabstimmung („gestandenen Druckern stehen Tränen in den Augen“) sitzt den Gewerkschaftern erst einmal der Schock im Nacken, und die Geschäftsleitung jubiliert. Dennoch wird die Resignation überwunden, nachdem die „Knackpunkte“ der innerbetrieblichen Niederlage besprochen worden sind und eine Spätschicht „trotz alledem“ den Streik beginnt. Auch wenn das „Klassenziel nicht erreicht“ wurde, kommt Ulla Meyer in Übereinstimmung mit allen Autoren des Buches zu der Schlußfolgerung: „Dieser Arbeitskampf, der einer der bedeutsamsten in der 35-jährigen Geschichte der Bundesrepublik ist, ist nicht einfach zu den Akten zu legen.“

Das gilt nicht zuletzt für die Verbindung, die dieser Kampf zur Friedensbewegung geschlagen hat. So wie Gewerkschafter sich im Arbeitskampf beim Ostermarsch engagierten, so nahmen Friedensbewegte draußen vor den Betriebstoren Anteil am Streik. Den Gewinn für beide Seiten benennen Willi Gerns und Jörg Hufschmid in ihrem Beitrag vom „Zusammenhang von Friedensbewegung und Kampf für die 35-Stunden-Woche“ präzise in einem Satz: „Der politische Zusammenhang beider Bewegungen ergibt sich daraus, daß Erfolge der einen die Kampfbedingungen der anderen verbessern oder umgekehrt Schwächen und Niederlagen sich erschwerend auf den Kampf der anderen Bewegung auswirken.“

Wer die jüngsten Herbstaktionen der Friedensbewegung und den gewerkschaftlichen Anteil daran beobachtet hat, kommt nicht an der Feststellung vorbei, daß es hier im DGB einen gewaltigen Lernprozeß gegeben hat. Daß der Streik dabei eine bewußtseinsfördernde Rolle gespielt hat, kann nicht bezweifelt werden.

Peter Baumöller

IMSF-Studie: Beitrag zur notwendigen Diskussion

Die Autoren untersuchen die Ausgangssituation der Bewegung im Frühjahr 1984. Sie entlarven die Strategie der Koalition von Kapital und Kabinett. Dabei werden die Unternehmervorstellungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit als Unterordnung des Menschen unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals herausgestellt. Unter dem Deckmantel größerer individueller Freiheit des einzelnen und der Propaganda gegen „starre“, „bürokratische“ Tarifvertragsbestimmungen, verbirgt sich nichts anderes als das Anliegen der Unternehmer, die Betriebszeiten der Anlagen von der Arbeitszeit der Beschäftigten abzukoppeln, um eine höhere Produktivität und höhere Profite zu erzielen.

Gert Hautsch, Klaus Pickshaus, Klaus Priester: Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, „Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften; Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 16, Frankfurt 1984, 144 Seiten, 8 DM.

Zusammen mit der Bundesregierung, die sich schon sehr früh in aller Klarheit auf die Unternehmenseite stellte, war es Ziel von Gesamtmetall und dem Bundesvorstand Druck, die kämpfenden Gewerkschaften auf Dauer zu schwächen. Im, m. E., wichtigsten Part der Analyse wird der Verlauf des Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie beschrieben. Da die Autoren während der Streiks „vor Ort“ waren, zeichnet sich dieser Teil durch hohe Detailkenntnis und lebendige Darstellung aus.

Die Arbeitskämpftaktik der beiden kämpfenden Gewerkschaften war in der Grundkonstellation gleich. Es sollte großer ökonomischer Druck, möglichst kräfte- und finanzschonend erzeugt werden und gleichzeitig die gesamte Mitgliedschaft und die Öffentlichkeit aktiviert und politisch sensibilisiert werden. Die flexiblen Kämpftaktiken der IG Druck und Papier sollten die Kampfaktionen für die Unternehmer unberechenbar machen. Täglich wechselte die Anzahl der einbezogenen Betriebe und Mitglieder.

Die „Nadelstichtaktik“ der IG-Metall-Streikleitung sah zunächst vor, durch den Streik in Zulieferbetrieben der Automobilindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden mit minimalem Kraftaufwand maximale ökonomische Wirkung zu erzielen. Diese Wirkung ließ nicht lange auf sich warten. Schon nach wenigen Tagen stellten die Automobilkonzerne ihre Produktion ein. In Hessen begann der Streik als Schwerpunktstreik in neun Betrieben. Dazu gehörten Unternehmen der Automobilindustrie (Opel), sowie der Elektro- und Elektronikindustrie. Erstmals in der Geschichte der IG Metall wurden damit zwei Bezirke gleichzeitig als Streikschwerpunkte festgelegt.

Kritisiert wird die fehlende Abstimmung der unterschiedlichen Streikkonzeptionen in den beiden Streikgebieten sowie das Fehlen eines Mobilisierungskonzeptes für die gesamte Bundesrepublik. Positiv werden die vielfältigen Aktionen vor den Werkstoren, die Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten durch Künstler und Theatergruppen, die Kulturaktivitäten usw. hervorgehoben. Die Studie kommt zu der Feststellung, daß das Kapital die Kräfteverhältnisse falsch eingeschätzt hatte.

Das Schlichtungsergebnis wird kritisch untersucht. Zwar konnte das Tabu der 40-Stunden-Woche gebrochen werden. Es gilt jetzt, die nach Tarifvertrag mögliche Flexibilisierung der persönlichen, regelmäßigen, wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden zu verhindern. Die Gewerkschaften haben einen Härte-test bestanden, sie konnten der Politik der Wende Schranken setzen. Der Arbeitskampf unter schwierigsten Bedingungen hatte als Ergebnis einen Kompromiß, der keinen Grund zum Jubeln gibt. Arbeitszeitverkürzung wird aber weiterhin Bestandteil gewerkschaftlicher Politik sein müssen – um die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und das Leben lebenswerter zu gestalten.

Ein Geschichtsbuch für Gewerkschafter

Mit der von Peter Scherer und Peter Schaaf im Auftrag der Stuttgarter IG Metall erarbeiteten Dokumentensammlung verfügen wir nunmehr über ein Handbuch für die gewerkschaftliche Geschichts- und Bildungsarbeit, das einen großen Teil wichtiger Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einem Band vereint.

Nachgezeichnet werden – anhand von Dokumenten – Entwicklung und Kämpfe der Arbeiterbewegung im Südwesten. Dies ist schon deswegen von mehr als regionalem Interesse, weil Stuttgart schon früh ein wichtiges Zentrum der Arbeiterbewegung war und von dort bis auf den heutigen Tag für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung wichtige Impulse ausgegangen sind. Es geht den Herausgebern nicht um die sogenannten süddeutschen Besonderheiten, sondern um das Wechselverhältnis von regionaler und nationaler Geschichte. Dieses entfalten sie auf zweierlei Weise: einmal, indem solche regionalen Dokumente ausgewählt werden, in denen zugleich die nationalen bzw. gesamtgesellschaftlichen Strukturen und Probleme deutlich werden und die deswegen

Peter Scherer/Peter Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848–1949, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 1984, 724 Seiten, 59 DM.

auch überregional bedeutsam sind. Zum anderen, indem die regionale südwestdeutsche Entwicklung der Arbeiterbewegung im Rahmen und mit der nationalen bzw. allgemeinen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung dokumentiert wird.

Mehr als die Hälfte der in diesem Buch gesammelten 227 Dokumente bzw. Dokumentengruppen auf über 700 Seiten sind nicht lokalregionalen Ursprungs. Dies in der wohl richtigen Annahme, daß „der Berliner Aufruf der Arbeiterverbrüderung von 1848 an die deutschen Arbeiter, sich zu organisieren, auch die Stuttgarter meinte und das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 die Arbeiter von Daimler in gleicher Weise entrechtete wie ihre Kollegen bei Siemens in Berlin“, wie es im Vorwort der Herausgeber heißt.

Die Dokumentation gibt einen Gesamtüberblick. Sie zeichnet hundert Jahre Entwicklung nach. Dabei läßt sie sich weder darauf ein, einige spezielle Probleme herauszugreifen und diese durch die Geschichte zu verfolgen, noch darauf, Organisationsgeschichte, Sozialgeschichte und/oder Ideengeschichte zu betreiben. Sie beleuchtet auch nicht nur bestimmte ausgewählte Zeitabschnitte. Sie dokumentiert die Arbeiter/in-Bewegung, d. h. in den Auseinandersetzungen und Kämpfen um ihre Organisation, um Ziele und Wege, um Löhne, Arbeitszeitverkürzungen und bessere Arbeitsbedingungen, um Rechte, um die Macht im Staat. Genaugenommen wird die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital widerspiegelt.

Diese Herangehensweise erleichtert das Lernen aus der Geschichte. Sie ermöglicht nicht nur die Veränderungen, sondern auch die Kontinuität kapitalistischer Herrschaft und des Kampfes der organisierten Arbeiterbewegung gegen diese zu erkennen. Sie schärft den Blick für historische Prozesse und beugt den schnellen, oft falschen oder nur kurzatmig taktischen Parallelisierungen vor. Das Herausarbeiten der Kontinuität des Kampfes der Arbeiterbewegung macht es im Grunde genommen auch erst möglich, Niederlagen zu verarbeiten und aus der Entwicklung Kraft und Selbstbewußtsein zu schöpfen. Der Gesamtüberblick wird in fünf Etappen eingeteilt:

- von der Herausbildung der organisierten Arbeiterbewegung im Gefolge der bürgerlichen Revolution (1848) bis zum Fall des Sozialistengesetzes (1890);
- vom Fall des Sozialistengesetzes bis zur Novemberrevolution (1918);

- von der Novemberrevolution bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur (30. Januar 1933);
- von der faschistischen Diktatur bis zur Befreiung vom Faschismus (8. Mai 1945);
- von der Befreiung vom Faschismus bis zur Gründung des DGB (1949).

Diese Einteilung orientiert die Dokumentation auf historische Entscheidungssituationen, auf Wendemarken. Auf diese laufen die Kämpfe der jeweiligen Etappen zu, und in diesen sind alle Elemente, Strömungen und Kräfte zugleich konzentriert und erkennbar. Dieser Orientierung entspricht die Akzentsetzung innerhalb der einzelnen Etappen.

In der ersten Etappe steht naturgemäß der Kampf um die Organisation im Zentrum. Der Akzent der zweiten Etappe läßt sich bezeichnen als das Spannungsverhältnis von ökonomischem und politischem Kampf. Die Probleme von Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung akzentuieren die dritte, der Widerstand gegen den Faschismus die vierte Etappe. Abschließend in der fünften Etappe stehen der Neubeginn und die Lehren aus der Niederlage gegen den Faschismus im Zentrum.

Es ist nicht möglich, hier diese Akzentsetzung detailliert zu beschreiben. Sie bedeutet nicht, daß andere Themen und Bereiche einfach ausgeblendet werden. Es erfolgt lediglich eine Konzentration auf die Grundlinien der Entwicklung.

Für den Gebrauch dieser Dokumentation in der Geschichts- und Bildungsarbeit ist es von Vorteil, daß das Material solcherart strukturiert und gewichtet vorgelegt ist. So wird ein Weg gewiesen, denn: eines der größten Probleme für das Lernen aus der Geschichte ist es, sich nicht im Dickicht des historischen Materials zu verlieren. Natürlich wird mit einer solchen Akzentsetzung ebenso wie mit der Auswahl selbst interpretiert. Das ist den Herausgebern bewußt. Es tut der Dokumentation indes keinen Abbruch, denn sie hält sich an einige Grundsätze, die im Umgang mit der Geschichte auch in den Gewerkschaften noch nicht immer selbstverständlich sind:

Dokumentiert werden durchgängig die soziale Lage der abhängig Beschäftigten, die Tarifkämpfe und die Politik der Unternehmer und des Staates. Die materielle Basis strategischer und ideologischer Positionen, Differenzen und Debatten sozusagen, wird stets beachtet und dokumentiert. Das ist, wenn man etwa an die Massenstreikdebatte und den antimilitaristischen Kampf vor dem 1. Weltkrieg oder die unterschiedlichen Positionen vor 1933 denkt, nicht unwichtig für ein realistisches Verständnis. Besonders hierdurch wird die Sammlung auch interessant für die gewerkschaftliche Tagesarbeit und bietet eine Fülle überraschend und bisweilen auch bedrückend aktueller Dokumente. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang nur einige ausführlichere wie Wilhelm Liebknechts Artikelserie über den Normalarbeitstag von 1885, das Flugblatt des Vorstandes der Sozialdemokraten Württembergs über die Ursachen und Folgen der kapitalistischen Krise von 1890/93, die Stellungnahme der Metallindustriellen zu gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitszeitforderungen vom 1. Mai 1897, die Stellungnahmen zum Streikbruch des Gewerkvereins christlicher Arbeiter von 1912, die Dokumente zur Praxis der Schwarzen Listen bei Lanz Mannheim von 1903 und zum Generalstreik gegen den Lohnsteuerabzug in Württemberg von 1920, die Stellungnahme der Bezirksleitung Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) zur Rationalisierungskrise von 1925/26, die Dokumente zu Streik und Schlichtung in der Berliner und Württemberger Metallindustrie von 1930, die Antwort der Gewerkschaften auf die Forderung der Unternehmer nach einem Sofortprogramm zum Abbau sozialer Rechte von 1931, den ADGB-Plan zur Arbeitsbeschaffung (WTB-Plan) von 1931, die Leitgedanken zur Betriebsordnung von Daimler 1937, die vertrauliche Anordnung des Reichsarbeitsministers an die Reichstreuhänder der Arbeit betreffend die Lohngestaltung im Kriegsfall von 1939 und schließlich den Artikel von Edo Fimmen, dem Vorsitzenden der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der 1931 in der Metallarbeiter-Zeitung, dem Organ des DMV, über Kriegsgefahr und Gewerkschaftsbewegung berichtete.

An diesen wenigen Beispielen wird zugleich deutlich, daß die Herausgeber damit auch einen Schritt tun, einen Mangel und eine noch immer recht spürbare Einseitigkeit unserer Geschichtsarbeit zu beseitigen. Sie beschäftigt sich oft noch zu sehr mit den Be-

herrschten und studiert zu wenig die Strategie und Taktik der Herrschenden. Denn: vieles an der Geschichte der Arbeiterbewegung wird erst durch das Studium des Gegners verständlich.

– Unterschiedliche Positionen bei Kontroversen innerhalb der Arbeiterbewegung werden dokumentiert. Es gilt der Grundsatz, alle Positionen für sich selbst sprechen zu lassen.

– Dokumentiert werden nicht nur Fehler, sondern auch die Fähigkeit und Kraft, diese Fehler immer wieder selbstkritisch zu überwinden. So wird nicht nur der Marsch von Partei und Gewerkschaften ins Lager der Kriegspartei 1914 nachgezeichnet, sondern auch die kritische Verurteilung der Kriegspolitik der Gewerkschaften durch Robert Dißmann, den späteren DMV-Vorsitzenden auf der 14. Generalversammlung des DMV 1919 in Stuttgart. Belegt wird nicht nur das Zurückweichen von SPD und Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) vor der faschistischen Gefahr durch Tolerierungs- und Anpassungspolitik, sondern auch die selbstkritische Korrektur dieser Politik im Prager Manifest von 1934, im Widerstand und in der unmittelbaren Nachkriegsprogrammatik und -politik. Nicht nur die falsche RGO-Politik der KPD wird dokumentiert, sondern auch deren Korrektur auf der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935.

Dokumentiert wird nicht nur die Spaltung, die zu Niederlagen, sondern auch die Einheit, die zu Erfolgen geführt hat, sei es beim Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, beim gemeinsamen von Otto Wels und Ernst Thälmann unterzeichneten Gesetzentwurf von SPD und KPD im Kampf für die Fürstenenteignung, im antifaschistischen Widerstandskampf oder dem gemeinsamen Neubeginn nach der Befreiung vom Faschismus in den Einheitsgewerkschaften und einer politisch weitgehend einheitlichen Arbeiterbewegung. Das alles macht den übersichtlich aufgebauten, mit Zeitafeln, Tabellen, Abkürzungsverzeichnis, Firmen- und Sachregister versehenen Band zu einem wirklich brauchbaren Arbeitsbuch für die Gewerkschaftsarbeit.

Im Nachwort zu dieser Dokumentation schreibt Franz Steinkühler: „Gewerkschafter haben in der langen Geschichte ihres Kampfes den Blick stets nach vorn gerichtet. Immer gehörten sie zu den Hoffnungsträgern und, so oft sie auch in die Knie gezwungen wurden, ihre Vorstellung von einer menschlichen Zukunft gab ihnen die Kraft, wieder aufzustehen und den begonnenen Weg fortzusetzen. Damals wie heute gilt: Wer etwas bewegen will, muß sich geschichtlicher Bewegung bewußt sein, muß in der Lage sein – manchmal auch die Kraft und den Mut haben –, aus seiner eigenen Geschichte Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Nichts anderes bedeutet das Lernen aus der Geschichte. Wir haben es nicht nötig, Versäumnisse der Gegenwart mit dem Lorbeer der Vergangenheit zuzudecken. Wir haben nicht das Bedürfnis, uns im Glanz längst vergangener Siege zu sonnen. Aber wir Gewerkschafter bekennen uns zur Geschichte, zu unserer Geschichte, zur großen Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir haben damit begonnen, unsere eigene Geschichte zurückzugewinnen, um zu verhindern, daß die tödlichen Fehler von gestern aus Unwissenheit wiederholt werden. Das Lernen aus der Geschichte ist seit Jahren zu einem festen Bestandteil unserer Arbeit geworden. Jahrestage werden nicht mehr vergessen. Kampftage wie der 1. Mai, der Antikriegstag am 1. September und der Internationale Frauentag am 8. März sind feste Termine in unserem Kalender geworden.“

Damit umreißt Steinkühler noch einmal die Grundposition dieser von den Herausgebern Willi Bleicher gewidmeten Dokumentation. Viele Erfahrungen aus dem von Widersprüchen und Konflikten nicht freien Prozeß der Wiedergewinnung unserer Geschichte sind in dieses Buch eingegangen. Deswegen kann es auch bei der Weiterentwicklung des Lernens aus der Geschichte eine Hilfe sein: als Geschichtsbuch und Nachschlagewerk für den Gewerkschafter, als Arbeitsbuch für Seminare, als Arbeitshilfe für lokale oder regionale Geschichtsprojekte, als Vorbild für weitere Dokumentensammlungen zu spezifischen Problemstellungen und Entwicklungen.

Allen, sagt Ernst Eisenmann, heute Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart, in seinem Geleitwort, ist ein Grundstock mitgegeben und ein Fundament gelegt, auf dem sie weiterbauen können. Dem ist nur eins hinzuzufügen: Machen wir uns an die Arbeit. Walter Weller

Vorstand der IG Metall will kein Verfahren gegen Norbert Blüm

Am 8. Oktober schrieben Hans Mayr und Franz Steinkühler einen Brief an die Organisation zum Thema „Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ gegen den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm. Er hat folgenden Wortlaut:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der letzten Zeit häufen sich Anfragen von Mitgliedern und Gremien der IG Metall auf örtlicher und bezirklicher Ebene, warum nicht gegen den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, ein „Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ eingeleitet wird.

Der Vorstand der IG Metall hat Verständnis für die zunehmende Verärgerung der Mitgliedschaft über die Politik der Bundesregierung. Er hat mehrfach klargestellt, daß die Politik der Bundesregierung dazu führt, den in jahrelangen Kämpfen errungenen sozialen Besitzstand abzubauen und Arbeitnehmerschutzrechte einzuschränken. Der Vorstand der IG Metall ist sich in Übereinstimmung mit allen Gremien und der überwiegenden Zahl der Mitglieder unserer Organisation einig, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung nicht nur die Sozialpolitik der Bundesregierung repräsentiert, sondern auch für deren Inhalte persönlich verantwortlich zeichnet.

Unabhängig hiervon ist der Vorstand gleichwohl der Auffassung, daß der arbeitnehmerfeindlichen Politik der Bundesregierung und speziell ihrer Sozialpolitik nicht mit administrativen Maßnahmen, sondern politisch entgegengetreten werden muß.

Der Bundesminister für Arbeit wurde nicht von der IG Metall in sein Amt delegiert. Der zu respektierende Tatbestand, daß auch ein beachtlicher Anteil von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern die derzeitige Bundesregierung gewählt hat, kann und soll nicht mit einem Ausschlußverfahren verändert werden.

Dies gilt um so mehr, als wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß Verfahren nach § 11 der Satzung kein Instrument zum Austragen unterschiedlicher politischer Auffassungen sind.

Norbert Blüm ist Mitglied der IG Metall und hat als solches das Recht, mit der Politik unserer Organisation nicht in allen Punkten einverstanden zu sein. Umgekehrt hat auch jedes Mitglied das Recht, Norbert Blüms Politik für falsch und unsolidarisch zu halten und ihm dies mitzuteilen.

Die Gewerkschaften können kein Korrekturinstrument für getroffene Wahlentscheidungen sein. Die Politik der Bundesregierung kann auch nicht durch den Ausschluß eines ihrer Mitglieder aus der IG Metall korrigiert werden.

Wir bitten, bei der Behandlung dieses Themas in diesem Sinne zu argumentieren.

Mit freundlichen Grüßen
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Vorstand

gez.:
Hans Mayr

gez.:
Franz Steinkühler

In diesem Brief fällt auf, daß sich Mayr und Steinkühler mit keinem Wort dazu äußern, ob die Handlungen Blüms gewerkschaftsschädigend sind oder nicht. Der Politik der Bundesregierung politisch entgegenzutreten, schließt doch nicht aus, das Verhalten des IG-Metall-Mitglieds Blüm konkret zu untersuchen.

Im § 11 der Satzung heißt es: „Mitglieder, die nachweislich die Interessen der IG Metall schädigen ... können nach der Durchführung eines Untersuchungsverfahrens aus der IG Metall ausgeschlossen werden.“ Können, nicht müssen!

Selbstverständlich ist ein Verfahren nach § 11 kein Instrument zum Austragen unterschiedlicher politischer Auffassungen. Den Mitgliedern der IG Metall, die ein Verfahren gegen Blüm wollen, geht es doch nicht um dessen politische Auffassungen, sondern um seine gewerkschaftsschädigenden politischen Handlungen.

Als der Bundesgerichtshof in Karlsruhe Anfang Oktober bestätigte, daß die Mitglieder der Plakatgruppe um Willi Hoss nicht mehr in die IG Metall aufgenommen werden müssen, erklärte Hans Mayr: „Es ist und bleibt das gute Recht der IG Metall, Personen fernzuhalten, denen nichts an solidarischer Interessenvertretung liegt, die vielmehr keine Gelegenheit auslassen, die IG Metall, ihre Politik und ihre gewählten Vertreter zu verunglimpfen.“ Frage: Wird in der IG Metall mit zweierlei Maß gemessen? H. Sch.

Wirtschafts- und Sozialräte

Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 2. Oktober ein Konzept für die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich beschlossen. Es soll als „unverzichtbarer Bestandteil einer Politik zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise verstanden werden. Kernstück dieses Konzepts ist die bekannte DGB-Forderung nach Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene, wie sie schon seit 1971 vertreten wird. Jetzt hat der DGB sie in die Form eines Programms gekleidet.

„Die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung“, heißt es in dem Programm, „soll dazu beitragen, daß Arbeitnehmerinteressen rechtzeitig und umfassend in staatliche Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einfließen.“ Aufeinander abgestimmte Rahmenpläne auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene seien notwendig, in denen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen zusammengefaßt und gegeneinander abgewogen werden müßten, um ein auf Vollbeschäftigung und qualitatives Wachstum gerichtetes Handeln zu ermöglichen.

Insbesondere vier Aufgaben soll die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung haben: Initiativen für Problemlösungen gegenüber Regierungen und Parlamenten und in der Öffentlichkeit zu ergreifen; Absichten und Maßnahmen der staatlichen Seite zu begutachten und zu kontrollieren; auf Koordinierung aller Schritte zu drängen; eine größere Transparenz staatlichen Handelns in der Öffentlichkeit herzustellen.

Die institutionelle Ausgestaltung der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung soll durch die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten erfolgen, „die paritätisch aus Vertretern von Arbeitgeber- und Unternehmensverbänden einerseits und der Spitzenverbände der tariffähigen Gewerkschaften andererseits zusammengesetzt sind“. Solange die Wirtschafts- und Sozialräte nicht realisiert sind, sieht der DGB in der Errichtung von „Strukturräten“, die als Beratungsorgan bei den jeweiligen Regierungen zu bilden wären, eine „kurzfristig realisierbare Zwischenlösung“. Diese hätten die oben genannten Aufgaben wahrzunehmen. Parallel dazu sollen die Handwerks- und Landwirtschaftskammern paritätisch besetzt werden.

Das ganze Konzept ist auf eine bessere „Zusammenarbeit“ von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften angelegt, wobei den Gewerkschaften keinerlei Erzwingungsrechte in bezug auf die Vornahme oder Unterlassung von Maßnahmen der Unternehmer oder des Staates zugesprochen sind. Somit würden Erkenntnisse in den Struktur- bzw. Wirtschafts- und Sozialräten wieder nur „Muster ohne Wert“ sein. G. S.

Gewerkschaftsfrauen der ÖTV bringen Kongreß in Schwung

Als Forum zur tarifpolitischen Auseinandersetzung mit den Unternehmern des öffentlichen Dienstes wollten die Delegierten die Fortsetzung des ÖTV-Gewerkschaftstages am 9. Oktober in Karlsruhe nicht nutzen. Von Anfang an konzentrierten sie sich ausschließlich auf die Beratung der noch ausstehenden 300 Anträge. Der „Schwung von München“ zur kritischen Überprüfung gewerkschaftlicher Standortbestimmung und der Praxis der Interessenvertretung wurde von den ÖTV-Frauen in Gang gehalten, die als Minderheit unter den Delegierten einige bedeutsame Abstimmungserfolge errangen.

Erster Schwerpunkt in der Antragsberatung war zunächst aber einmal die Haltung der ÖTV zur weiteren Nutzung der Kernenergie. Aus dem Bezirk Niedersachsen oder auch von der Bundesjugendkonferenz lag das Votum für einen Ausstieg aus der Atomenergie vor, da sich die Prognosen über den Energiebedarf nicht bestätigen hätten und die Frage der umweltverträglichen Entsorgung nicht gelöst sei. Der Bezirk Bayern etwa plädierte für die Absage an Systeme wie den schnellen Brüder und verlangte, auf einen weiteren Ausbau dieses Energiesektors zu verzichten.

Demgegenüber machten vor allem die Beschäftigten aus diesem Bereich auf ihr Interesse am Erhalt ihrer Arbeitsplätze aufmerksam und verlangten von der Organisation – besonders auch im Hinblick auf den überdurchschnittlich hohen Organisationsgrad in den Energiebetrieben – eine ungebrochene Vertretung durch die Gewerkschaft. Nach intensiver Debatte einigte man sich mehrheitlich auf die Position: sowenig Atomenergie wie möglich, soviel aber auch wie unbedingt notwendig. Im Hinblick auf ein sinnvolles wirtschaftliches Wachstum, das gerade die Probleme des Umweltschutzes besser in den Griff bekommen müsse, will man auf diesen Energieträger nicht verzichten. Im Konfliktfall, so bestimmt der angenommene Antrag 788, soll die volkswirtschaftliche Notwendigkeit Vorrang haben. Für den Hauptvorstand sagte Monika Wulf-Mathies zu, die Leitsätze der ÖTV zur leitungsgebundenen Energieversorgung zu überarbeiten.

Für den Bereich der Sozialpolitik umriß der Gewerkschaftstag noch einmal die Positionen in einer Grundsatzentscheidung (siehe Einhefter). Zugleich wurde die ÖTV aber darauf verpflichtet, auf betrieblicher, örtlicher und bundesweiter Ebene Aktionen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen. Kontroverse Diskussionen gab es um Einzelprobleme wie die Beurteilung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Aufgrund der fragwürdigen Praxis, ABM als Ersatz für notwendige Planstellen und als „Durchlaufrhitzer“ für Arbeitslose zu nutzen, wandten sich Delegierte grundsätzlich gegen solche Maßnahmen. Auch hier

einigte man sich auf die Kompromißformel, daß dem Mißbrauch von ABM und damit auch dem Mißbrauch von Arbeitslosen konsequenter Einhalt geboten werden müsse. Angesichts der Arbeitslosenstatistik wollte man auf dieses – wenn auch bescheidene – Mittel der Arbeitsmarktpolitik nicht verzichten.

Ihre große Stunde hatten bei den Beratungen in Karlsruhe ganz unbestreitbar die Gewerkschaftsfrauen. Bei drei Anträgen konnten sie sich – obwohl auf dem Kongreß mit einem Anteil von 12,2 Prozent der Delegierten in der absoluten Minderheit – gegen das Votum der Antragskommission

IG Metall will sich überall verstärkt technischer Intelligenz zuwenden

Am 12. Oktober 1984 führte die IG Metall im Darmstädter Hotel „Maritim“ eine Konferenz „Die technischen Angestellten im Computerzeitalter“, kurz auch Ingenieurtagung genannt, durch. Die Hauptreferate hielten die beiden geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Lutz Dieckerhoff und Karl-Heinz Janzen. Während Dieckerhoff der Frage nachging, ob die technischen Angestellten auf ihre zukünftige Arbeit vorbereitet sind, arbeitete Janzen die vorhandenen Widersprüche zwischen Rationalisierung und Humanisierung heraus.

Ohne den Sachverstand und die Beratung der Techniker, Naturwissenschaftler und Ingenieure, meinte Dieckerhoff, sei es für die Gewerkschaft nicht möglich, Einfluß auf die Richtung und Gestaltung zukünftiger Technologieentwicklung zu nehmen. Durch den massenhaften Einsatz technologisch vernetzter Systeme würde zunehmend auch die Existenz vieler Angestellten gefährdet. Diese auch technische Angestellte, würden dem Technologieeinsatz noch unkritisch gegenüberstehen und sich nicht selbst betroffen fühlen, obwohl die Rationalisierung schon begonnen ha-

durchsetzen. Das war der Fall bei einem Antrag, der das gesetzliche, zumindest aber das tarifvertragliche Verbot der Beschäftigung von Schwangeren an Bildschirmgeräten forderte (A 945). Mit dem schlüssigen Argument, daß die Unternehmer erst einmal einen Nachweis erbringen müßten, falls Bildschirmarbeit unschädlich sei, überzeugten sie den Kongreß und erhoben den als Material ausgewiesenen Antrag zum Beschluß.

Die Argumentationskraft schließlich verhalf auch zur Durchsetzung in der sehr umstrittenen Frage des § 218. Entgegen der Empfehlung der Antragskommission beharrten die Frauen darauf, daß nach Auffassung der ÖTV der § 218 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden solle. Sie wiesen nachdrücklich darauf hin, daß Strafverfolgung noch zu keiner Zeit Einfluß darauf nehmen konnte, daß, sondern lediglich unter welchen Umständen ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werde. Sie stellten in der Diskussion klar, daß eine moralische Entscheidung, die so tief in der Persönlichkeit verwurzelt sei, nicht mit den Maßstäben des Strafgesetzbuches beurteilt werden könne. Das gewerkschaftspolitische Engagement der Frauen auf dieser Beratung kann dazu beitragen, daß auch ihr dritter Sieg, nämlich künftig eine Bundesfrauenkonferenz der ÖTV durchzuführen, Impulse für die gesamte Organisation vermitteln kann.

Renate Bastian

be, ihre eigenen Kinder zu fressen, und die Zahl der arbeitslosen Ingenieure und Naturwissenschaftler in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen habe.

Allein in den letzten beiden Jahren sei die Zahl der registrierten arbeitslosen Angestellten um über 25 Prozent auf jetzt 769 227 gestiegen. Dies seien rund 36 Prozent aller registrierten Arbeitslosen. Die Zahl der arbeitslosen Ingenieure und Naturwissenschaftler habe in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Von 1980 bis 1983 stieg sie um 119 Prozent auf 21 700 und bei den Hochschulabgängern sogar um 162 Prozent. Gefährdet seien vor allem Ältere und Berufsanfänger. Nach Einschätzung Dieckerhoffs werde sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen, denn die Zahl der Ingenieurabsolventen steige, während die der Arbeitsplätze abnehme.

Die Anforderungen an die Gewerkschaften seien gestiegen, der Strukturwandel bei den Beschäftigten von den Arbeitern hin zu den Angestellten schreite weiter fort, wobei die Gruppe der vollschulisch oder akademisch Ausgebildeten überpro-

portional zunehme. Aber während die Arbeiter zu rund zwei Dritteln organisiert sind, liegt der Organisationsgrad der Angestellten unter einem Viertel. Die Zukunft der IG Metall hänge daher ganz wesentlich davon ab, wie es gelinge, mehr Angestelltenmitglieder zu gewinnen und sie zu einer aktiven Mitarbeit zu motivieren. Deshalb müßten Akademiker und Schüler schon an den Hochschulen und Schulen angesprochen werden.

Um die Angestelltenarbeit zu intensivieren, brauche die IG Metall mehr Vertrauensleute im Angestelltenbereich. Die Zahl der Vertrauensleute im Angestelltenbereich habe aber abgenommen. Es sollte daher nicht davor zurückgeschreckt werden, zunächst einmal Vertrauensleute zu benennen, um überhaupt eine Grundlage für die Gewerkschaftsarbeit zu bekommen. Die IG Metall wolle, entsprechend der Beschlußfassung des Gewerkschaftstages, überall Arbeitskreise für Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker aufbauen.

Karl-Heinz Janzen stellte fest, daß technisch-wissenschaftliche Fachkräfte nicht nur für die technische Realisierung von kurzfristigen Gewinnzielen mißbraucht würden, sondern zugleich auch Betroffene des Prozesses sind, den sie im Auftrag der Unternehmer vorantreiben. Die IG Metall wolle ein Bündnis mit den Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern.

Auf der Novembersitzung werde der Vorstand ein Aktionsprogramm Arbeit und Technik verabschieden. Mit diesem wolle die IG Metall Einfluß auf die Gestaltung von Arbeit und Technik nehmen. Es breche mit dem jahrzehntealten Fortschrittsglauben der Gewerkschaften, denn die Rationalisierungsbilanz sei negativ. Es gebe aber Alternativen zur kapitalintensiven Rationalisierung. Bei ihrer Entwicklung müßten die technisch-wissenschaftlichen Fachkräfte mithelfen. Den herrschenden Technikprinzipien müsse technologischer Sachverstand entgegengesetzt werden, der sich an humanen und sozialen Kriterien orientiert.

Janzen plädierte dafür, IG-Metall-Arbeitsgemeinschaften von Studenten an Fachhochschulen, Technischen Hochschulen und Technischen Universitäten mitzubegründen und zu unterstützen.

In der Diskussion wurde über Erfahrungen bereits arbeitender Arbeitskreise von Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern berichtet, die allerdings zum Teil noch auf einer sehr schmalen Basis wirkten. Am Anfang, meinte Klaus Hoppe, dürfe nicht die Mitgliederwerbung, sondern die Arbeit stehen. Jürgen Stamm begründete, warum die Bildung von Arbeitskreisen überall notwendig sei. Sie müßten allerdings von der Organisation organisatorisch und finanziell unterstützt werden, wenn sie wirksam werden sollten. Es komme nicht darauf an, in erster Linie zu produzieren, sondern sich den konkreten betrieblichen Problemen zuzuwenden.

Heinz Schäfer

Durch Programm „Arbeit und Umwelt“ will BSE Beschäftigung sichern

Am 20. und 21. Oktober führte die IG Bau-Steine-Erden (BSE) im Kasseler Parkhotel Hessenland ihre Bundeskonferenz der Poliere und Meister '84 durch. In seiner Begrüßungsansprache hatte das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Bau-Steine-Erden, Jürgen Jöns, darauf verwiesen, daß auch Poliere und Schachtmeister ihren Arbeitsplatz verloren hätten. Manche seien zum Facharbeiter zurückgestuft worden. Von 1980 bis jetzt ist die Zahl der Poliere, Schachtmeister und Meister von 41 420 auf 37 262 zurückgegangen, davon sind rund 14 000 gewerkschaftlich organisiert.

Das von der IG Bau-Steine-Erden geforderte Investitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ zeige, so Jöns, einen Weg zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Würde es realisiert, „dann hätten Generationen von Bauschaffenden Arbeit genug“.

Hart ging der Bundesvorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Konrad Carl, mit der Wenderegierung ins Gericht. Er kritisierte die Aushebelung des sozialen Systems und damit die „Verordnung einer neuen Armut“. In kürzester Zeit habe diese Regierung es verstanden, auf den sozialpolitischen Stand von 1968 zurückzukehren. Die „Politik der Wende“ sei nichts anderes „als eine Hinwendung zum Selbstbedienungsstaat der Unternehmer“.

Scharf kritisierte Carl insbesondere das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz, das jetzt vorgelegt wurde. Hier werde die unsoziale Arbeit auf Abruf festgeschrieben, Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen endgültig der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sowie der Leiharbeit weitere Türen geöffnet. Besonders einschneidende Veränderungen gebe es im Bereich der Sozialpläne. Wenn die Möglichkeit für die Betriebsräte ausgehöhlt werde, wenigstens einen kleinen Ausgleich für die durch die Entlassung entstehenden Nachteile durchsetzen zu können, verlöre das Betriebsverfassungsgesetz in diesem Punkt an Schutzfunktion. Dies wertete Carl als einen Angriff auf die Mitbestimmungsrechte. Er berichtete auch darüber, daß sich in letzter Zeit die Angriffe auf die Ausgleichskassen häuften. Am liebsten sähen Unternehmer, daß die Zusatzversorgungskassen liquidiert würden. Die Gewerkschaft müsse diese Angriffe ernst nehmen.

Obwohl 1983 die Auftrags- und Produktionsentwicklung im Baugewerbe positiv verlaufen ist, waren im Jahresdurchschnitt 150 000 Bauarbeiter arbeitslos. Die Anzahl der Kurzarbeiter lag im Dezember 1983 bei fast 100 000. In diesem Jahr werde es aber wahrscheinlich keine Zunahme der Produktion geben. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter habe im September 1984 um 20,7 Prozent über dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres gelegen. Drastisch sei auch die Zahl der Kurzarbeiter gestiegen.

Um die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft wirksam bekämpfen zu können, habe die IG Bau-Steine-Erden die Forderung nach einem Investitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ aufgestellt. Der Umweltschutz umfasse so vielfältige Investitionsbereiche wie Wasserkklärwerke, Umgehungsstraßen, Luftverbesserung, Lärmschutz, Energieversorgung, Sanierung von Mülldeponien, Wohnumfeldverbesserung sowie Stadt- und Dorferneuerung. Die Gewerkschaft fordere ein Investitionsvolumen von 15 Milliarden DM. Damit könnten sehr rasch 400 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden. Über dieses Programm könne es gelingen, der Bauwirtschaft ein neues wirtschaftliches Standbein zu schaffen und neue Arbeitsplätze anzubieten, sagte Carl. Zur Konkretisierung des Programms wird die Gewerkschaft am 28./29. März 1985 in Nürnberg eine Fachtagung durchführen. Vor Ort sollen, wo es sich anbietet, Arbeitskreise eingerichtet werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Friedrich-Adolf Jahn, machte auf der Konferenz deutlich, daß die Gewerkschaft bei dieser Regierung, außer schönen Worten, auf nichts rechnen kann. Jahn plädierte für einen Abbau bauwirtschaftlicher Kapazitäten und lehnte unmißverständlich staatliche Ausgabenprogramme ab.

In seinem Referat „Tarifpolitik für Poliere und Meister“ stellte Jürgen Jöns fest, daß diese mit der Höhe ihres Gehalts unzufrieden sind. Die Spanne zum Facharbeiterlohn habe sich wesentlich verringert. Jöns will daher wieder eine schrittweise Erhöhung des Abstandes der Poliergehälter zu den Facharbeiterlöhnen, eine bessere Ausbildung der Poliere und deren Finanzierung auch durch die Unternehmer sowie den weiteren Ausbau des 13. Monats-einkommens bis zu 100 Prozent. Der Urlaub müsse auf 6 Wochen verlängert werden. Die Gewerkschaft lasse sich nicht einreden, daß dieses Ziel durch die Freistellung zwischen Weihnachten und Neujahr bereits erreicht sei. Jöns verwies allerdings darauf, daß der Rahmentarifvertrag erst zum Ende des Jahres 1987 kündbar ist.

Heinz Schäfer

Arbeitskampf mit Impulsen für die Kulturarbeit

Keine andere soziale Auseinandersetzung der letzten Jahre hat vergleichbar große Impulse auf die gewerkschaftliche Kulturarbeit ausgeübt wie der Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche. Dabei beschränkten sich die Aktivitäten keineswegs auf die IG Metall und die IG Druck und Papier, sondern in nahezu allen Gewerkschaften offenbarten sich unausgeschöpfte Potenzen für eine eigene Kulturarbeit. Noch niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik entfaltete sich eine ähnlich breite gewerkschaftliche Kultur.

Dieser Aufschwung resultiert vor allem daraus, daß

- trotz mancher Mängel bei der innergewerkschaftlichen Mobilisierung die überragende Bedeutung des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung für die Gewerkschaftsbewegung von sehr vielen aktiven Gewerkschaftern frühzeitig gesehen wurde,

- dieser Kampf nur durch breiteste Streikbereitschaft und solidarische Unterstützung der anderen Gewerkschaften erfolgreich geführt werden konnte, wobei über die Schwere dieses Kampfes von vornherein weitgehende Klarheit bestand,

- der gewerkschaftlichen Kulturarbeit bereits in den letzten Jahren vielerorts eine größere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist und daß

- der DGB in einem zuvor noch nicht bekannten Maße koordinierend tätig geworden ist, was sich sowohl auf den Arbeitskampf als auch die Kulturarbeit bezog.

Nicht nur bereits vorher aktive Kulturgruppen erarbeiteten Programme zur 35-Stunden-Woche, sondern auch bislang kulturell noch nicht aktive Kollegen studierten Lieder und Sketche ein, gestalteten Plakate und Stellwände, griffen zum Fotoapparat oder zur Filmkamera, erarbeiteten Streikzeitungen. Vielfach beteiligten sich an den Aktivitäten auch Berufskünstler. Als besonders wertvoll erwies sich dabei die Aktivität der Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand, die alle gewerkschaftlichen Kulturgruppen und professionellen Künstler aufrief, künstlerische Beiträge zur Unterstützung des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung zu schaffen. Über schriftliche Kurzinformationen unterrichtete sie die verschiedenen Gewerkschaften über die vorliegenden Angebote.

Zugleich zeigten die vergangenen Monate aber auch noch deutlicher die Mängel der gewerkschaftlichen Kulturarbeit auf. Keineswegs überall wird diesem Teil der Gewerkschaftsarbeit bereits die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. „Allein durch Kulturarbeit sind Änderungen gesellschaftlicher Verhältnisse nicht möglich“, wie der Leiter der Abteilung Kulturpolitik beim

DGB-Bundesvorstand, Oswald Todtenberg, zu Recht betont. Aber sie könne „Mut machen, sein eigenes Leben in die Hand zu nehmen. Sie kann zur vielseitigen Entfaltung der Persönlichkeit beitragen.“

Keineswegs darf gewerkschaftliche Kulturarbeit als Ersatz für andere gewerkschaftliche Aktivitäten mißbraucht werden, wie es hin und wieder zu beobachten ist. Aber sie darf auch nicht zu einer Freizeitgestaltung degradiert werden, die im Streitfall grundsätzlich zugunsten der übrigen Gewerkschaftsarbeit zurückstehen muß. Gerade die jüngsten Erfahrungen

Gegen Ausländerfeindlichkeit in 14 Tagen durch 50 Städte

Der „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik“, der 14 Tage lang durch rund 50 Städte der Bundesrepublik führte, fand am 13. Oktober in Köln seinen Höhepunkt und Abschluß. Auf dem Roncalliplatz, im Schatten des Domes, appellierte der Gewerkschafter Werner Welskop an die demokratische Öffentlichkeit, sich jeder Diskriminierung ausländischer Arbeiter und ihrer Familien zu widersetzen. Notwendig sei der gemeinsame Kampf „gegen den widerwärtigen und gefährlichen Rassismus, gegen die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik“.

Unter starkem Beifall der mehr als 3000 Demonstranten und Kölner Bürger betonte der Vertrauensmann der IG Metall bei Opel Rüsselsheim, alle demokratischen Kräfte würden zu den Plänen der Bundesregierung, die Ausländerfeindlichkeit zu verschärfen, „entschieden nein sagen“. Mit der Verteufelung ausländischer Arbeiter solle „von der Verantwortung der etablierten Parteien, der Regierungen, der Großunternehmen und ihrer Verbände für die Wirtschaftskrise, für die Gefährdung all dessen, was wir uns in den vergange-

haben gezeigt, daß gut gestaltete kulturelle Beiträge manches Flugblatt oder Referat und manchen Infostand in ihrer Wirkung weit übertreffen. Wie das Verhältnis zwischen den einzelnen Bestandteilen der Gewerkschaftsarbeit allerdings konkret aussehen muß, läßt sich nicht abstrakt, sondern nur vor Ort bestimmen.

Deutlich wurde in den vergangenen Monaten ebenfalls, daß es für die gewerkschaftliche Kulturarbeit sehr positiv wäre, wenn es stärker als bisher gelingen würde, die gewerkschaftlich organisierten professionellen Künstler für die gewerkschaftliche Kulturarbeit zu gewinnen. Immerhin sind in der Gewerkschaft Kunst einige tausend Kolleginnen und Kollegen organisiert, deren auch kulturelles Engagement für die Gewerkschaften der Entfaltung einer Kultur der Lohnabhängigen nur förderlich sein könnte.

Für die nächste Zeit besonders wichtig wird es sein, die guten Ansätze der jüngsten Zeit produktiv zu nutzen und die gesammelten vielfältigen Erfahrungen auszuwerten. Leider gibt es bislang zu wenig Gelegenheiten, gewerkschaftsübergreifend und überregional über Fragen der gewerkschaftlichen Kulturarbeit zu diskutieren. Hierzu könnten auch die Gewerkschaftszeitungen einen großen Beitrag leisten, die sich bisher in weitgehender Abstinenz üben. Heinz Pahlke

nen Jahrzehnten erarbeitet und erstritten haben, abgelenkt werden“.

Der Mitinitiator des französischen Marsches der hunderttausend „Contre le Rassisme“, der katholische Priester Christian de Lorme (Lyon), sowie ein Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC überbrachten den Marsch- und Kundgebungsteilnehmern solidarische Grüße.

„Hoch die internationale Solidarität“, schallte es über den Domplatz, als sich Kay Sutcliffe, die Frau eines seit sieben Monaten streikenden englischen Bergarbeiters, für die weltweite Hilfe zugunsten der kämpfenden Kumpels bedankte. Sie bekräftigte die Entschlossenheit der britischen Bergarbeiterfrauen, ihre Männer in dieser „längsten industriellen Auseinandersetzung seit fast 60 Jahren“ bis zum erfolgreichen Ende des Streiks zu unterstützen.

Zuvor waren im traditionsreichen Kölner Arbeitervorort Ehrenfeld ausländische und deutsche Marschteilnehmer zur letzten

DGB-Solidarität '84: „Wir halten zusammen“

Zu einer bundesweiten Aktion hat der DGB-Bundesvorstand alle Einzelgewerkschaften und Mitglieder aufgerufen, um die Solidarität mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu unterstreichen. Unter dem Motto: „Wir halten zusammen: Einig in der Sache – solidarisch im Handeln“ wurden Ende Oktober rund 3,5 Millionen Flugblätter vor den Fabriktoren und Betrieben verteilt. Hiermit soll die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung auch für die rund 4 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes untermauert werden. Stellenabbau, Rationalisierung und Privatisierung gefährdeten in zunehmendem Maße auch die Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich. Verschlechterungen von Dienstleistungen und letztlich auch Verlust von Lebensqualität sei die Folge.

Kein rechtswidriger Einsatz von Feuerwehr

In einem Schreiben an den Bundesinnenminister forderte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Franz Holländer Ende Oktober, daß künftig Feuerwehrleute nicht mehr gegen Demonstranten eingesetzt werden dürften, wie dies während der

Etappe in die Innenstadt aufgebrochen. Sie zeichneten auch hier mit ihren roten Fahnen, den Friedenstauben und Spruchbändern ein buntes Bild. „Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit“, „Gleiche Rechte für alle“ und „Keine Verabschiedung der Zimmermann-Gesetze“ war da zu lesen. Auf großen blauen Luftballons leuchtete es in weißer Schrift: „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze – Arbeitsplätze statt Raketen“.

In Köln wie auch auf den vorangegangenen Etappen der beiden Marschsäulen, die in Hamburg und München aufgebrochen waren, erfuhren die Demonstranten immer wieder Sympathiebeweise der Bevölkerung. Die große Beteiligung von Bürgern, vor allem aber von Gewerkschaftern, an den Diskussionen und Veranstaltungen während der Aktion habe deutlich gemacht, daß Ausländerfeindlichkeit nicht aus der Bevölkerung komme, „sondern systematisch von Regierungen und Medien geschürt“ werde, erklärten Sprecher des Koordinierungsausschusses „Frankfurter Appell“.

Nach der Kundgebung fand in der Mensa der Kölner Universität ein internationales Treffen mit Podiumsdiskussion, Kinderfest, Kulturveranstaltungen und freundschaftlichen Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Bürgern statt. Ein Solidaritätskonzert am Abend in der Sporthalle begeisterte mehr als 6000 Besucher. hapebe

Herbstmanöver im hessischen Steinaulmbach geschehen sei. Die Feuerwehren hätten ausschließlich humanitäre Aufgaben und seien organisatorisch und rechtlich von der Polizei getrennt. Amtshilfe für Polizeiaufgaben dürfe nicht geleistet werden.

Gegen Abbau des Frauenarbeitsschutzes

Scharf kritisiert hat der Bundesfrauenausschuß der IG Chemie-Papier-Keramik Anfang Oktober den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines neuen Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetzes. Die Gewerkschafterinnen wandten sich nachdrücklich gegen jeglichen Abbau der Schutzbestimmungen und forderten statt dessen eine Arbeitsgesetzgebung, bei der Gesundheitspolitik und Humanisierung der Arbeit im Vordergrund stehen. Der Bundesfrauenausschuß forderte, daß entgegen den Flexibilisierungsstrategien der Unternehmer die Nachtarbeit für alle abhängig Beschäftigten eingeschränkt werden müsse.

Öffentlicher Nahverkehr: Jetzt Ausbau statt Abbau

In einer Aktionswoche Ende Oktober mit zahlreichen Veranstaltungen in mehreren Städten setzte sich die ÖTV Hessen für eine Erweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs und damit für die Schaffung einer besseren Umwelt und neuer Arbeitsplätze ein. Bundes- und Landespolitiker wurden aufgefordert, endlich die notwendigen und zugesicherten Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auch bereitzustellen. Im Interesse des Umweltschutzes solle für eine stärkere Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel geworben werden. Voraussetzungen hierfür seien allerdings verbesserte Leistungsangebote.

Soziale Ausrichtung von Forschung

Gegen eine „Industrialisierung von Forschung und Wissenschaft“ richtete sich Siegfried Bleicher, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Ende Oktober auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung. Er forderte eine interdisziplinäre Forschung zur Vorantreibung der Humanisierung der Arbeit. Dazu gehöre die Zusammenarbeit von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern mit Arbeitsmedizinern, Arbeitswissenschaftlern und Industrie- und Organisationssoziologen. In diesem Zusammenhang wiederholte er die gewerkschaftliche Forderung nach einem Institut für „Arbeit und Technik“.

PERSONALIEN

Günter Blank, Schulleiter im DPG-Bildungszentrum Gladenbach, wurde am 10. Oktober 60 Jahre alt und ging nach mehr als 30 Jahren hauptamtlicher Gewerkschaftsarbeit Ende Oktober in den Ruhestand. 1939 kam er als Kraftfahrzeughandwerker zur Post, besuchte 1950/51 die Akademie der Arbeit und wurde Sekretär in der Hauptverwaltung im Arbeiterssekretariat. Danach wechselte er als Bezirkssekretär nach Karlsruhe. Seit 1963 baute er maßgeblich die Jugendbildungsarbeit mit auf.

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Soziales, wird, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft zu berichten weiß, am 1. Mai 1985 auf der Veranstaltung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) in Saarbrücken als Hauptredner auftreten. Am Vorabend des 1. Mai wird er auf der zentralen Mai-Kundgebung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) das Wort ergreifen.

Günter Döding, 54, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, gehörte zum Gefolge von Bundeskanzler Helmut Kohl auf dessen China-Reise im Oktober. Die Reisegruppe zählte 131 Teilnehmer und flog mit zwei Großflugzeugen. Neben 17 hochkarätigen Wirtschaftskapitänen, z.B. aus den Häusern Siemens, Messerschmitt-Bölkow-Blom und Nixdorf, war Döding der einzige Gewerkschafter.

Wilfried von Loewenfeld, 41, ab 1980 Leiter des Beamtensekretariats und Mitbestimmungsreferates der Gewerkschaft ÖTV, wurde auf der Fortsetzung des Gewerkschaftstages in Wiesbaden am 9. Oktober zum Bundesbeamtensekretär gewählt. Er erhielt von 662 abgegebenen Stimmen 574 Jastimmen.

Gerd Muhr, 60, stellvertretender Vorsitzender des DGB, wurde Ende Oktober für die Periode von zwei Jahren zum Vorsitzenden des wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft gewählt. Diesem Beratungsgremium für den Ministerrat und die Kommission der EG gehört Muhr seit 1970 an. Der Ausschuß setzt sich aus 156 Mitgliedern aus 10 Ländern, Repräsentanten der abhängig Beschäftigten, der Unternehmer, der freien Berufe, der Verbraucher usw. zusammen. Muhr amtiert auch seit vier Jahren als Vizepräsident des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation.

Fritz Rath, 35, bislang Mitarbeiter einer Abgeordnetengruppe im Europa-Parlament, wurde auf der Sitzung des Exekutiv-ausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 11. und 12. Oktober in Brüssel zum „politischen Sekretär“ des EGB ernannt. Er trat die Nachfolge von **Ernst Piehl** an, der in eine neue Funktion nach Westberlin ging.

Kongreß „Frieden und Arbeit“: Für Krause – nicht für Krupp!

In der Vielzahl von Aktionen in diesem Friedensherbst hat auch der Kongreß „Frieden und Arbeit“ der DKP am 27. Oktober in Castrop-Rauxel seinen Stellenwert. Dieser ist besonders gekennzeichnet durch den Bündnischarakter und die Betriebsbezogenheit der Veranstaltung, denn es waren überwiegend kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte, Betriebs- und Personalräte, Jugendvertreter, Gewerkschafter und auch Kollegen der christlichen Denkweise, die in der Europahalle tagten und diskutierten; insgesamt rund 1700, unter ihnen Wissenschaftler und Kulturschaffende.

Die DKP hatte zu diesem Kongreß, dessen Betonung auf „Arbeiterkongreß“ lag, deshalb eingeladen, wie das Präsidiums- und Sekretariatsmitglied im Parteivorstand Werner Cieslak vorab in einem Interview erklärt hatte, um „dazu beizutragen, daß die Arbeiterbewegung noch stärker, noch aktiver ihre organisierte Kraft in diese lebenswichtigen Auseinandersetzungen einbringt“. Nach dem Referat des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies im Plenum und mehrstündigen Beratungen in vier Arbeitsgruppen konnte Cieslak in seinem Schlußwort, bezogen auf die Grundpositionen seiner Partei sowohl zu den Problemen der Friedenssicherung als auch des Arbeitslebens, resümieren: „Wir sind nicht für Krupp, wir sind für Krause!“

„Frieden sichern, Arbeit schaffen, solidarisch handeln – das sind heute die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung.“ Mit dieser Feststellung am Beginn seiner kurzen Rede machte Mies den Zusammenhang der Problemstellungen deutlich. Die Arbeiterbewegung müsse sich enger mit der Friedensbewegung verbinden, was die Gewerkschaften, die SPD und auch die DKP angehe.

Wörtlich meinte Mies: „Gut wäre es, wenn die betrieblichen Friedensaktivitäten verstärkt und die betrieblichen Friedensinitiativen dadurch unterstützt würden, daß sich Repräsentanten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht nur parallel und unabhängig voneinander, sondern gemeinsam für die Stärkung der Friedensbewegung engagieren. Die Weiterentwicklung und Stärkung der betrieblichen Friedensinitiativen ist ein unverzichtbarer Schlüssel für die Weiterentwicklung der ganzen Friedensbewegung, insbesondere der Verbindung von Arbeiter- und Friedensbewegung.“

Der DKP-Vorsitzende befaßte sich weiter mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus. Die DKP unterstütze die DGB-Forderung nach einem 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm und den Kampf um die 35-Stunden-Woche. Ebenso befürworte sie die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, die mit dem Recht der Gesetzesinitiative ausgestattet sein müßten. An Sozialdemokraten und

Grüne gerichtet, empfahl Mies: „Laßt uns in allen Teilen der Bundesrepublik und auf allen Ebenen Anti-Rechts-Koalitionen aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte links von der CDU schaffen!“

Stürmisch begrüßt wurde zu Beginn des Kongresses Joe Holmes, ein Funktionär der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM, der über den nunmehr achtmonatigen Streik von 165 000 Bergleuten berichtete und an die internationale Solidarität appellierte. Das Ergebnis: Eine Sammlung auf dem Kongreß erbrachte 11 460 DM.

Die meiste Zeit des eintägigen Kongresses war der Diskussion in vier Arbeitsgruppen mit folgenden Themen gewidmet: Der Kampf um Frieden; Der Kampf um Arbeit; Neue Kampfbedingungen und

Kampfformen; der Kampf der Jugend für Arbeit und Ausbildung. Wenngleich insgesamt über hundert Teilnehmer zu Worte kamen, so reichte dennoch die Zeit nicht, um die vielen aufgeworfenen Fragen ausdiskutieren. Auch in diesem Bericht ist es nicht möglich, die interessantesten Details dieser Diskussion zu vermitteln.

In der Arbeitsgruppe 2 etwa untersuchte man u. a. die Frage, ob es in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich ist, sinnvoll und erfolgreich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zumal sie schließlich erst in der sozialistischen Gesellschaft überwunden werden kann. Man kam zu der Schlußfolgerung, daß sie durchaus bei Realisierung gewerkschaftlicher Forderungen und Vorstellungen eingedämmt und zurückgedrängt werden kann, wie es auch möglich sei, den Kampf für die Friedenssicherung mit Erfolg zu führen, obgleich auch für Hochrüstung und Krieg der Kapitalismus die eigentliche Ursache ist.

Der Kongreß „Arbeit und Frieden“ endete mit der Verabschiedung eines Aufrufs zum gemeinsamen Handeln für Frieden, Arbeitsplätze, Lehrstellen und soziale Sicherheit (Auszug im Kasten). So wie am 20. Oktober die Menschenkette zwischen dem Duisburger Arbeitsamt und dem US-Militärstützpunkt im Hunsrück den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Arbeit und um Frieden demonstrieren sollte, so dürfte der DKP-Kongreß diese Problem- und Aufgabenverbindung im Bewußtsein der Teilnehmer und der engagierten Öffentlichkeit weiter vertieft haben.

Gerd Siebert

Aufruf

zum gemeinsamen Handeln für Frieden, Arbeitsplätze, Lehrstellen und soziale Sicherheit (Auszug)

In dieser gefährlichen Situation trägt die gesamte gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung der Bundesrepublik eine große Verantwortung, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten, ist ein Schlüssel zum Stopp der Kriegsvorbereitungen und der Militarisierung. Das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten gibt dem Zusammenwirken von Arbeiter- und Friedensbewegung neue, notwendige Impulse und stärkt die gesamte demokratische Bewegung unseres Landes. Deshalb gemeinsam:

- für Stationierungsstopp,
- für Abzug aller atomaren Erstschlagswaffen,
- Verbot aller ABC-Waffen,
- für Stopp und schrittweisen Abbau der Rüstungsausgaben,
- gegen jede Ausdehnung des Wehrdienstes ...

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik ist groß genug, um alle grundlegenden Bedürfnisse unseres Volkes ausreichend zu befriedigen, die Forderungen nach Arbeitsplätzen, Lehrstellen, Wohnungen, Krankheits- und Altersversorgung, Schulen und Umweltschutz. Deshalb gemeinsam:

- für Rationalisierungsschutz und gegen Massenentlassungen,
- für ein 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm,
- für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und weiteren Formen der Arbeitszeitverkürzung,
- für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion,
- für Steigerung der Massenkaufkraft ...

Atomkriegsgefahr und Massenarbeitslosigkeit entspringen dem Kapitalismus. Von diesem System hat das Volk nichts Gutes zu erwarten. Frieden und Arbeit gibt es nicht als Geschenk von oben. Ein Stopp der friedensgefährdenden, sozialreaktionären Bonner Politik und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt sind nur dann möglich, wenn politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zusammenwirken und gestärkt werden, wenn vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten solidarisch handeln!

Minus in der Rentenversicherung und viele amtliche Lügen

Bei der Bundesanstalt für Arbeit gibt es eine absurde und perverse Entwicklung. Die Zahl der Arbeitslosen – unter Berücksichtigung der „stillen Reserve“ – steigt weiter. Die Bundesanstalt aber erzielt Überschüsse. Und dabei handelt es sich nicht um Kleckerbeträge. Immerhin rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit einem Überschuß von 3,1 Milliarden DM. Wenn die Bundesanstalt trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (Ende September mehr als 2,1 Millionen registrierte Arbeitslose) schwarze Zahlen schreibt, so hat das im wesentlichen drei Gründe:

Erstens wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung mehrfach erhöht, von 2 Prozent bis Ende 1975 bis auf 4,6 Prozent ab Januar 1983. Zweitens geht die Zahl der Arbeitslosen, die Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz hatte oder noch hat, immer mehr zurück. Nach der DGB-Studie „Die neue Armut“ erhalten 1,6 Millionen Arbeitslose keine Leistungen. Drittens wurde das Arbeitslosengeld mehrfach, zuletzt ab Beginn dieses Jahres, erheblich gekürzt. Im Bundesdurchschnitt ist die Jahresleistung der Arbeitsämter für einen Arbeitslosen von 19 001 DM 1981 auf nur noch rund 16 000 DM zurückgegangen.

Der bei der Bundesanstalt für Arbeit auf Kosten der Arbeitslosen, Arbeiter und Angestellten „erwirtschaftete“ Überschuß könnte genutzt werden, das Arbeitslosengeld aufzustocken oder den Beitrag wieder zu senken oder beides zu tun. Doch die Rechtsregierung will den Überschuß nutzen, um sich aus der Defizithaftung des Bundes für die Arbeitslosenversicherung zurückzuziehen. Der dafür im Bundeshaushalt eingesetzte Betrag, das sind ohnehin nur noch 1,7 Milliarden DM (1981: 8,2 Milliarden DM) steckt Finanzminister Stoltenberg in den großen Sack, aus dem freigebig die steigenden Aufwendungen für Rüstung, NATO und EG sowie Subventionen an die Konzerne gezahlt werden. Und für das nächste Jahr will sich die Bundesregierung von vornherein von jeder Verpflichtung gegenüber der Arbeitslosenversicherung freihalten. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind für 1985 nur noch 810 000 Empfänger von Arbeitslosengeld gegenüber 1 036 000 für 1984 eingeplant, dafür aber ein Überschuß von 1,5 Milliarden DM.

Während so die Bundesanstalt für Arbeit bei hoher Arbeitslosigkeit ein finanzielles Plus hat, rutscht die Rentenversicherung weiter ins Minus ab. Zwar hat die Kohl-Regierung in ihrer Zwischenbilanz „Zwei Jahre Politik der Erneuerung“ frech behauptet, seit ihrem Amtsantritt seien die Renten sicher und das „soziale Netz“ gefestigt worden, das ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die Rentenversicherung eine „amtliche“ Lüge. Nicht zuletzt mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 wurden wei-

tere große Löcher in das „soziale Netz“ gerissen.

Obwohl die diesjährige Rentenanpassung auf nur noch 1,3 Prozent netto herabmanipuliert wurde, sind die Rücklagen der Rentenversicherung weiter abgebaut worden. Selbst wenn nun noch einmal, wie beabsichtigt, der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,2 Prozent auf 18,7 Prozent erhöht wird, reicht das nach den Feststellungen des Geschäftsführers des Verbandes der Rentenversicherungsträger, Rudolf Kolb, nur bei äußerst günstiger wirtschaftlicher Entwicklung aus, ein Absacken der Rücklagen im nächsten Jahr unter den Mindestsatz einer Monatsausgabe von etwa 11 Milliarden DM zu verhindern. Mitte 1975 hat die Schwankungsreserve der Rentenversicherung noch rund 45 Milliarden DM betragen.

Zwischen dem Plus in der Arbeitslosen- und dem Minus in der Rentenkasse gibt es einen direkten Zusammenhang. Die Bundesregierung hat ihn hergestellt. Infol-

Gegen Abbau im Behindertenrecht

Die IG Metall Saarbrücken will gegen die von der Bundesregierung geplanten weiteren Demontagen im Behindertenrecht („Wut und Unzufriedenheit“ bei den Schwerbehinderten, NACHRICHTEN Nr. 10/1984/S. 32) auf die Barrikaden gehen. Sie hat ein Aktionsprogramm für Behinderte entwickelt und allen Behindertenverbänden die Zusammenarbeit angeboten. Geplant sind Autokorso sowie Flugblatt- und Unterschriftenaktionen gegen den Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Schwerbehindertengesetzes. In Schwerbehindertenveranstaltungen sollen die Betroffenen gegen die drastischen Einschränkungen ihrer Rechte mobilisiert werden. Und einmal monatlich will der Behindertenausschuß der IG Metall eine Behindertenberatung anbieten.

Die Metaller Saarbrückens haben offensichtlich richtig erkannt, daß das Behindertenrecht kein Sonderrecht für eine Minderheit ist.

ge der zu Beginn des Jahres 1983 vorgenommenen Kürzung des von der Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsempfänger zu zahlenden Beitrages zur Rentenversicherung um über 50 Prozent gehen der Rentenversicherung jährlich rund 5 Milliarden DM verloren. Um das Desaster in der Rentenkasse zu beenden, brauchte also nur die Kürzung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslose und andere Leistungsempfänger nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wieder rückgängig gemacht oder – entsprechend dem Sozialstaatsgebot – der Anteil der Bundeszuschüsse an der Rentenfinanzierung wieder angehoben werden, wie das Gewerkschaften und Rentnerverbände seit Jahren fordern.

Doch die Rechtskoalition geht auch hier einen Weg, der den Bund nichts kostet, sondern die Arbeiter und Angestellten belastet. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll zwar um 0,2 Prozent gemindert werden, aber nicht zugunsten der Arbeiter und Angestellten. Diese 0,2 Prozent sollen vielmehr, wie schon erwähnt, dem Rentenversicherungsbeitrag zugeschlagen werden. Auf keinen Fall soll eben für 1985 der Sozialetat – wie die Gesamtausgaben des Bundes – erhöht, sondern im Gegenteil um 3,1 Prozent gekürzt, der Wörner-Etat aber um 3,7 Prozent erhöht werden.

Doch nicht nur 0,2 Prozent SV-Beitrag sollen von der Arbeitslosen- zur Rentenversicherung verschoben werden.

Die Bonner Koalition hat noch eine zweite Verschiebung von Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherungen beschlossen. Die Höchstdauer für den Bezug von Arbeitslosengeld soll von 12 auf 18 Monate verlängert werden. Allerdings nur für Arbeitslose, die älter als 49 sind und die mehr als drei Jahre, mindestens dreieinhalb bis zu sechs Jahre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Zugleich soll bei Selbstkündigung eines Arbeitsverhältnisses die Sperrzeit erneut, von acht auf zwölf Wochen, verlängert werden.

Die Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Im Grundsatz dürfte es bei Arbeitslosigkeit überhaupt keine Aussteuerung geben! Doch der Bonner Rechtskoalition geht es bei der so stark eingeschränkten Verlängerung der Zahlung des Arbeitslosengeldes keineswegs um die Erfüllung einer Gewerkschaftsforderung. Damit soll vielmehr der Bundeshaushalt bei der Arbeitslosenhilfe entlastet werden, als Ausgleich für die Mehraufwendungen, die durch Einführung des Babyjahres in der Rentenversicherung entstehen.

Als Opposition haben Vertreter der CDU/CSU die SPD/FDP-Regierung heftig kritisiert, wenn sie die Finanzen der Sozialversicherung als „Verschiebebahnhof“ mißbrauchte. Offensichtlich kann auch das die Rechtskoalition nicht schlechter.

A. Böppe

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Mitbestimmung des Betriebsrats bei der „kalten Aussperrung“

Da die „kalte Aussperrung“ eines der Hauptinstrumente des Arbeitskampfes von Unternehmenseite war, hatte auch die Frage, inwieweit es betriebliche Möglichkeiten gibt, Produktionseinschränkungen zu verhindern, zentrale Bedeutung. Hier wirkte sich das Grundsatzurteil des BAG vom 22. Dezember 1980 besonders negativ aus, das den Betriebsräten grundsätzlich ein Mitbestimmungsrecht bei den Produktionseinschränkungen abspricht. Allerdings hatte das BAG gleichzeitig entschieden, daß der Betriebsrat bei dem Wie, also den Modalitäten, mitzubestimmen hat.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Da der Betriebsrat vielfach überhaupt nicht beteiligt wurde, gelang es in einigen Fällen durch einstweilige Verfügungen, Einschränkungen zu verzögern, oder sogar zu verhindern. Bei Opel Bochum mußte der ursprünglich angeordnete Produktionsstopp zurückgenommen werden. Als schweres juristisches Hindernis erwies sich zusätzlich der Beschluß des BAG vom 22. Februar 1983 (1 ABR 27/81) zu der Frage des Unterlassungsanspruchs des Betriebsrats. Nach dieser BAG-Entscheidung, die heftigen Protest der Gewerkschaft ausgelöst hat, hat der Betriebsrat nur bei „grobe“ Verstößen einen gerichtlich durchsetzbaren Unterlassungsanspruch. So machte es sich z. B. das LAG Hamburg (Beschluß vom 28. Mai 1984 – 5 Ta BV 4/84) einfach und entschied kurzerhand, bei der Einführung von Kurzarbeit und der Suspendierung von Beschäftigten infolge eines Streiks könne von einer „grobe“ Verletzung des Mitbestimmungsrechts keine Rede sein.

Anders das LAG Bremen (Beschluß vom 15. Juni 1984 – 3 Ta BV 12/84). Es gab einem ähnlichen Antrag statt und übte gleichzeitig Kritik an dem BAG-Beschluß vom Februar 1983: „Dieses Recht (auf Mitbestimmung) kann auch entgegen dem Beschluß des Bundesarbeitsgerichts vom 22. Februar 1983 durch einen Unterlassungsanspruch gesichert werden... Das Merkmal des „grobe“ Verstoßes ist kein in einem inneren Zusammenhang mit den verschiedensten Mitbestimmungsrechten im weitesten Sinne stehendes Merkmal... Es spricht auch nichts dafür, daß der Gesetzgeber mit § 23 Abs. 3 BetrVG,

so wie ihn das Bundesarbeitsgericht versteht, dem Betriebsrat die Position hat zuweisen wollen, u. U. jahrelang einer Überletzung seiner Mitbestimmungsrechte zu sehen zu müssen...

Auch die Interessenabwägung führt zu keinem anderen Ergebnis. Ohne den Erlaß der einstweiligen Verfügung wäre es der Antragsgegnerin möglich, einseitig gemäß ihren Vorstellungen die Folgen des Arbeitskampfes in Nordwürttemberg/Nordbaden in ihrem Betrieb trotz bestehenden Mitbestimmungsrechten zu regeln und damit die Kampfparität zu beeinträchtigen.“

Der Betriebsrat hat außerdem ein Recht auf „Versendung von situationsbezogenen Informationen an die Privatschriften der Arbeitnehmer, die nicht beschäftigt werden“. Dieses Recht ergibt sich aus § 80 BetrVG. Datenschutzrechtliche Bedenken stehen dem nicht entgegen. Das hat das LAG Berlin in einem einstweiligen Verfügungsverfahren (Beschluß vom 28. Juni 1984 – 12 Ta GB 3/84) entschieden.

In den NACHRICHTEN 9/84 S. 5 wurde bereits dargestellt, wie durch einstweilige Verfügungen gegen Streikleitungen massenhaft das Streikrecht eingeschränkt wurde. Diese gefährliche Entwicklung berührt eine der Kernfragen jeden Streiks: Da der Streik zwangsläufig darauf abzielt, die Produktion stillzulegen, haben die Streikposten die Aufgabe, die Aufrechterhaltung der Produktion zu verhindern, andernfalls wären sie rein „symbolische Statisten“. Selbst wenn man die herrschende Meinung nicht in Frage stellt, daß Streikposten den Streikwilligen nur „gütlich zureden“ dürfen, gibt es keine Rechtsgrundlage, warum sie z. B. eine 3 Meter breite Gasse bilden sollen, ganz abgesehen davon, daß dies an der Realität jeden Streiks vorbeigeht.

Es ist geradezu ein Wesensmerkmal der Streikposten, daß sie die Anlieferungen von Waren, das Eindringen von Streikbrechern in den Betrieb und die Auslieferung von Produkten verhindern müssen. Dieses Recht ist durch Art. 9 Grundgesetz gedeckt, das als höherrangiges Recht dem angeblichen Recht auf den „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ vorgeht. Die vielzitierte angebliche Gewalt geht nicht von den Streikposten aus, sondern von denjenigen, die sich Zugang in oder aus dem Betrieb verschaffen, ohne daß dies – wie etwa im Fall von Notdienstarbeiten – mit der Gewerkschaft vorher geklärt ist. Obwohl die Mehrheit der von der Unternehmenseite angerufenen Gerichte sich die Argumentation des Unternehmerlagers zu eigen gemacht hat und

damit das Recht auf Streikbruch höher gewertet hat als das Streikrecht, haben einige Gerichte (z. B. die Arbeitsgerichte Essen und Reutlingen) derartige einstweilige Verfügungen abgelehnt.

Die Gewerkschaften werden diesen Angriff – es handelt sich bei den einstweiligen Verfügungsverfahren offensichtlich um eine lange vorher abgesprochene „konzertierte Aktion“ – nicht widerstandslos hinnehmen können. Nicht nur die Kampfmittelefreiheit, sondern das Druckmittel Streik selbst ist in Gefahr.

Kupferarbeiterstreik schon im zweiten Jahr

Einer der bittersten Streiks in der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte der USA ist in sein zweites Jahr eingetreten. 2500 Kupferarbeiter, viele von ihnen Mitglieder der US-Stahlarbeitergewerkschaft USWA, stehen in Clifton, Arizona, seit Juni 1983 im Streik. Sie sind bei Phelps Dodge Corporation beschäftigt, die vor nichts zurückscheut, um die Moral der Streikenden zu brechen. Die Arbeitnehmer werden von Überfallkommandos, von Hubschraubern und Panzerwagen und der Nationalgarde angegriffen. Das Unternehmen hat Streikbrecher importiert, um zu versuchen, den Ausstoß aufrechtzuerhalten. Die Gewerkschaft kämpft vor Gericht gegen die Vertreibung der Arbeitnehmer und ihrer Familien aus unternehmenseigenen Häusern, berichtet der Internationale Metall-Gewerkschaftsbund.

DPG-Delegation war in der Sowjetunion

Vom 20. bis 25. Oktober war der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Kurt van Haaren, mit zwei weiteren Vorstandsmitgliedern seiner Organisation Gast der sowjetischen Postgewerkschaft. Neben den gemeinsam interessierenden Fragen der Berufs-, Post- und Fernmeldepolitik standen die Themenbereiche Frieden und Abrüstung im Mittelpunkt der Gespräche, da sie von großer Bedeutung für die internationale Verständigung seien, so van Haaren vor Antritt seiner Reise.

Aufruf zum Dialog über neue Techniken

Mehrere Gewerkschaften, darunter die portugiesische Intersyndical, die spanischen Arbeiterkommissionen, die Gewerkschaft PEO aus Zypern und die französische CGT, haben die westeuropäischen Gewerkschaften zu einem Seminar für 1985 aufgerufen. Themen sollen die neuen Technologien und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten sein.

„Wir werden so lange streiken, bis unser Ziel erreicht ist“

Seit März stehen die britischen Bergarbeiter im Streik für ihre Existenz. Horrende Geldstrafen, massiver Polizeieinsatz und Massenverhaftungen haben nicht vermocht, die Streikfront auseinanderzubrechen. Was die Bergarbeiter in ihrem Willen, durchzuhalten, bestärkt, ist die Solidarität: national und international. Allerdings wird diese bei den Spitzen des DGB und einiger seiner Gewerkschaften vermisst. Marita Eilrich, Pressesprecherin des DGB-Kreises Frankfurt, war Ende September in England vor Ort. Für uns schrieb sie folgenden Exklusiv-Bericht.

„Hier verläuft die Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus.“ Und im gleichen Atemzug: „Wir haben unseren Kampf schon gewonnen, wir haben nichts mehr zu verlieren.“ Bittere Sätze sind es, die an diesem trüben, kalten Septembertag an der Picket-line einer Kohlen-Mine im mittelländischen Allenton-Bywater fallen. Seit vier Uhr stehen hier rund 1000 Bergarbeiter-Streikposten, um zu verhindern, daß sieben Streikbrecher die Zeche, in der normalerweise 1500 Arbeitnehmer ihr Brot verdienen, betreten können. Den streikenden Miners steht eine Phalanx von Polizei gegenüber. Auf dem Betriebsgelände der Grube, rund um das Gelände, schon weit vorher, an den Autobahnzufahrten, sind Tausende von Polizisten postiert. Ausgerüstet mit Schildern, unterstützt von berittener Polizei und scharf abgerichteten Schäferhunden warten sie darauf, daß die Polizeieskorte mit den sieben Streikbrechern eintrifft.

Seit März dauert der Streik der britischen Bergarbeiter. Er ist die Antwort auf die von Margaret Thatcher über die staatliche Kohlebehörde NCB (National Coal Board) verfügte Schließung von 41 Zechen. Damit nicht genug: Die Regierungschefin und ihr Chef-Unterhändler und NCB-Boß Mac Gregor, wollen im Rahmen des Programms '84 weitere 22 Bergwerke schließen und damit 20 000 Kumpels um ihren Job bringen. Die NUM wertet dies als politischen Angriff, verbunden mit Maßnahmen, die nie zuvor gegenüber Gewerkschaften möglich waren. Dieser Streik hat inzwischen bürgerkriegsähnliche Ausmaße angenommen.

Die schwarzen Gestalten, die auf Anordnung der Thatcher-Regierung brutal und rücksichtslos gegen die Bergarbeiter vorgehen, haben nichts mit den freundlichen Bobbies zu tun, die unbewaffnet im Dienst der Bürger ihren Dienst tun. Unterstützt von Armee-Einheiten, militärisch formiert haben sie die Aufgabe, die Streikenden zu disziplinieren. So auch an diesem Morgen. Schon auf der Fahrt von Aston zur 80 Kilometer entfernten Mine in Allenton-Bywater, registrieren wir unzählige Polizeiposten. Die Kollegen der National Union of Mineworkers (NUM) des Bezirkes Nottinghamshire, kennen die Schleichwege zu den einzelnen Zechen und wissen, daß ih-

re morgendlichen Aktivitäten von der Neugier der zentral aus London gesteuerten und im Rotationsverfahren abgeordneten Polizeikräfte begleitet werden.

Erster Stopp unseres Fahrzeuges: Neben dem örtlichen NUM-Sekretär Allan Goy, haben das gleiche Ziel Heinz-Werner Wurstius, bis vor kurzem Bezirkssekretär der IG Druck und Papier in Frankfurt, Erich Bach von der IG Metall und ich. Freundliche Frage des Polizisten. Sie sehen nicht wie Picket-liners aus, oder? Dann dürfen

Solidarität notwendig

Englands Bergarbeiter brauchen weitere Solidarität, damit die Absicht von Margaret Thatcher, sie auszuhungern, nicht aufgeht.

Spendenkonto:
Raphaela Kruppa, Bank für Gemeinwirtschaft Wuppertal, Konto-Nr. 2015 123 300 (BLZ 330 101 11), Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

wir weiterfahren. Vor den Toren der Zeche, die an diesem Morgen Ziel der Aktion ist, sammeln sich immer mehr Bergarbeiter, um den Zubringerdienst der beinahe freundlich als „biggies“ bezeichneten Polizisten mit den sieben Streikbrechern zu verhindern.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die streikenden Bergarbeiter jeden Morgen vor einer von Schließung bedrohten Zeche stehen, ist beeindruckend. Von Mutlosigkeit ist weder hier noch vor anderen Minen etwas zu spüren. Die NUM spricht vielmehr von einer wachsenden Kampfbereitschaft der Kumpel, die auch von der spürbaren Unterstützung anderer Gewerkschaften im britischen Gewerkschaftsverband TUC und insbesondere der Drucker (nga) profitieren. Stundenlang harren sie friedlich aus, bis endlich gegen 9.30 Uhr die Polizeieskorte mit den sorgsam behüteten „scaps“ eintrifft. Die Streikposten rücken zusammen. Die Polizei schwärmt aus, drängt die Menge mit aller Macht zurück, schlägt zu, die ersten

werden verhaftet. Die Streikposten sind im Betrieb. Die Bilanz dieses Morgens für die Polizei ist negativ; nur wenige Verletzte und Verhaftete trotz des Einsatzes von 2000 Polizisten.

Am Morgen darauf in der Nähe von Sheffield geht es nicht so harmlos ab. Die schon länger praktizierte neue Beweglichkeit der NUM führt zu Irritation und Fehleinschätzung bei der Polizeieinsatzleitung, die sich plötzlich von drei Seiten eingekreist sieht. Die Rache der Polizei: Die Frontscheiben der im weiten Umkreis geparkten Autos der Streikposten werden wahllos zertrümmert.

Wieviele dieser in der englischen Geschichte einmalige Polizeieinsatz den Steuerzahlern gekostet hat, bleibt das Geheimnis von Regierungschefin Thatcher. Selbst Anfragen von Parlamentsmitgliedern bleiben unbeantwortet. Die gesetzliche Grundlage für die als „Gestapomethoden“ umschriebenen Polizeiaktionen gegen die Streikenden wurden rechtzeitig geschaffen. „Unter dem Schutz der Regierung“, so NUM-Generalsekretär Peter Heathfield im Gespräch, „kann die Polizei Recht brechen und schlagen.“ Selbst NUM-Chef Arthur Scargill blieb von den Knüppeln nicht verschont, landete im Krankenhaus.

Mit allen Mitteln sollen die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft in die Knie gezwungen, ausgehungert, sowohl finanziell ausgeblutet, als auch untereinander gespalten werden. So ist die NUM verpflichtet, pro Streikposten täglich 15 Pfund (rund 60 Mark) Streikgeld zu zahlen. Die 180 000 Mitglieder zählende Gewerkschaft ist – auch ohne dieser Auflage nachzukommen – längst pleite. Sie lebt von der praktischen Solidarität anderer Gewerkschaften und von der weltweiten Hilfe von Gewerkschaftern aus der ganzen Welt. Tausende von Bergarbeiterfamilien können nur überleben, weil die NUM mit den eingehenden Spenden die Nahrungsmittelversorgung organisiert, die Streikenden in zentralen Lebensmittelläden von Bergarbeiterfrauen versorgt werden.

Die von Heinz-Werner Wurstius aus Frankfurt mitgebrachte Geldspende von 2500 Pfund – aus verschiedenen Betrieben und Einzelgewerkschaften – wird von dem Generalsekretär dankbar entgegengenommen. Den Hinweis auf die bislang vermisste Unterstützung der DGB-Gewerkschaften, einschließlich des Dachverbandes und der Aufzählung der bislang sich zu dem Arbeitskampf der Miners bekennenden Arbeitnehmerorganisationen, kann sich Haethfield jedoch nicht verkneifen.

Die Frauen spielen ebenso wie die Labour Party in dieser Region eine zentrale Rolle in diesem Arbeitskampf. Gemeinsam werden in den Bergarbeiter-Clubs Food-parcels verpackt und ausgegeben, Veranstaltungen organisiert und auch für die soziale Betreuung gesorgt.

Eine andere politische Qualität hat die Taktik der Regierung. Streikposten zu verhaften, per Gericht ihnen Hausarrest zu

In den Betrieben der DDR begannen die Gewerkschaftswahlen

Am 15. Oktober begannen in den Betrieben der DDR die Gewerkschaftswahlen. Sie werden vom FDGB und den unter seinem Dach zusammengeschlossenen 16 Einzelgewerkschaften als ein wichtiger Abschnitt der gewerkschaftlichen Arbeit angesehen: „Denn hier liegt die Basis unserer Arbeit. Hier sind die Aufgaben konkret zu lösen, die das planmäßige weitere Wirtschaftswachstum ermöglichen“, so der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch Anfang Oktober auf einer Bestarbeiterkonferenz des Bezirks Potsdam.

Die von Harry Tisch angesprochene Bedeutung kommt nicht zuletzt in den rund 400 000 Wahlversammlungen, an der auch die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften teilnehmen, zum Ausdruck. Hier müssen die rund 315 000 Vertrauensleute Rechenschaft ablegen und sich ebenso wie die 23 000 Abteilungs- sowie 44 000 Betriebs- und Schulgewerkschaftsleitungen kritischen Fragen stellen und diese konkret beantworten. Und daß es manchmal dabei heiß hergeht, mag auch die Tatsache beweisen, daß erfahrungsgemäß jeder vierte bis fünfte Teilnehmer diskutiert.

Insgesamt kandidieren für die betrieblichen Gewerkschaftsfunktionen 2,3 Millionen der rund 9,3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Sie werden von den Belegschaften auf Herz und Nieren geprüft und geheim gewählt. Und das aus gutem Grund: Ohne die Gewerkschaft läuft in den Betrieben der DDR absolut nichts. Das trifft auch auf die Rationalisierung zu, die bei uns in der Bundesrepublik in der Regel zu Arbeitsplatzabbau, Dequalifikation und erhöhtem Streß führt und aus diesen Gründen gefürchtet ist.

Anders ist es in der DDR, wo die Rationalisierung als Hauptproduktivkraft eingesetzt wird, um das Leben der Bevölkerung zu verbessern. A und O ist im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen die soziale

verordnen und sie mit dem Verbot, vor anderen Betrieben die Arbeitsaufnahmen zu verhindern, zu belegen. Wenn das Kalkül von Maggie Thatcher aufginge, würde sich der Streik bald von selbst erledigen. Die Bergarbeiter berührt diese Verordnung wenig, und so sind auch die bislang 7000 Verhaftungen zu erklären. Was in den Medien verschwiegen wird: Nur wenige der Streikposten, die als Terroristen verurteilt wurden, wurden wegen Gewalttätigkeit angeklagt. Und die 7 Todesopfer, die dieser Streik bisher forderte, sind in den Reihen der Bergarbeiter zu beklagen.

Wann Kohle-Boß MacGregor und die Thatcher-Regierung eine Niederlage eingestehen müssen, ist für die NUM nur eine Frage der Zeit. „Es wird kälter und dunkler, und die Vorräte gehen aus“, sagt Peter Heathfield und: „Wir werden solange streiken, bis unser Ziel erreicht ist.“

Komponente. Beispielsweise ist die Vollbeschäftigung gesetzlich garantiert. Gemeinsam wird mit den Gewerkschaften geplant, wo die durch Einsatz neuer Technik freigeordneten Arbeitskräfte im eige-

Heinz Schäfer

Arbeitslose drüben?

Das Abenteuer Planwirtschaft

NVG Nachrichten Verlags Gesellschaft

nachrichten-reihe **31**

nen Betrieb oder in einem anderen Betrieb der Umgebung eingesetzt werden können.

Bevor es soweit ist, werden geplante Rationalisierungsvorhaben mit den Betroffenen diskutiert, ebenso flankierende Maßnahmen. Dazu gehören u.a. von den Betrieben bezahlte Qualifizierungen, das rechtzeitige Kennenlernen der neuen Arbeitsbedingungen und selbstverständlich eine entsprechende Einarbeitungszeit. Dabei gibt es den Grundsatz, daß niemand durch Rationalisierungsmaßnahmen Lohneinbußen erleiden darf. In der Regel ist es so, daß der Betroffene eine qualifizierte und damit auch höher bezahlte Arbeit erhält. Nicht vergessen werden sollte, daß mit Rationalisierungsmaßnahmen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Einschränkung gesundheitsgefährdender Arbeiten einhergeht.

Bei allen Maßnahmen spielen – wie schon gesagt – die Gewerkschaften und ihre ge-

wählten Funktionäre eine bestimmende Rolle. Das gilt auch für die soziale Betreuung. Dazu gehören die Versorgung mit preiswerten warmen Hauptmahlzeiten, mit Zwischenverpflegung und Erfrischungen. In größeren Betrieben gibt es Dienstleistungsbereiche und Verkaufsstellen mit Waren des täglichen Bedarfs, was besonders den berufstätigen Frauen und Müttern zugute kommt.

Die Gewerkschaften kümmern sich auch darum, daß genügend soziale und sanitäre Einrichtungen wie Speise-, Ruhe- und Waschräume zur Verfügung stehen und daß Busse und Bahnen zu Arbeitsbeginn und -ende eingesetzt werden. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört auch, daß sie sich entsprechend des Bedarfs um Kinderkrippen und Kindergärtenplätze kümmern und auch um die Wochenend- und Naherholung, wozu die betrieblichen Erholungsheime genutzt werden.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo nach dem letzten Betriebstag die Rentner vergessen sind, können in der DDR die aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen alle Einrichtungen des Betriebes nutzen und auch in den 680 Heimen des FDGB-Feriedienstes oder in den betrieblichen Erholungseinrichtungen einen preiswerten und erholsamen Urlaub erleben. Selbst unsere ohnehin nicht DDR-freundlichen Massenmedien mußten mittlerweile diese Tatsache registrieren, denn immerhin sind es fünf Millionen DDR-Bürger, die jährlich einen Urlaubspatz für wenig Geld zugewiesen bekommen. (Zahlreiche Fakten über die Gewerkschaftsarbeit der DDR und weitere Probleme sind in der nachrichten-reihe 31 enthalten, 168 Seiten, 6 DM.) G. M.

IG-Metall-Spitze bei Harry Tisch

Mitte Oktober war eine Delegation der IG Metall mit dem 1. und 2. Vorsitzenden, Hans Mayr und Franz Steinkühler, sowie dem Abteilungsleiter beim IG-Metall-Vorstand, Albert Schunk, in der DDR. Während ihres Besuchs führten sie ein Gespräch mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch. Im Mittelpunkt des Gesprächs, an dem auch die stellvertretende FDGB-Vorsitzende, Johanna Töpfer, der Sekretär des FDGB-Bundesvorstands, Werner Heilmann, sowie der Vorsitzende der IG Metall im FDGB, Reinhard Sommer, teilnahmen, standen Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in beiden deutschen Staaten. Übereinstimmend wurde als Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, ihre Kraft und ihren Einfluß für einen konstruktiven Dialog, gegen das Wettrennen, für ein atomwaffenfreies Europa geltend zu machen. Hans Mayr hob in der Zeitung der IG Metall den hohen Stellenwert solcher Begegnungen hervor. Es sei eine Atmosphäre „gegenseitigen Respekts und gegenseitigen Verständnisses gewachsen, die beide Seiten nicht missen möchten“.

Das vierte „K“ heißt Kampf

Karin Roth u. a., Träumen verboten, Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre, VSA-Verlag, Hamburg 1984, 240 Seiten, 12,- DM

Gewerkschaftlich aktive Frauen, vorwiegend aus den Bereichen des öffentlichen Dienstes, der Metallbranche und dem Organisationsbereich der Gewerkschaft HBV, bieten einen reichen Schatz an Erfahrungen, wie Frauen dafür gewonnen werden können, ihre Interessen und Rechte selbst in die Hand zu nehmen: in Aktionen für eine gerechtere Eingruppierung, um den Erhalt der Arbeitsplätze oder bei der Bildung einer Interessenvertretung. Was möglich wird, wenn sich die Frauen einmal zum Engagement entschlossen haben, zeigt der Bericht über eine Betriebsbesetzung. Um die bedrohten Arbeitsplätze zu retten, haben hier Frauen – mit Unterstützung der Gewerkschaft – die Initiative übernommen. Ein Beispiel, wie praktisch aus dem Stand heraus weit fortgeschrittene Aktionsformen erprobt wurden und zumindest vorläufigen Erfolg brachten. Ein Beispiel aber auch, wie schwierig es sein kann, die von vielen Traditionen, Vorurteilen und Spaltungsmanövern belasteten Beziehungen zwischen abhängig beschäftigten Männern und Frauen auf eine sachliche Grundlage der gemeinsamen Interessenvertretung zu bringen. Wenn diese Berichte, in der Regel von „gestandenen“ Gewerkschafterinnen verfaßt, den Aktionsradius der gewerkschaftlichen Frauenpolitik abstecken sollen, vermißt man allerdings den gesamten Bereich der Druckindustrie. Gerade hier ist es ja gelungen, mit den sehr spektakulären und erfolgreichen Bewegungen für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit der gewerkschaftlichen Frauenpolitik wesentliche Impulse zu vermitteln. Schade, daß diese ausgespart wurde.

Einige wichtige Hinweise liefern die Beiträge für die veränderten Voraussetzungen

der Interessenvertretung unter den Bedingungen von verschärfter Rationalisierung und weiter steigender Arbeitslosigkeit. Mit der Entwertung ganzer Berufszweige in der Verwaltung, im Handel oder bei den Banken entstehen auch neue Gefahren für Frauenarbeit – einmal durch die massenhafte Beseitigung von Arbeitsplätzen, zum anderen durch die neuen Formen der Arbeitsorganisation wie Heimarbeit am Computer oder Flexibilisierung, Unternehmerstrategien also, die immerhin mächtigen ideologischen, politischen und gesetzgeberischen Flankenschutz durch die Wenderregierung erhalten. Ob in den Auseinandersetzungen um die soziale Beherrschbarkeit der neuen Technologien „die Solidarität der Arbeitnehmerseite ausreicht, ist nicht zuletzt mit der Frage verknüpft, wie es gelingt, die besonderen Probleme der Frauenerwerbsarbeit unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituation und sozialen Beziehungen auch als Existenzfrage für den Fortbestand von Gewerkschaftsmacht zu vermitteln“ (S. 86). Damit erhält die gewerkschaftliche Frauenpolitik für die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Arbeit neue Dimensionen. R. B.

Bucheingang

Michael Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1984, Daten, Fakten, Analyse, Bund-Verlag, Köln 1984, 665 Seiten, 24,80 DM.

Alle wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen, die für die Gewerkschaftspolitik eines Jahres bedeutsam sind, werden in diesem Jahrbuch übersichtlich und systematisch in Einzelartikeln dargestellt.

VERLAGSINTERNES

Ein Lob unserer Druckerei, die es ermöglichte, unsere Neuerscheinungen unter Zeitdruck dennoch pünktlich zur Buchmesse zu liefern. Lange genug hatten sie ja warten müssen, die vielen hundert Vorbesteller von „Arbeitslosigkeit und Recht. Ein Handbuch zur Gegenwehr“. Aber ein solch umfangreiches Buch, 541 Seiten und mit 28 DM äußerst knapp kalkuliert, benötigte eben doch eine weitaus größere Produktionsphase, von der Ablieferung des Manuskripts bis zum Druck, wie ursprünglich gedacht. Ein herzliches Dankeschön also nochmals allen Vorbestellern für die große Geduld, die sich aber – so hoffen wir – nicht nur finanziell gelohnt hat. Mittlerweile ist das Buch ausgeliefert.

Der Autor, Professor Bernd Klees, war auch einer unserer Gäste auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. Gekommen waren zudem die Herausgeber unserer Zeitschrift, die gleichfalls Verlagsautoren sind: Heinz Seeger, Arthur Böpple und Leonhard Mahlein. Letztgenannter konnte persönlich sein neues Buch „Gewerkschaften international. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West“ seinen Lesern und auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellen. Wen wundert es da, wenn er des öfteren zum Stift greifen mußte, um es zu signieren.

Begrüßen durften wir an unserem Stand auch wieder eine Delegation der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen mit ihrem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Christian Götz an der Spitze, die bei ihrem traditionellen alternativen Messerundgang Verlage besuchte, die herausragende Titel zu Friedenthemen und zur Gewerkschaftspolitik veröffentlichten. Bei uns interessierte sie vor allem Mahleins neues Buch, aber auch „Tarifpolitik unter Krisenbedingungen“ und „Arbeitslosigkeit und Recht“ von Bernd Klees. Der Lektor dieser Bücher, Gerd Siebert, konnte sie den Teilnehmern des HBV-Messerundgangs vorstellen.

Übrigens hat sich der Nachrichten-Verlag in diesem Jahr erstmals auch an der Gegenbuchmesse im Frankfurter Haus der Jugend beteiligt. Obgleich hier von manchen Beobachtern ein Abflauen der Szene zu beobachten und konkret auch rückläufige Aussteller- und Besucherzahlen zu vermelden sind, so hat sich die Teilnahme für uns doch gelohnt. Wir erwägen, im nächsten Jahr wieder dabeizusein, um die Chance, mit einem sehr jungen und aufgeschlossenen Publikum ins Gespräch zu kommen, wahrzunehmen.

Zu beiden Messen lag auch unser neues Verlagsverzeichnis 1984/85 vor. Wir haben es – wie angekündigt – im Oktober an alle Abonnenten versandt. Wer zufällig keines bekommen hat oder noch weitere zur Verteilung unter Kollegen benötigt, – bitte melden. jaco

Bestellschein

11/84

Hiermit bestelle ich

☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

☐ Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

- **24. und 25. November**
Frauen-, Jugend- und Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Darmstadt
- **26. bis 30. November**
13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund
- **7. bis 9. Dezember**
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Göttingen. Thema: Hochschule in der Demokratie, Demokratie in der Hochschule
- **26. Januar 1985**
2. bundesweites Treffen betrieblicher Friedensinitiativen in Dortmund
- **8. März**
Internationaler Frauentag mit gewerkschaftlichen Veranstaltungen in den DGB-Kreisen
- **8. Mai**
40. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges mit Antikriegsaktionen der Gewerkschafts- und Friedensbewegung
- **12. bis 18. Mai**
Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Mailand
- **18. bis 19. Mai**
Bundeshandwerkskonferenz der IG Bau-Steine-Erden in Würzburg
- **19. bis 23. Mai**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in Mannheim
- **31. Mai bis 1. Juni**
Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Rheinhäusen
- **3. bis 5. Juni**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Stuttgart/Fellbach
- **22. bis 27. September**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Westberlin
- **17. bis 19. Oktober**
Bundesangestelltenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Osnabrück
- **14. bis 16. November**
Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ludwigshafen
- **4. bis 6. Dezember**
Bundespersonalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Augsburg

D 3476 E

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

0603650 N1 84.011 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VOM OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Mit 46 in den Ruhestand

Frohe Kunde kommt aus Bonn. 1986 sollen wir die Möglichkeit erhalten, mit 46 in den Ruhestand zu gehen. Das soll uns sogar noch mit einem finanziellen „Anreiz“ von immerhin 50 000 DM schmackhaft gemacht werden.

Die Sache hat nur einen Haken. Das Bonner Angebot richtet sich nicht an uns, nicht an die Arbeiter und Angestellten, sondern an die Offiziere der Bundeswehr. Rund 1300 von ihnen sollen die Möglichkeit zum vorzeitigen Ruhestand ab 46 erhalten, damit der „Beförderungs- und Verwendungsstau“ beseitigt werden kann. Die ab 46 im „besten Mannesalter“ vorzeitig in den Ruhestand Getretenen können dann, neben ihrer nicht geringen Pension, in der „freien“ Wirtschaft noch kräftig dazuverdienen. Uns, die Steuerzahler, soll das Ganze die Kleinigkeit von 400 Millionen DM kosten.

Bei der Vorruhestandsregelung für Arbeiter und Angestellte gab es ein heftiges Tauziehen, ob die Tarifrante ab 58 oder 59 zustehen und von der Bundesanstalt für Arbeit gefördert werden soll. An 46 hat dabei in Bonn niemand gedacht. Aber bei den Arbeitern und Angestellten gibt es ja auch keinen „Beförderungs- und Verwendungsstau“. Nur ein paar Millionen Arbeitslose.

Gibt es da im Grundgesetz nicht so etwas wie einen Gleichheitsgrundsatz, nach dem alle Bundesbürger gleiche Rechte haben sollen?

B.

Ein Glück

Der Chefredakteur der „einheit“, Horst Niggemeier, spricht sich für eine Große Koalition und ganz strikt gegen eine Zusammenarbeit mit den Grünen aus. Niggemeier empfiehlt den klassischen Parteien, ihre Wählbarkeit so zu vergrößern, daß sie auch ohne die Grünen regieren könnten: „allein und gemeinsam“. Schon vor mehr als 200 Jahren habe der französische Staatsdenker Charles Montesquieu das formuliert, was heute noch gelte: „Freiheit ist das Recht, zu tun, was die Gesetze gestatten.“ Ein Glück, daß die französischen Demokraten nicht auf Montesquieu hörten. Die bürgerliche französische Revolution hätte nicht stattgefunden.

H. Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Möln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Postfach 900749, Kurfürstenstr. 18, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (069) 778079, Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Redaktionsschluß: 31. Oktober 1984.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

N
VG

Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main